Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Dr. Rudolf Hilf
Noch zwanzig Jahre deutsche Teilung?

Prof. Dr. jur. Harold Rasch
Deutsche Ostpolitik in der Sackgasse – und ein Ausweg

Umfrage
Stimmen zur Außenpolitik

Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer
Was an der Strafrechtsreform reformbedürftig ist (I)

Dr. jur. Hermann Etzel
Una Sancta Ecclesia?

2,50 DM **IX. Jahrgang** **Juli 7/64**

Postverlagsort Köln G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats Juni 1964 S. 507

Berichte und Kommentare
Ost-West-Begegnungen junger Christen
Die Solidarität der Armen S. 509
Die Lage
Johannes Weidenheim
Vergatterung der Reaktion S. 519

Dr. Rudolf Hilf
Noch zwanzig Jahre deutsche Teilung? S. 526
Prof. Dr. jur. Harold Rasch
Deutsche Ostpolitik in der Sackgasse – und ein Ausweg S. 530
Die politische Meinung
Stimmen zur Außenpolitik S. 541
Jochen Willke
Der Fall Heye und die Meinungsfreiheit S. 548
Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer
Was an der Strafrechtsreform reformbedürftig ist (I) S. 551
Staatsminister a. D. Viktor Renner
Betrachtungen nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg S. 555
Dr. jur. Hermann Etzel
Una Sancta Ecclesia? S. 560

Aus der Wirtschaft S. 567
Fernsehspalte
Information oder Suggestion? S. 569
Rudolf Rolfs
Was ich noch sagen wollte ... S. 570
Anmerkungen, Glossen, Zuschriften
Dreißig Jahre nach „Barmen" S. 571
Bücher
Variationen über ein deutsches Thema
Neuerscheinungen S. 576

Dokumente zum Zeitgeschehen
Beistandsabkommen UdSSR–DDR
Erklärung der drei Westmächte zum Moskauer Abkommen
Kunstbrief an N. S. Chrustschow S. 582

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber: Hilde Benteie
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

IX. Jahrgang | Juli 1964 | Heft 7

Chronik des Monats Juni 1964

1. 6. — USA/Sowjetunion. Zur Erleichterung des gegenseitigen Reiseverkehrs unterzeichnen in Moskau Vertreter beider Länder eine Konsularkonvention, die weitgehende Bestimmungen für den Rechtsschutz der Staatsbürger auf dem Territorium des Partnerstaates enthält und erstmalig die Errichtung von Generalkonsulaten außerhalb der jeweiligen Hauptstadt ermöglicht.

1.—3. 6. — FDP. Der 15. Ordentliche Parteitag nominiert in Duisburg Justizminister Ewald Bucher als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten. In seinem Referat befürwortet der wiedergewählte Parteivorsitzende Vizekanzler Dr. Mende eine „bewegliche Ostpolitik". — Am 3. 6. erklärt der Bundestagsabgeordnete und frühere Bundesminister Wolfgang Stammberger seinen Übertritt zur SPD.

2. 6. — Zeitungsaustausch. In einer Besprechung mit dem Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Dr. Leopold, vertritt der DDR-Handelsbevollmächtigte Behrendt den Standpunkt, Verhandlungen und Vereinbarungen über einen möglichen Zeitungsaustausch zwischen Ost- und Westdeutschland könnten wegen ihrer Bedeutung nur „zwischen den Regierungen beider Staaten" geführt und abgeschlossen werden.

— Indien. Die Parlamentsfraktion der Kongreßpartei bestimmt Finanzminister Shastri zum Nachfolger des verstorbenen Premierminister Nehru.

8. 6. — Weltkommunismus. Im Anschluß an eine einwöchige Finnlandreise trifft Staatspräsident Tito in Leningrad überraschend mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chrustschow zusammen. Beide Staatsmänner betonen ihre „volle Einmütigkeit" in den wichtigsten Fragen der internationalen Politik. — Am 22. 6. konferiert Tito mit dem rumänischen Staatschef Gheorghiu Dej. — Am 25. 6. besucht Tito den polnischen Parteichef Gomulka in Warschau.

10. 6. — Passierscheine. In Ostberlin nehmen Senatsrat Korber und DDR-Staatssekretär Wendt die Verhandlungen über ein neues Passierscheinabkommen wieder auf. Korber und Wendt hatten sich zuletzt am 29. April in Westberlin getroffen.

11. 6. — Münchener Abkommen. Während seiner Amerikareise erklärt Bundeskanzler Erhard in New York, die Bundesregierung erhebe gegenüber der Tschechoslowakei „keinerlei territoriale Forderungen", und distanzierte sich „von Äußerungen, die zu einer anderen Deutung geführt haben". Das Münchener Abkommen von 1938 sei „von Hitler zerrissen" worden.

— Osthandel. Das britische Handelsministerium verfügt eine Lockerung der Em-

bargo-Bestimmungen gegenüber osteuropäischen Ländern und der VR China.

12. 6. — Deutschlandfrage. Der DDR-Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht und Ministerpräsident Chrustschow unterzeichnen in Moskau einen „Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit" mit 20jähriger Laufzeit. Der Vertrag garantiert die „Unantastbarkeit der Staatsgrenzen der DDR" und verpflichtet beide Parteien, Westberlin als „selbständige politische Einheit" zu betrachten. — Am gleichen Tage treffen Bundeskanzler Erhard und Präsident Johnson in Washington zu Beratungen über die Deutschlandfrage und die Auswirkungen des Moskauer Vertrages zusammen. — Am 13. 6. übermittelt der Botschafter der Bundesrepublik in Moskau während eines Gespräches mit Ministerpräsident Chrustschow eine Stellungnahme zu dem Vertrag sowie eine Botschaft des Bundeskanzlers. — Am 24. 6. wird eine Erklärung Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten veröffentlicht. (Vgl. „Noch 20 Jahre deutsche Teilung?" und „Dokumente zum Zeitgeschehen".)

15. 6. — Bundeswehr. Im ersten Teil einer Artikelserie der Münchener Illustrierten „Quick" warnt der Wehrbeauftragte des Bundestages und langjährige CDU-Parlamentarier Vizeadmiral a. D. Heye vor den Entwicklungstendenzen in der Bundeswehr. Es müsse befürchtet werden, daß eine Armee mit den Waffen von morgen heranwachse, in der der Geist von gestern umgehe. Der Zug zum „Staat im Staate" sei unverkennbar. (Vgl. die Beiträge zu diesem Thema im Inneren dieses Heftes.)

16. 6. — Ostpolitik. Das Auswärtige Amt annulliert die Visa des in der Bundesrepublik gastierenden Moskauer Bolschoi-Balletts mit der Begründung, das Theater habe die Zusage für ein Auftreten in Westberlin zurückgenommen.
— Welthandelskonferenz. Mit der Annahme von Empfehlungen und einer Schlußakte beendet die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung ihre dreimonatige Arbeit. Die nächste Konferenz wird für Anfang 1966 einberufen. In der Zwischenzeit soll ein aus 55 Staaten bestehender Handels- und Entwicklungsrat amtieren. (Vgl. „Berichte und Kommentare".)
— Gomulka-Plan. Die polnische Regierung beantwortet eine Note der Bundesregierung vom 1. 5. und erläutert erneut ihren Plan zur Einfrierung der nuklearen Rüstungen in Mitteleuropa.
— Skandinavien. Ministerpräsident Chrustschow tritt eine mehrwöchige Reise durch Dänemark, Schweden und Norwegen an, um in den Hauptstädten dieser Länder Gespräche über politische Fragen und die Ausweitung des sowjetisch-skandinavischen Handels zu führen.

19. 6. — USA. Mit 73 gegen 27 Stimmen verabschiedet der Senat die Bürgerrechtsvorlage (Civil Rights Act), die den farbigen Bürgern die bisher noch verweigerte Gleichberechtigung gesetzlich sichern soll. Senator Goldwater, der sich um die republikanische Präsidentschaftskandidatur bemüht, stimmt gegen die Annahme des Gesetzes. — Am 21. 6. werden aus den Südstaaten neue Zusammenstöße zwischen Anhängern und Gegnern der Rassentrennung gemeldet.

20. 6. — Zypern. Der Sicherheitsrat verlängert einstimmig das Mandat der UN-Friedenstruppe auf der Mittelmeerinsel um drei Monate bis zum 26. September 1964. — Am 22. 6. kehrt der frühere Führer der Untergrundorganisation EOKA, General Grivas, aus Griechenland nach Zypern zurück.

23. 6. — Berlin. Die Sowjetregierung protestiert gegen die Aufnahme direkter Flüge zwischen New York und Westberlin, die ohne Genehmigung staatlicher Stellen in Ostberlin „illegal" seien und den Bestimmungen über die Benutzung der Luftkorridore widersprächen. Aus Moskau geht in den westlichen Hauptstädten außerdem eine Protestnote gegen die Wahl des Bundespräsidenten auf westberliner Territorium ein.

26. 6. — Italien. Die Koalitionsregierung Moro, der Christliche Demokraten, Sozialdemokraten und Sozialisten angehören, demissioniert. Unmittelbarer Anlaß dieses Schrittes sind Meinungsverschiedenheiten über die Subventionierung der Konfessionsschulen.

30. 6. — Kongo. Die letzten Truppenkontingente der Vereinten Nationen verlassen nach vierjähriger Anwesenheit das Land. Die Regierung Adoula erklärt ihren Rücktritt. Einige Tage vorher war der ehemalige Präsident der Provinz Katanga, Moise Tschombe, aus dem Exil nach Leopoldville zurückgekehrt.

Berichte und Kommentare

Ost-West-Begegnungen junger Christen

Internationale Jugendbegegungen nehmen seit dem Bestehen der heutigen Jugendverbände einen wichtigen Platz im Gesamtprogramm der Jugendarbeit ein. Solche Begegnungen über die Grenzen des Landes und Jugendverbandes hinweg bieten seit jeher eine gute Möglichkeit der Verständigung und Freundschaft mit jungen Menschen anderer Länder. Sie geben darüber hinaus den Gruppen, die ins Ausland fahren, eine Chance der Selbstdarstellung als Jugend der Bundesrepublik — im Gegensatz zur jungen Generation vor uns, die im Auftrage Hitlers unterwegs war, um Europa zu erobern und zu unterwerfen —, aber auch der Ziele des eigenen Verbandes.

Der mit 20 Millionen DM von Regierungsseite unterstützte deutsch-französische Jugendaustausch zeigt, daß auch seitens der verantwortlichen Politiker in Bonn die Wichtigkeit solcher Jugendkontakte durchaus gesehen und ernstgenommen wird. Seit einiger Zeit bemühen sich verschiedene Jugendverbände der Bundesrepublik, auch mit den staatlichen Jugendorganisationen der Ostblockstaaten in Kontakt zu kommen. Diese Bemühungen haben in der Öffentlichkeit scharfe Auseinandersetzungen ausgelöst. Während es schon vor einigen Jahren zu heftigen Kontroversen um die Leningrad-Kontakte des Hamburger Jugendrings kam (sie führten zum Austritt des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend aus dem Jugendring der Hansestadt), konnte man gerade in diesen Tagen in unserer Presse die Auseinandersetzungen um die Berliner „Falken" verfolgen. Ein Formfehler führte zur Sperre der öffentlichen Gelder, ausgelöst durch die nicht protokollgemäße Einreise einer Jugendgruppe aus der CSSR, die erst aufgehoben wurde, als die „Falken" für dieses Jahr allen Ostkontakten entsagten.

Der Hamburger Christliche Verein junger Männer (CVJM) ist schon seit längerer Zeit über die Grenzen der Hansestadt hinaus durch seine Kontaktbemühungen zur Jugend jenseits des Eisernen Vorhangs bekannt. Im vergangenen Jahr nahm eine Gruppe im Rahmen eines CSSR-Besuches Kontakt zum tschechischen Jugendverband (CSM) auf. Schon damals wurde auch in der DDR Station gemacht, um in Dresden mit der FDJ und mit jungen Christen Verbindung aufzunehmen. Laute Proteste in der Öffentlichkeit löste im vergangenen Sommer eine Reise des CVJM zum Internationalen Zeltlager der FDJ nach Graal-Müritz (Bezirk Rostock) aus. „Von Pankow geködert", hieß es in einer Presseerklärung des Ringes politischer Jugend.

Weiter wurde unterstellt, daß durch Kontakte über offizielle Stellen den Menschen drüben ein schlechter Dienst erwiesen werde. Man fuhr trotz Proteste und trotz Abwahl des Leiters der Reisegruppe von seinen Ehrenämtern im Landesjugendring (2. Vorsitzender), besuchte im FDJ-Zeltlager junge Kommunisten und in Bibelrüstzeiten junge Christen. Es gab Gegenbesuch durch FDJ-Mitglieder in Hamburg, im Gegensatz zu anderen Bundesländern ohne Verhaftungen der DDR-Bürger. Um die Kontakte auch weiterhin noch besser durchführen zu können, bildete sich im Hamburger CVJM ein Arbeitskreis für Ost-West-Begegnungen. Der CVJM sieht seine Kontaktbemühungen weniger als politische Aktionen, sondern vielmehr als menschlichen Brückenschlag im Vorfeld der Politik zu Christen und Kommunisten jenseits von Mauer und Stacheldraht an. Die CVJM-Mitglieder gehen aber auch dem Ge-

spräch mit Kommunisten der eigenen Stadt nicht aus dem Weg, weil sie der Meinung sind, daß das Gebot der Nächstenliebe nicht dort aufhört, wo das Bekenntnis zur kommunistischen Weltanschauung anfängt. Daß es dabei Ärger, Mißverständnisse und propagandistische Ausnutzungen gibt, wird als notwendiges Übel miteinkalkuliert.

Im vergangenen Monat beendete der Hamburger CVJM eine Informations- und Begegnungsreise mit dreißig jungen Menschen nach Frankfurt/Oder, Warschau, Leningrad und Moskau. Diese Fahrt bildete keinen Abschluß, sondern eine kontinuierliche Fortsetzung der Kontaktbemühungen der Hamburger Christen zur Jugend des Ostens.

Zwischenaufenthalt in der DDR

Während schon einzelne Jugendverbände Verbindung zur Jugend der Sowjetunion aufgenommen haben — ich selbst war schon 1961 im Auftrage des Hamburger Jugendringes in Leningrad und Moskau, um erste Fühler auszustrecken —, gehören DDR-Besuche über die FDJ immer noch zu den bundesdeutschen Tabus, die auf keinen Fall gebrochen werden dürfen. Bundeskanzler Erhard forderte jüngst aus Anlaß des 17. Juni erneut Initiative der jungen Deutschen im Blick auf Kontakte zur Jugend jenseits des Eisernen Vorhangs, aber er sprach sich ausdrücklich gegen eine Einschaltung der staatlichen Jugendorganisation aus. Wie soll das geschehen? Die FDJ ist, ob wir es wahrhaben wollen oder nicht, drüben die offizielle Jugendorganisation, und wer offene Kontakte und nicht Untergrundarbeit will, kommt gar nicht an dieser Organisation vorbei. Und welcher Unterschied besteht schon zwischen dem Komsomol in der Sowjetunion und der FDJ in der DDR? Es handelt sich um kommunistische Jugendverbände, nur bei dem einen braucht man Dolmetscher, um sich verständlich zu machen, während wir im anderen Teil Deutschlands immer noch ohne Dolmetscher auskommen, und das ist schon eine wesentliche Hilfe für gemeinsame Gespräche. Zum anderen kann man immer wieder feststellen, daß genau so, wie uns die Erfahrung des Gespräches mit östlichen Partnern, denen drüben die Westerfahrung fehlt. Darum sollte man auch die Erwartungen an solche Begegnungen nicht zu hoch stecken. Jede Chance des Gespräches, die von uns aus wahrgenommen wird, ist ein kleiner Schritt auf dem Weg der innerdeutschen, aber auch der Ost-West-Entspannung. Wir müssen als junge — und auch als alte Menschen aus Ost und West ganz neu lernen, miteinander zu sprechen und aufeinander zu hören, und das ist bestimmt nicht einfach, denn Schmeicheleien werden von beiden Seiten nicht ins Gespräch gebracht.

In Frankfurt/Oder war im Rahmen der Durchreise in die Sowjetunion ein offenes Jugendforum vorgesehen. Das Forum fand statt, aber leider fehlte weithin die Frankfurter Jugend. Sie wurde durch einige sehr gute Funktionäre vertreten. Das war bedauerlich, denn junge Hamburger wollten ja auch mit „jungen Leuten von der Straße" diskutieren, eine Möglichkeit, die FDJ-Besuchern in Hamburg geboten wurde. Es wurde ein sehr hartes Gespräch. Beide Seiten waren bemüht, sich gegenseitig die politischen Schandtaten der Regierungen vorzuhalten. Da kam die Mauer zur Sprache und die Verhaftungen von FDJ-Leuten in der Bundesrepublik; Nazis bei uns und Stalinisten drüben; Reisebeschränkungen und Verhaftungen in der DDR; Ostmärsche und Atomkriegspläne. Einigkeit herrschte zumindest im Blick auf die Erhaltung des Friedens.

Man stellt immer wieder fest, daß in Diskussionen unsere östlichen Gesprächspartner weitgehend auf der Linie ihrer offiziellen Verlautbarungen diskutieren und daß es schwer ist, zu den einzelnen Problemen auch einmal eine persönliche Meinung zu hören. Am fruchtbarsten sind Gespräche über ganz

genau eingegrenzte, konkrete Probleme, wie zum Beispiel über das Jugendgesetz in der DDR und unsere Jugendgesetzgebung. Die privaten Begegnungen außerhalb der offiziellen Gespräche finden meist in einer sehr offenen, herzlichen Atmosphäre statt. Hier hat sich bewährt, daß wir seit gut 1½ Jahren auch drüben einen Stammkreis von Gesprächspartnern haben und nicht bei jeder Begegnung wieder von vorne anfangen müssen. Wichtig ist gerade bei Besuchen in der DDR, auch wenn dies über die FDJ geschieht, daß wir immer die Möglichkeit haben, Kontakte zur Jungen Gemeinde aufzunehmen. Auch jetzt in Frankfurt wurden wir von den jungen Christen der Stadt sehr herzlich begrüßt. In drei Pkw brachte man eine Hamburger Abordnung nach Potsdam zum Landesjugendtag der Evangelischen Jugend der Mark Brandenburg.

Über 2500 junge Menschen hatten sich zu diesem Jugendtreffen eingefunden. In Hamburg hatten sich kurz vorher aus gleichem Anlaß nur etwa 700 junge Menschen versammelt. Während hier im Rahmen einer äußeren Freiheit gleichzeitig eine innere Gleichgültigkeit anzutreffen ist, kann man drüben feststellen, daß unter teilweise äußerem Druck die kirchliche Jugendarbeit innerlich erstarkt ist und den Auseinandersetzungen mit den Problemen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung durchaus nicht ausweicht. Moderne Formen der Jugendarbeit, Kabarett, Songs und Jazzband brauchen den Vergleich mit christlichem Jugendleben im Westen nicht zu scheuen. Die jungen Christen drüben suchen sich ihren Weg, der nicht immer leicht ist und für den es keine Patentrezepte gibt, schon gar nicht aus westlicher Sicht. Aber wir sollten dort drüben bei den jungen Christen in die Schule gehen. Wir können viel lernen.

Zurückhaltung in Polen

Die Verbindung zur polnischen Jugend steht in der Bundesrepublik noch auf sehr schwachen Füßen. Eine gewisse Zurückhaltung herrscht verständlicherweise auf beiden Seiten. Wir waren nur einen Tag und eine Nacht da. Länger reichte die Zeit nicht für den Zwischenaufenthalt in Warschau. Immerhin zeigte sich, daß es an der Zeit ist, auch mit der polnischen Jugend offiziell Kontakt aufzunehmen. Im Jugendreisebüro wie auch beim staatlichen Jugendverband war man sehr aufgeschlossen. Informationsbesuche westdeutscher Jugendgruppen nach Polen werden wunschgemäß jederzeit entsprechend den Möglichkeiten organisiert. Aber auch an einem Austausch von Delegationen ist man interessiert. Zur Zeit bereitet man in Warschau ein europäisches Jugendleiterseminar vor, das Anfang September dieses Jahres stattfinden soll und unter dem Thema steht: „Frieden und Friedensfestigung." Auf dem Hintergrund des 25. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges ist die Teilnahme für verantwortliche Jugendverbandsvertreter aus der Bundesrepublik besonders dringend. Ob man sich bei uns der Verantwortung bewußt ist und die Einladung annimmt, oder ob man wieder mit altbekannten Entschuldigungen dem Gespräch aus dem Weg geht? Wir können es uns eigentlich schlecht leisten, daß bei östlichen Jugendveranstaltungen die deutsche Jugend nur durch die FDJ vertreten wird . . . In Warschau gab es nicht nur politische Gespräche. Im Vordergrund stand die kurze, aber sehr intensive Begegnung mit dieser im wesentlichen wiederaufgebauten polnischen Metropole, die den Besucher völlig in ihren Bann schlägt. Nach Warschau muß man wieder kommen, das war die einmütige Devise beim Abschied.

Jugendaustausch durch „Sputnik"

Alle Jugendreisen in die Sowjetunion und auch von dort ins Ausland laufen über das sowjetische Jugendreisebüro „Sputnik". Die vor Jahren noch spontan durchgeführten Begeg-

nungen haben hier ihre kommerzielle Form gefunden. Feste Preise, aber weit unter der „Inturist"-Grenze, Jugendhotels in den schönsten Gegenden der Sowjetunion, sprachkundige Reisebegleiter und ein gutausgearbeitetes Rahmenprogramm gehören zum Service von „Sputnik". Manchmal hat man den Eindruck, daß unter dem Stichwort Jugendtourismus die eigentlichen Kontakte zur sowjetischen Jugend zu kurz kommen. Während im Jahre 1961, anläßlich eines Besuches in Leningrad und Moskau auf Einladung des Komitees der Jugendorganisationen der UdSSR, Abt. Leningrad, die Diskussionen und Begegnungen den Vorrang vor den Besichtigungen hatten, war es diesmal umgekehrt. Das Komitee nimmt also nur die Verbindung auf und stellt die ersten Kontakte her (es hat natürlich noch eine Fülle anderer Aufgaben), um dann die Fäden an „Sputnik" weiterzugeben. Bei einem Gespräch mit dem 2. Vorsitzenden des Komitees in Moskau, Herrn Lomeiko, wurden unsere Bedenken durchaus ernst genommen und geprüft. Es ist einfach eine Panne für die Gastgeber, wenn eine Jugendgruppe aus der Bundesrepublik nicht einmal die Möglichkeit zu einer offiziellen politischen Diskussion hat. Oder geht man solchen Gesprächen bewußt aus dem Weg? Im Komitee war man der Meinung, der sprunghaft angestiegene Jugendaustausch besonders innerhalb des Ostblocks sei den Leuten von „Sputnik" über den Kopf gewachsen.

Das Programm ist einheitlich aufgebaut. Da nehmen einmal die Sehenswürdigkeiten viel Raum ein. Wenn man ein fernes Land besucht, darf man an den Schönheiten dieses Landes nicht vorübergehen. Aber auch die historischen Stätten der Revolution darf man nicht versäumen, ein Besuch auf dem Kreuzer „Aurora" oder im Leningrader Revolutionsmuseum gehört einfach dazu. Im dritten Teil des Programms finden wir dann besondere Besichtigungen und Begegnungen mit jungen Menschen. In Grodno waren es Studenten, die sich auf dem Grenzbahnhof dem Gespräch stellten. Eine Komsomolabordnung hatte sich in Leningrad am Zug eingefunden, um die Hamburger willkommen zu heißen. In Moskau waren es gar russische Teenager, die schon um 7 Uhr mit roten Tulpen auf dem Bahnhof warteten.

Die Begegnungen mit jungen Russen, ob privat oder bei offiziellen Treffen, verliefen immer in einer sehr aufgeschlossenen Atmosphäre. Die Gespräche hatten nicht den Charakter von Auseinandersetzungen, wie man dies von ähnlichen Begegnungen mit jungen Deutschen aus der DDR gewohnt war. Sie dienten mehr der Information als der Agitation. Viele Fragen hatten die Hamburger zu beantworten, von westdeutschen Bestsellern über russische Filme bis hin zur Frage nach dem Selbstverständnis christlicher Jugendarbeit und ihren Formen. Von politischen Angriffen gegen unser Land oder von Haß war nun wirklich nichts zu spüren.

Ein Besuch auf dem Ehrenfriedhof von Piskarjawo vor den Toren von Leningrad zeigt etwas vom Ausmaß der Opfer, die durch die Belagerung von der Bevölkerung gefordert wurden. Über 600 000 Tote haben hier ihre letzte Ruhe gefunden. Überall in Europa begegnen wir den Spuren der nazistischen Gewaltherrschaft. Es ist unsere selbstverständliche Pflicht als junge Deutsche, daß wir auch an den östlichen Gedenkstätten der Opfer dieser schrecklichen Zeit gedenken, und was liegt näher, als sich gerade im Angesicht der Massengräber die Sinnlosigkeit jedes Krieges vor Augen zu halten und gleichzeitig jedes Wagnis und jeden Einsatz für den Frieden in der Welt zu fordern?

Kirchenleben in der UdSSR

Ein Besuch in der Sowjetunion gibt auch gute Möglichkeit, einen persönlichen Eindruck vom Leben der Kirche in diesem Land zu bekommen. Man

hatte schon viel von den überfüllten Kirchen gehört und konnte sich jetzt selbst überzeugen, daß trotz atheistischer Propaganda die Kirche in diesem Lande lebt. Ein Besuch im atheistischen Museum in Leningrad zeigte etwas von dieser bei uns oft erwähnten Propaganda. Die andere Seite erlebte man sonntags im Gottesdienst. Eine überfüllte Kirche, bei Anfahrtswegen von über 50 Kilometern. Unter den vielen russischen Baptisten drei junge Kanadier, Mitglieder des YMCA/CVJM, die auf Einladung des Komsomol für drei Wochen der Sowjetunion einen Besuch abstatteten. Schon seit einigen Jahren gibt es einen Jugendleiteraustausch zwischen diesen beiden nach Ziel und Inhalt so unterschiedlichen Jugendorganisationen. Was mit der Jugend aus Kanada und den USA praktiziert wird, sollte auch mit der Jugend der Bundesrepublik möglich sein.

Der Eindruck von der inneren Kraft der Kirche wurde noch verstärkt durch Besuche der Geistlichen Akademien in Leningrad und Moskau. Im Kloster Sagorsk gab der Rektor der dortigen Geistlichen Akademie einen umfassenden Überblick über das Leben der Akademie und der orthodoxen Kirche. Finanzprobleme gibt es dank der Opferfreudigkeit der russischen Christen nicht. Das Opferaufkommen ist heute größer als vor der Revolution. Ein echtes Zeichen für den inneren Reichtum der Gemeinden. Die Gottesdienste sind auch an Werktagen immer gut besucht. Das Verhältnis zwischen Atheisten und Christen hat sich gebessert. Feindschaft und Diffamierung hat nachgelassen. Diese durchaus positiven Aussagen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß der offizielle Kurs in der Sowjetunion nicht kirchenfreundlich ist und die Kirche unter ganz anderen Bedingungen ihren Dienst der Verkündigung ausrichtet.

Abschließend darf festgestellt werden, daß sich Reisen in den Osten trotz aller Schwierigkeiten, die hier und da noch auftreten, lohnen, weil sie kleine Zeichen des guten Willens und der Verständigung sind. Sie dienen nicht nur der Erweiterung des Horizonts und somit dem Abbau von Vorurteilen und Klischeevorstellungen, sie bilden auch eine gute Möglichkeit des persönlichen Kontakts zu den Menschen in der anderen Hälfte Europas. Es ist an der Zeit, daß solche Bemühungen auch ihre finanzielle Unterstützung durch die staatlichen Jugendpläne finden und somit aus der umstrittenen Tabuzone herauskommen.

Gerhard Weber

Die Solidarität der Armen

Am 15. Juni ging in Genf die in aller Welt mit starkem, wenngleich nicht immer positivem Interesse verfolgte „Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung" zu Ende. Ohne Zweifel bedarf es einer gründlichen Analyse der zwölfwöchigen Verhandlungen durch alle beteiligten Staaten, um aus dem vielschichtigen Ergebnis der Welthandelskonferenz die richtigen Schlüsse für die Weiterführung der Beratungen über eine Reform des Welthandels zu ziehen. Schon das erste Echo zeigt, daß offenbar noch nicht jede Regierung dieser schwierigen Aufgabe gewachsen ist. Dennoch ist es das große Verdienst der Welthandelskonferenz — genauer: der Majorität der Teilnehmerländer —, das für alle verbindliche Ziel, eben die Neuorientierung des internationalen Handels, klar abgesteckt und mit Nachdruck unterstrichen zu haben, daß das Wesen dieser Reform nur darin liegen kann, Chancengleichheit für die bislang benachteiligten Entwicklungsstaaten herzustellen.

Eine überraschende Erfahrung

In seiner Eröffnungsrede am 23. März hatte UN-Generalsekretär U Thant ein-

dringlich davor gewarnt, diese Konferenz „zu einer bloßen Übung in politischen Belanglosigkeiten oder zu einem abstrakten Seminar führender Wirtschaftsfachleute aus aller Welt" werden zu lassen. Er betonte, daß der Konferenz „die Rolle eines Aktionsinstruments zugedacht" ist. Der Verlauf der Verhandlungen hat gezeigt, wie berechtigt diese Mahnung war. Besonders die ersten Tagungswochen ließen das Bestreben der hochentwickelten Industriestaaten deutlich werden, die Konferenz ihrer eigentlichen Aufgabe zu entfremden und sie auf das Niveau eines unverbindlichen Diskussionsforums herabzudrücken. Sie waren eifrig bemüht, die zentrale Forderung nach einer tiefgreifenden Reform der Normen des Welthandels aus den Verhandlungen zu eliminieren, und glaubten, dem Drängen der Entwicklungsstaaten damit begegnen zu können, daß sie ihnen gelegentliche Unterstützung nach Art der bisherigen Entwicklungskredite in Aussicht stellten.

Diese Taktik ist in Genf gescheitert. Und zwar gescheitert an der für viele überraschenden Solidarität der bislang benachteiligten Staaten. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese politisch-ökonomische Solidarität eine der eindruckvollsten Erfahrungen der Welthandelskonferenz ist. Sie hat sich hier zum erstenmal in dieser Deutlichkeit manifestiert, und sie wird bei allen künftigen internationalen Konferenzen als machtvoller politischer Faktor in Rechnung zu stellen sein. Die betroffene Reaktion, das oft geradezu ratlose Verhalten westlicher Konferenzteilnehmer gegenüber dem solidarischen Vorgehen der Entwicklungsstaaten in Genf hat erkennen lassen, daß dieses Phänomen die bisherigen theoretischen und praktischen Vorstellungen von der Verhaltensweise der jungen, nichtprivilegierten Staaten sprengt. Dieses Unverständnis fand in klassischer Weise in jenen, vor allem auch in der bundesdeutschen Presse anzutreffenden Kommentaren Ausdruck, die den Entwicklungsstaaten eine erpresserische Ausnutzung ihrer Mehrheit in Genf vorwarfen und des Freiherrn von Guttenberg nachgerade selbstmörderische Empfehlung begierig aufgriffen, man solle diese größenwahnsinnigen Entwicklungsstaaten „im eigenen Saft schmoren lassen".

Aber auch für ernstzunehmende Theoretiker der politischen Ökonomie der jungen Nationalstaaten und der anderen unterentwickelten Regionen ist deren massive Solidarität, wie sie sich auf der Welthandelskonferenz offenbarte, eine revolutionierende Erfahrung. Die im Westen vorherrschenden Lehrmeinungen, soweit sie zum Fundament der praktischen Politik gemacht worden sind, gingen von der Voraussetzung aus, daß unterentwickelte Länder dazu neigen, ihre wirtschaftlichen und damit auch einen großen Teil ihrer politischen Beziehungen zu einem oder zu mehreren Industrieländern zu unterhalten, ihre Bindungen untereinander aber zu vernachlässigen. Diese „Verbundenheit" mit den Industriestaaten war natürlich nicht das Produkt einer eigenen freien Entscheidung, sondern das Resultat historisch bedingter Umstände: der auch nach der Proklamation der Unabhängigkeit wirksamen wirtschaftlichen und kulturellen Bindung an die frühere Kolonialmacht und der intensiven neokolonialistischen Bemühungen der Industrieländer, die bei formeller Wahrung der politischen Souveränität alte Abhängigkeitsverhältnisse konservieren und neue schaffen wollen. Hier liegt auch die Ursache dafür, daß selbst trotz geografischer Nachbarschaft in der historischen Tradition kein Ansatzpunkt für enge ökonomische Beziehungen der jungen Nationalstaaten untereinander zu finden ist. Eine solche Zusammenarbeit konnte und kann nur im Ergebnis einer bewußten politischen Aktion entstehen, deren Impuls nun allerdings von dem gemeinsamen Erlebnis fremder Unterdrückung und Ausbeutung in der Vergangenheit, vor allem aber von dem elementaren

Zwang ausgeht, sich gegen die noch in der Gegenwart andauernde Ausnutzung durch ausländische Mächte und die daraus resultierende soziale Rückständigkeit zur Wehr zu setzen. Es mag in diesem Zusammenhang dahingestellt bleiben, inwieweit heute amtierende Regierungen von Entwicklungsländern aus eigenem Antrieb oder unter dem Druck ihrer auf schnelle Verbesserung ihrer Lebensbedingungen drängenden Bevölkerung gemeinsame Aktionen der Armen vorantreiben. Die zweifellos existierenden Unterschiede in der Motivierung ändern nichts an der Tatsache, daß die fortschreitende soziale Entwicklung in den einzelnen Entwicklungsstaaten in einem unauflöslichen Wechselverhältnis zum Ausbau ihrer Beziehungen untereinander bis hin zur solidarischen Kampffront gegen die reichen Länder dieser Welt steht. Eben diese Erkenntnis ist auf der Welthandelskonferenz vermittelt und nachdrücklich demonstriert worden.

Für echte Chancengleichheit

Diese auf lange Sicht wirksame, heute aber schon deutlich spürbare Änderung des internationalen Kräfteverhältnisses wird in allen Bereichen der zwischenstaatlichen Beziehungen tiefgreifende Veränderungen nach sich ziehen. In Genf interessierte die Frage nach den Auswirkungen auf die Organisation des Welthandels. Das unmittelbare Ergebnis der Konferenz deutet die Antwort hierauf nur an: es wurde beschlossen, eine Internationale Handels- und Entwicklungsbehörde zu bilden. Sie soll bestehen aus einem Ständigen Sekretariat, einem zweimal im Jahr tagenden Ausschuß, der 55 Mitglieder zählt, und einer mindestens alle drei Jahre wiederkehrenden Vollkonferenz. Die Sitzverteilung im Ausschuß: 22 Sitze für die afrikanisch-asiatischen Staaten, sieben für Lateinamerika, 18 für die westlichen Länder und acht für die Staaten des Ostblocks. Entscheidungen trifft das Gremium mit Zweidrittelmehrheit. Obwohl der Beschluß über die Einrichtung dieser neuen Institution nur ein erster kleiner Schritt auf dem Wege zu einer neuen Welthandelsorganisation ist, macht er doch eines deutlich: die nichtprivilegierten Länder wollen sich aus den Normen und Beschränkungen lösen, die ihnen von den Handelsorganisationen und Wirtschaftsblöcken der westlichen Industriestaaten auferlegt werden.

Dabei richtet sich ihr Widerstand in erster Linie gegen das „Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen" (GATT) und gegen die extrem protektionistische EWG. Die Beziehungen jener 41 Entwicklungsstaaten, die Mitglied des GATT sind und gegenwärtig an der in Genf tagenden Kennedy-Runde teilnehmen, zur exklusiven Spitzengruppe der westlichen Industrienationen sind ein klassisches Beispiel für jene halbkolonialen Bindungen alten Typs, die den Privilegierten zum Nutzen, den isoliert agierenden schwachen Staaten jedoch zum Nachteil gereichen. Konkret ergibt sich die handelspolitische Benachteiligung der Entwicklungsländer aus jener GATT-Bestimmung, die die Gegenseitigkeit bei allen Zollsenkungen und bei der Festlegung, bzw. Aufhebung von Importquoten zum herrschenden Prinzip erhebt. Die Entwicklungsstaaten jedoch können diesen Grundsatz der Gegenseitigkeit einfach nicht gelten lassen, weil sie den ökonomischen Standard der Industrieländer noch lange nicht erreicht haben, jede Senkung der Einfuhrzölle ihre eigenen Produkte vom inländischen Markt verdrängen, jede Erhöhung der Exportabgaben andererseits den Verkauf ihrer Erzeugnisse im Ausland, auf den sie angewiesen sind, praktisch unmöglich machen würde, da sie mit den Preisen der hochentwickelten Nationen nicht konkurrieren können. Am eigenen Leibe mußten sie erfahren, daß ihnen das GATT, jene eindeutig exklusive Vereinbarung kapitalistischer Industriestaaten, keine positive Entwicklungsperspektive zu bieten hat. Sie sind, wie

U Thant in Genf erklärte, „nicht nur mehr und mehr hinter den Industriegesellschaften zurückgeblieben, sondern in bestimmten Fällen und auf unabsehbare Zeit verschlechtert sich ihr Zustand noch".

Diese allgemeine Misere wird durch die speziellen Außenzollgrenzen noch verschärft, wie sie besonders von der EWG gegenüber allen Nichtmitgliedern aufgerichtet werden. Mit Recht sehen die Entwicklungsstaaten in diesem Blockprotektionismus eine ihren eigenen handelspolitischen Bemühungen ausgesprochen feindlich gesinnte Wirtschaftspolitik, die eine Expansion ihrer Landesprodukte schlechthin unmöglich macht. Nur am Rande sei erwähnt, daß der scheinbare Ausweg einer Assoziierung mit der EWG, wie er von einer Reihe ehemaliger französischer Kolonien in Afrika beschritten wurde, der Mehrzahl der entwicklungsbedürftigen Staaten verschlossen ist.

Aus dieser existenzbedrohenden Situation haben sie 2 Hauptziele herauskristallisiert, um deren Erreichung sie gemeinsam kämpfen; das erste ist taktischer, das zweite strategischer Natur: so fordern sie einmal von den reichen Staaten eine handelspolitische und finanzielle Unterstützung für den erleichterten Absatz ihrer Exportwaren und für die Erweiterung ihrer Produktionskapazitäten. Die historische Rechtfertigung dieser im Westen weitgehend mit Unverständnis aufgenommenen Forderung leiten sie aus der wohl unbestreitbaren Tatsache ab, daß ihre gegenwärtige wirtschaftliche Schwäche, ihre undifferenzierte und darum krisenanfällige ökonomische Struktur und die vergleichsweise noch geringen Kenntnisse und Fähigkeiten ihrer Bevölkerung das Resultat einer auf rigorose Ausbeutung der natürlichen Reichtümer gerichteten Kolonialherrschaft sind. Dafür fordern sie Wiedergutmachung. Und sie haben die Ernsthaftigkeit ihrer Bestrebungen um wirtschaftliche Eigenständigkeit auf der Welthandelskonferenz dadurch zu unterstreichen gewußt, daß sie diese Starthilfe nicht in erster Linie in der Vergabe letztlich doch verpflichtender Kredite, sondern in der Einräumung besserer Absatzchancen für ihre Produkte sehen. Entsprechend der Formel „Aid by trade" haben sie in Genf gefordert und in die Schlußerklärung aufnehmen lassen: Um den Rückgang der Exporterlöse der Entwicklungsländer aufzuhalten, anerkennen die Industriestaaten die Notwendigkeit einer Stabilisierung der Rohstoffpreise und die Öffnung ihrer Märkte für die agrarischen und gewerblichen Exportgüter der Entwicklungsländer; die internationalen Finanzinstitute bemühen sich um Maßnahmen, die das ständige Anwachsen der Schuldenlast, besonders auch im Hinblick auf die mittelfristigen Anleihen, verhindern sollen; die Industriestaaten übernehmen eine Mitverantwortung dafür, daß das Nationaleinkommen der Entwicklungsländer jährlich um mindestens 5 Prozent steigt; sie werden ein Prozent ihres Bruttosozialprodukts für die Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen.

Die Erfüllung dieser Verpflichtungen wäre die Voraussetzung zur Erreichung jenes strategischen Zieles, das UN-Generalsekretär U Thant als das stürmische „Verlangen nach einer neuen internationalen Arbeitsteilung" definiert hat, der Abkehr von jener im Handel mit Entwicklungsstaaten noch heute gültigen Prozedur des Austauschs von Elementarprodukten gegen Industriewaren, wobei die Lieferanten der Industrieerzeugnisse den Preis diktieren und die Armen noch ärmer machen. In der Tat liegt hier die Ursache jenes Übels, daß selbst die Vorteile der Kapitalhilfe, bilateraler und multilateraler Hilfsprogramme durch die gegenwärtig vorherrschenden Bedingungen des Warenaustauschs mit den Industriestaaten des Westens zunichte gemacht werden. Eine neue internationale Arbeitsteilung aber soll durch einen Prozeß beschleunigter Industriealisierung auch die schwachen Staaten in absehbarer Zeit in die Lage versetzen, auf das Niveau

der Industriestaaten emporzusteigen und mit ihnen auf der Basis echter, d. h. materiell gesicherter Gleichberechtigung zu verkehren.

Wie ernst meint es der Westen?

In den amtlichen und offiziösen Kommentaren des Westens zu dieser in der Schlußerklärung der Welthandelskonferenz niedergelegten Zielsetzung wird bedenklich oft betont, daß es sich dabei schließlich nur um allgemeine Empfehlungen handele, die durch keinen rechtlichen Status abgesichert seien. Das ist insofern richtig, als die Schlußakte keine vertragsrechtliche Bedeutung hat. Verräterischerweise wird oft von einem „nur moralischen Wert" gesprochen. Dabei sollte jedoch von jenen, die sich ihren Verpflichtungen zu entziehen gedenken, eines nicht übersehen werden: Nach dem Willen der Mehrheit der Konferenz soll diese Welthandelstagung ihre institutionelle Fortsetzung im Rahmen der Vollversammlung der Vereinten Nationen finden. Ihr wird die Schlußakte vorgelegt, und es ist nicht daran zu zweifeln, daß sie sie akzeptiert. Auch die Empfehlung über die Arbeitsprozedur des Ständigen Ausschusses wird einem UN-Sonderausschuß und anschließend der Generalversammlung zur Abstimmung vorgelegt. Damit sind diese Beschlüsse zwar noch immer nicht gültiges Vertragsrecht, aber nur ein Narr könnte ihre politische Bedeutung und damit schließlich auch ihre normative Kraft geringschätzen.

Der Westen hat also alle Veranlassung, sich über seine Haltung zu den Ergebnissen und bereits heute absehbaren Folgen der Welthandelskonferenz klar zu werden. Er wird vor allem entscheiden müssen, ob er grundsätzlich bereit ist, die zu erwartenden Beschlüsse des Ständigen Ausschusses auch dann zu akzeptieren, wenn sie gegen seine Stimmen verabschiedet werden. In Genf hatten die westlichen Industriestaaten einen Vorschlag unterbreitet, der ihnen im Ständigen Ausschuß eine Sperrminorität, also ein Vetorecht, einräumen sollte. Dieser Plan ist abgelehnt worden. Die Mehrheit der Teilnehmer hat sich lediglich zu einem Kompromiß bereitgefunden, der den Abstimmungen, in denen die Zweidrittelmehrheit entscheidet, ein Vermittlungsverfahren vorschaltet. Die Industriestaaten müssen also damit rechnen, von den solidarisch auftretenden Entwicklungsländern überstimmt zu werden, wobei sich dann die Frage nach ihrer demokratischen Loyalität in aller Schärfe stellt. Diese Situation ist für den Westen neu. Er wird sich hier zu einer prinzipiellen Entscheidung durchringen müssen, für die ihm im Grunde nur zwei Richtungen offen stehen: Er kann sich erstens von der Einsicht leiten lassen, daß die wirtschaftliche Konsolidierung der jungen Staaten eine zwingende Notwendigkeit ist, die auch um den Preis eines teilweisen Verzichts auf eigene Interessen — wirtschaftlicher und machtpolitischer Art — erreicht werden muß. Auf lange Sicht würden von einer solchen Entwicklung alle Nationen profitieren, da nur die Beseitigung der krassen sozialen Unterschiede die Basis für eine dauerhafte gute Zusammenarbeit im internationalen Rahmen sein kann.

Er kann sich zweitens aber auch auf die Position seiner eigenen Stärke zurückziehen und seinen Widerstand gegen die Pläne der nichtprivilegierten Länder durch eine negative Demonstration seiner Macht bekunden. Und die Gefahr einer solchen Entscheidung ist nach Lage der Dinge wahrlich nicht weniger wahrscheinlich als Lösung Nummer eins. Es ist ja schließlich ein unbestreitbares Faktum — und wer in der Zeit während der Konferenz aufmerksam die Zeitungen gelesen hat, ist immer wieder auf selbstgefällige Bekundungen dieser Art gestoßen —, daß der Westen es einfach unterlassen kann, Kapitalhilfe in ausreichendem Umfang bereitzustellen, daß er seine Märkte gegen die Exportwaren der schwachen Staaten nach wie vor verschließen, daß

er als Hauptabnehmer die Rohstoffpreise drücken, daß er seinen bestimmenden Einfluß in den internationalen Finanzinstituten gegen die Interessen der Kreditnehmer geltend machen kann. Er kann, kurz gesagt, alles in seinen Kräften Stehende unternehmen, um den Status quo zu zementieren. Es gibt gar keinen Zweifel daran, daß vor allem in den USA — aber nicht nur da — einflußreiche Gruppen eben diese Politik empfehlen. Es wäre die konsequente Fortsetzung der bisherigen, auf die Erhaltung des eigenen Vorteils gerichteten Politik. Die Frage ist nur, ob der industrialisierte Westen auf die Dauer auch stark genug ist, mit den Konsequenzen einer solchen Taktik fertigzuwerden. Hier werden auch in seinen wirtschaftlichen und politischen Führungsgremien starke Zweifel und ernste Warnungen laut, die die schwache Hoffnung stützen, man möge in der Oberklasse der Nationen die Einsicht in die Notwendigkeit einer Neuorientierung finden.

Die Tragweite der Entscheidung

Denn eines kann auf gar keinen Fall übersehen werden: wie immer sich der Westen entscheidet, sein Entschluß wird auf die eine oder andere Weise den Ausgang des Wettstreites zwischen den beiden dominierenden Gesellschaftsordnungen, der kapitalistischen und der kommunistischen, wesentlich, wenn nicht gar bestimmend beeinflussen. Gelänge es ihm, die Entwicklungsländer durch die Aufstellung und Realisierung vorausschauend geplanter, nicht an politische Bedingungen gebundener Hilfsprogramme von der Ehrlichkeit seiner Absichten zu überzeugen, so hätte der kapitalistische Westen allen Grund, der Entscheidung über den Wert der rivalisierenden Systeme mit jenem so oft beschworenen Selbstvertrauen entgegenzusehen. Entschlösse er sich aber zu einer Fortsetzung der bisherigen, auf die Beibehaltung des Status quo gerichteten Politik, so würde er sich die überwiegende Mehrheit der Entwicklungsstaaten zum Feinde machen und damit das Potential seines kommunistischen Kontrahenten entscheidend stärken.

Der Westen sieht sich also vor eine Entscheidung von historischer Tragweite gestellt. Die hungernden, im Elend lebenden Menschen in aller Welt wissen heute, daß es genügend Reichtum auf der Erde gibt, um Armut, Krankheit und Unwissenheit zu beseitigen. Und sie wissen auch, daß sich der größte Teil dieses Reichtums in den wenigen hochindustrialisierten Staaten des Westens konzentriert, ihren früheren Kolonialmächten. (Ihnen ist allerdings auch bekannt, daß die sozialistischen Staaten noch nicht über jenes industrielle und finanzielle Potential verfügen; daraus mag sich auch die vergleichsweise höhere Wertschätzung herleiten, die sie den zumeist hervorragend eingesetzten Kapitalhilfen östlicher Herkunft zuteil werden lassen, obwohl diese quantitativ hinter den westlichen Aufwendungen noch zurückbleiben.) Die Armen sind entschlossen, die Quellen des Reichtums auch für sich zu erschließen. In ihrem Namen stellte U Thant zu Beginn der Welthandelskonferenz die Frage: „Wie lange noch sollen wir zulassen, daß anonyme ökonomische Mächte die Beziehungen der Menschen zueinander beherrschen mit der unhaltbaren Begründung, die Sozialwissenschaften seien zu einer progressiven Entwicklung ähnlich den Naturwissenschaften nicht fähig?" Damit ist die Forderung nach einer neuen, wissenschaftlich fundierten Konzeption auch für das Gebiet des für die zwischenmenschlichen Beziehungen entscheidenden Welthandels gestellt. Die reichen Nationen werden sie auf die Dauer nicht mit taktischen Finessen beantworten können.

Horst Heiden

Die Lage

Johannes Weidenheim

Vergatterung der Reaktion

Diese Sommerwochen 1964 sind ein einziges historisches Memorial: 20 Jahre 20. Juli 1944, 25 Jahre Zweiter Weltkrieg, 30 Jahre „Barmen" (hierzu siehe die Anmerkungen von Heinrich Steege an anderer Stelle dieses Heftes), 50 Jahre Erster Weltkrieg ... Der Sohn dieses unglücklichen Volkes, ohnehin zu andauerndem Nachsinnen über den Absturz seiner Väter in nie dagewesene Barbarei angehalten, schaut um sich und sieht, daß überall Bilanz gezogen oder doch so getan wird, als ziehe man Bilanz: alles redet und schreibt über die wichtigen Jubiläen, und darunter ist manches Wort eine wirkliche Erkenntnishilfe, anderes wiederum bloße Rechtfertigung und schlechtes Gewissen, auch Spekulation und Geschäftemacherei mit der latenten Lust vieler Landsleute an Kriegsgeschichten, bis hin zur schamlosen Mystifikation.

Zwei Jahrzehnte sind es her, daß ein tapferer deutscher Offizier, Repräsentant einer bürgerlichen Oppositionsgruppe, das einzige Ereignis gewordene Attentat auf Adolf Hitler unternahm. Es mißlang — Deutschland sollte den bitteren Kelch, den es anderen zugedacht hatte, selber und bis zur Neige trinken. Es war zu wenig gewesen und zu spät gekommen — vielleicht hat es deswegen scheitern müssen. Dennoch bleibt es ein Lichtpunkt in der neueren deutschen Geschichte, würdig eingereiht in den antinazistischen Kampf der deutschen Kommunisten, Sozialdemokraten und Intellektuellen. Der Struktur der Bundesrepublik entsprechend, hätte diese Erscheinungsform des Widerstandes, also die bürgerliche, sich am besten geeignet, zu einem allgemeinen und ausnahmslosen Bewußtseinsbestandteil unserer Staatsbürger, besonders der nachwachsenden, gemacht zu werden. Wir können hier lapidar feststellen, daß auch das gescheitert, genauer: nie ernsthaft versucht worden ist. Man stelle sich einmal vor, der 20. Juli wäre Staatsfeiertag geworden — in einem Staat, der sich von Anfang an moralisch und politisch nicht, wie weiß Gott hätte erwartet werden müssen, auf unmißverständliche Scheidung vom Nationalsozialismus und allen seinen weitverzweigten Zuträgern gründete (was dann allerdings einige drastische personelle und gesetzgeberische Maßnahmen erfordert hätte), sondern auf den alten, müdegerittenen, wahllosen, von Thomas Mann als die „Grundtorheit des Jahrhunderts" bezeichneten Antikommunismus. Unvorstellbar. Insofern ist es nur konsequent, daß aus dem 20. Juli bei uns nicht viel geworden ist, hatte man sich doch zur höheren Ehre des Kalten Krieges und des wahllosen Antikommunismus schon früh entschlossen, all denen nicht weh zu tun, die im Grafen Stauffenberg, nehmen wir alles nur in allem, schlicht einen Verräter sahen und sehen (auch wenn sie das noch nicht öffentlich verkünden): den vielen einzelnen alten Nazis in Justiz, Verwaltung, Militär, Polizei, ferner den Landsmannschaften, den Schützenvereinen, der „Bild"-Gemeinde und so weiter und so fort. So wird also auch weiterhin zwischen der Theorie und der Wirklichkeit dieses Gedenktages die gleiche Diskrepanz bestehen bleiben, wie sie zum Beispiel zwischen so manchem schönen Buchstaben unseres Grundgesetzes und der „Verfassungswirklichkeit" ganz allgemein herrscht; ja, die Art, wie man zum 20. Juli große Worte macht, an die

sich keiner schert, könnte Symbolcharakter für weite Bereiche unseres politischen Alltags überhaupt annehmen.

Das geschichtliche Bild des Mehrheitsdeutschen

Die beiden anderen Gedenktage bewegen die Gemüter schon mehr. Ein Volk hält inne und schaut auf ein Stück seiner Geschichte zurück, das es zu einem gut Teil selbst erlebt und mitgestaltet hat: auf ein blutiges, schmähliches Stück, seien wir ehrlich. Aber auch auf ein Stück Kampf: Auf den überlieferten Kampf des Deutschen mit sich selbst um den Eintritt dieses von zentrifugalen Kräften geplagten Volkes in den Kreis der modernen, zivilisierten, technologischen Massenorganisationen der übrigen Völker, auf den Kampf des „anderen Deutschlands" gegen das deutsche Reich der „schimmernden Wehr" um Humanität.

Es wird in den folgenden Ausgaben dieser Zeitschrift noch detaillierter die Rede sein von den Ereignissen, die zum Ersten und zum Zweiten Weltkrieg geführt haben, insonderheit von den jeweiligen Kräften in Deutschland selbst, die auf die beiden Katastrophen (dermaleinst von der Rückschau wohl zu einer zusammengefaßt) hindrängten: der Analyse des Historikers sei hier nicht vorgegriffen. Statt dessen möchte der Schriftsteller (der diese Zeilen schreibt) des Lesers Aufmerksamkeit einmal auch auf den typologischen Aspekt unserer Geschichte des letzten halben Jahrhunderts aufmerksam machen, auf die Frage: von welchem Zuschnitt war der Mehrheitsdeutsche, der es 1914 und 1939 seiner Führung ermöglichte, in seinem Namen und mit seiner blinden Gefolgschaft Krieg gegen die halbe Welt anzuzetteln? Das ist für die Erhellung der Gegenwart und für den Entwurf der Zukunft nicht weniger wichtig als die Bloßlegung der (den Typus natürlich zum Teil prägenden) ökonomischen und politischen Kräfte jener Tage.

Autoritär, zu Kindern streng, Schwachen gegenüber hart, Brutalen gegenüber weich; antirationalistisch, ein Gegner der Aufklärung und der Demokratie; ein pedantischer Aufspalter des Geistes in „Kultur" und „Zivilisation", des Lebens in „Dienst" und „Privatleben"; in der Literatur immer auf Seiten der Wortemacher, der Unklaren, der Aufgeblasenen, nie auf Seiten der Realisten und Kritiker stehend; abgeneigt gegen „Politik" („ein garstig Lied"), sehr für seine „Gemütlichkeit"; ein Aufsplitterer des Lebens in möglichst kleine Konventikel, die sich mit anderen dauernd reiben; Sozialistenfresser; auf eine besondere Art national: weniger für sein eigenes Volk als gegen die anderen; an in sich ruhendem Selbstbewußtsein so arm, daß er immer einen „Erzfeind" braucht, um sich an dessen Zerrbild zu bestätigen („Franzmann", „perfides Albion", „Weltjudentum", „Weltbolschewismus") ... Alles das und anderes mehr, staatsbürgerlich summiert und politisch in Bewegung gesetzt, ergibt einen Schlag, in dessen Mut immer jene Spur von Angst gefehlt hat, die da sein muß, wenn Mut nicht in bloße Tollkühnheit ausarten soll. Wir sehen den vor allem, aber nicht ausschließlich, vom Bürgertum (groß und klein) gestellten Typus des Deutschen vor uns, der stets seine eigenen Kräfte überschätzt und die Kräfte der anderen unterschätzt hat. Daher rührt es, daß im Zivilen immer ein Hauch von Aggressivität von ihm ausging (auch und gerade wenn er sich betont freundlich gab) und daß durch ihn im Militärischen das Hineinsteigen in zwei Weltkriege in Deutschland einfacher war, als es irgendwo sonst auf der Welt hätte sein können.

Und als die Weltkriege dann beide Male verloren waren, hatte man niemals selbst Schuld daran, immer nur die anderen. Und wer sich unterstand, aus den Niederlagen Lehren zu ziehen und zu verbreiten, wurde zum „Erfüllungsgehilfen" oder zu sonst einem subversiven Verbündeten des Feindes gestempelt; keinesfalls konnte zugegeben werden, daß diejenigen auf dem richtigen Weg sein könn-

ten, die die Niederlage annahmen, um daraus für ihre und die kommenden Generationen das Beste zu machen — und vor allem: um zu verhindern, daß das Volk ein weiteres Mal in die gleiche zerstörerische Situation käme.

Das Bild ist nicht abgerundet, solange man nicht jenen fatalen „Drang nach Osten" mit einbezieht, den ganze Geschlechter von Deutschen des angedeuteten Typs mit der Muttermilch eingeflößt bekommen haben. In den Weiten des Ostens ist Platz für den Ellenbogenmenschen vom Rhein, zugleich kann er den dahindösenden slawischen Massen eine Lektion in Tüchtigkeit und Ordnung geben —: wir wissen heute, daß auch äußerliche Honorigkeit unter der Haut von diesem Wahn angefressen sein konnte. Noch Jahrzehnte nach dem Ersten Weltkrieg, als die wahre Gestalt Wilhelms II. in ihrer Mischung von Labilität und Martialität schon längst entzaubert war, hielt der nationalistische Mehrheitsdeutsche nach wie vor eine Figur in hehrer Unbescholtenheit als Inbegriff des Ehrenmannes und Kavaliers der alten Schule aufrecht, den Reichskanzler Theobald v. Bethmann Hollweg —, bis auch ihn (in den verdienstvollen Forschungen von Fritz Fischer und Imanuel Geiss) der Lichtstrahl der offenkundig systematisch bis dahin verborgen gehaltenen Wahrheit traf: auch er — ein Wolf im Schafspelz, auch er lange vor Hitler schon bereit, nach einem deutschen Sieg slawische Massen aus ihrer angestammten Heimat zu deportieren, um dem germanischen Herrn, dem es daheim zu eng ist, Platz zu machen.

An dieses alles ist zu denken, wenn wir die beiden Jubiläen registrieren. Zweimal in einem halben Jahrhundert hat Michel seine Haut zu Markt tragen lassen. Zweimal aber auch im ganz kurzen Zeitraum von fünfzig Jahren ist die Militärmaschinerie der Deutschen (perfektionierter, als es die vielbeschrieene „russische Dampfwalze" je sein konnte) verheerend nach Osten eingebrochen —: das hat man dort nicht vergessen und wird es auch in hundert Jahren noch nicht vergessen haben. Was wir Bundesbürger in diesen Gedenkwochen in erster Linie uns erneut klarzumachen haben, ist gerade dies: daß man in Polen und Rußland alles das, was wir hier in unserer völlig unbegründeten Was-kostet-die-Welt-Hochlaune uns schon wieder zu vergessen erlauben, just deswegen nicht vergessen wird, weil wir es vergessen haben. Und daß man vom eigenen Standpunkt aus getan hat, was man tun konnte, damit es nicht ein drittesmal passiere[1]).

Moskau zieht seine Hand nicht von Pankow ab

Im Lichte aller dieser Maßnahmen ist auch der soeben abgeschlossene Beistandspakt zwischen den Regierungen der Sowjetunion und der DDR zu sehen (Wortlaut siehe im Dokumentationsteil). Rudolf Hilf hat ihn an anderer Stelle dieses Heftes eingehend und mit gebotener Nüchternheit interpretiert. Heben wir hier darum nur eines besonders hervor: Dieser Vertrag erhebt weniger einen Anspruch, als daß er einem Anspruch entgegentritt; entgegentritt noch einmal, in aller Form und nunmehr hoffentlich für alle unmißverständlich: dem Anspruch der Bundesrepublik Deutschland auf die DDR. Pointierter: dem Anspruch aller, in denen der alte „Drang nach Osten" immer noch irgendwie wabert, und sei es fürs erste nur der Drang nach Stralsund, Funkfurt/Oder und Dresden. Zumindest für die nächsten zwanzig Jahre sollte — zu unser aller Nutz und Frommen übrigens — auch dieser Traum ausgeträumt sein. In dieser Zeitschrift ist schon lange vor der Unterzeichnung des Vertrages die Überzeugung geäußert und begründet worden, daß und warum die Sowjetunion die DDR nicht „fallenlassen" wird und kann. Nun wissen wir alle noch mehr: die Sowjetunion, eine der beiden thermonuklearen Weltmächte, würde einen Angriff auf das Staatsgebiet der DDR wie einen Angriff auf ihr eigenes Gebiet betrachten und beantworten.

[1]) Vgl. zum Thema „Ostpolitik" den Aufsatz von Prof. Rasch in diesem Heft. D. Verf.

Ist es demgegenüber wirklich so wichtig und interessant, daran herumzurätseln, ob Walter Ulbricht mit diesem Vertrag wohl zufrieden sei? „Er hat nicht bekommen, was er wollte" — so geht es wie eine Stafette der Schadenfreude durch die meinungsbestimmende Tagespresse der Bundesrepublik. Doch hinter dieser Schadenfreude verbirgt sich Verlegenheit. Denn wenn es auch durchaus möglich ist, daß Walter Ulbricht ein Friedensvertrag noch lieber gewesen wäre, so muß doch jeder redliche Mensch zugeben: die Regierung der DDR hat mehr bekommen, als man ihr in Bonn zugetraut hätte. Sie hat vielleicht nicht hundertprozentig das bekommen, was sie sich gewünscht hatte, aber doch, sagen wir einmal, achtzigprozentig. Damit wird sie sich einzurichten wissen — und damit werden auch wir uns einzurichten haben. Es gibt so viele gute und schöne Ansätze in der BRD, aber letzten Endes wird die Entwicklung dadurch blockiert, daß dieser westliche Nachfolgestaat des Deutschen Reiches meint, er dürfe an sich selbst nicht genug haben ...

Wenn wir an dieser Stelle versuchen, noch einmal den Typus des weiter oben umrissenen nationalistischen Mehrheitsdeutschen der zurückliegenden Jahrzehnte in den Blick zu fassen, so wird klar: Ihn gibt es immer noch, und ihm ist mit diesem Pakt ein energisches Halt geboten worden. (Die Frage ist heute nur, ob und in welchem Maße er immer noch der Mehrheitsdeutsche ist.) Ergänzen wir sein Porträt um einen weiteren Zug — mit Hilfe eines Wortes von Konrad Adenauer aus diesen Tagen: die gegenwärtige Entspannung sei nichts weiter als eine „trügerische Flaute", erklärte dieser nicht müde werden wollende uralte Scharfmacher. So redet über Entspannung nur, wer sie nicht wünscht. Es gibt eben Leute, die der Frieden nervös macht. Man kann ihnen viele Namen geben (und sie treten ja auch in vielen Gewändern auf): „Ultras", „Rechtsradikale", „Ewiggestrige", „Teutonen", wie man will; jedenfalls sind sie mit unserem Typus von weiter oben identisch, und zu ihren Charakteristiken gehört auch, daß sie es bis heute, neunzehn Jahre danach, nicht fertiggebracht haben, sich mit den Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges abzufinden. Der Pakt zwischen Moskau und Ostberlin soll ihnen diesbezüglich die Augen öffnen und ihnen helfen, sich von sich selbst zu erlösen, die Welt zu erkennen, wie sie ist und wie sie werden wird, und sie anregen, ihre Kräfte endlich vernünftig und nicht länger zum Schaden, sondern einmal auch zum Wohle ihres Volkes einzusetzen; nicht länger der Zerstörung zu dienen, sondern dem Aufbau.

Schon der Ausgang des Ersten Weltkrieges bedeutete ihre geschichtliche Niederlage, denn es war i h r Krieg gewesen, nicht der Krieg der arbeitenden Massen und der humanistischen Intelligenz. Doch sie traten nicht ab. Elementare Fehler der Siegermächte erleichterten es ihnen, ihre Niederlage zu „verdrängen", und als die radikalen Nazis daherkamen und ihnen neuen Glanz versprachen, waren sie sofort zu allem bereit (auch zu Verbrechen, wie sich später zeigen sollte). Und wieder endete alles mit ihrer (diesmal verdoppelten) Niederlage — doch abermals wird es ihnen ermöglicht, die Bühne zu betreten, neue Illusionen zu kolportieren und in geschichtlich längst Vollzogenem herumzustochern und es nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Diesmal trifft die Verantwortung dafür unsere Regierung in Bonn — darüber sollte diese sich im klaren sein. Wenn Bundeskanzler Erhard mit Rücksicht auf die Landsmannschaft der Sudetendeutschen nicht die Courage hat, das „Münchner Abkommen" von 1938 in aller Form fallen zu lassen, andererseits aber seine diesbezüglichen halben Auslassungen den Offiziellen der Sudetendeutschen Landsmannschaft schon wiederum viel zu weit gehen (weil dieses Hitler-Abkommen in ihren Augen immer noch gültiges Recht ist) und sie sich, um den Kurswert ihrer Wählerstimmen wissend, anmaßen, auf den Regierungschef deshalb Druck auszuüben, so zeigt allein schon dieses eine Beispiel,

wie unmöglich und gefährlich unsere Situation geworden ist. Prof. Erhard weiß hoffentlich, daß die Welt, selbstverständlich auch die westliche, das pfeifen schon alle Spatzen von allen Dächern, von ihm eine deutsche Ostpolitik erwartet, die sich von den künstlich am Leben gehaltenen Ressentiments der Vertriebenenverbände endlich und eindeutig emanzipiert.

Denn es steht mehr auf dem Spiel als nur unser Ruf als ein Volk, das sich, wie so manches andere das ebenfalls schon gemußt hat, mit Unabänderlichem abzufinden weiß (wenn einer das in seinem persönlichen Leben nicht kann, bleibt er ein Narr), es steht der Frieden auf dem Spiel. Im Ersten Weltkrieg ging es in der Hauptsache noch um sehr viel Geld, im Zweiten schon um Land und Leute, und worum es in einem dritten ginge, das hat soeben wieder auf deutschem Boden der Amerikaner Linus Pauling mit dankenswerter Derbheit an die Wand gemalt:

> „Bei einem Atomkrieg zwischen Ost und West wird es nach Ansicht des amerikanischen Nobelpreisträgers Prof. Linus Pauling in den USA und Europa keine Überlebenden geben ... Er schätzte, daß von den 800 Mill. Menschen im Ost-West-Raum 60 Tage nach einem dritten Weltkrieg mit Atomwaffen etwa 720 Mill. tot sein würden, 60 Mill. würden schwer verletzt unter Qualen sterben, und die restlichen 20 Mill. müßten verhungern ..." (AP vom 29. 6.)

Was die Kirchenlichter, die die kostspielige Operette „Dortmunder Bunkertest" mit unseren Steuergeldern inszeniert haben, wohl sagen (oder doch im stillen Kämmerlein denken) werden, wenn sie das hören? Und ob Bundesminister Seebohm angesichts solcher Perspektiven seine Brandschnulze von der Rückgabe des Sudetenlandes („an das sudetendeutsche Heimatvolk" — aber was heißt das?) das nächstemal nicht vielleicht wenigstens in Moll anstimmt?

Was unsere Bundeswehr zuviel hat

Wie begründet die Sorgen all derjenigen im In- und Ausland sind, die sich die Entwicklung der physisch unvorhergesehenermaßen schnell so stark gewordenen, geistig-psychisch aber merkwürdig hinterher hinkenden, im Grunde in die Welt von heute noch nicht integrierten Bundesrepublik Deutschland angelegen sein lassen, zeigt in diesen Tagen einmal mehr der Heye-Rapport über antidemokratische Tendenzen in der Bundeswehr, Westeuropas stärkster Armee.[2])

Vizeadmiral a. D. Hellmuth Heye ist alles andere als ein Mann, den seine plötzlich wie aus der Erde geschossenen zahlreichen Gegner selbst bei schlechtestem Willen als Linksintellektuellen diffamieren könnten: um so schwerer gehen seine Warnungen denen „runter", die sich offenbar schon zu sehr unter sich gewähnt hatten, als daß sie solche Enthüllungen noch für möglich gehalten hätten. Hier hat einer aus der Schule geplaudert, von dem man das am wenigsten befürchtet hätte. Der Vergleich mit dem einstigen preußischen Offizier Fritz v. Unruh drängt sich auf, der gerade durch seine Einblicke in das Kriegerhandwerk zum Pazifisten wurde. In Hellmuth Heye hat, biblisch genommen, ein aufrechter Mensch seine Blödigkeit überwunden, weil er aus seinem Herzen keine Mördergrube machen wollte, — eigentlich eine moralische Selbstverständlichkeit, bei uns jedoch eine Sensation.

Dabei hätten die Enthüllungen des Bundeswehrbeauftragten eigentlich niemanden überraschen dürfen. War es unter Berücksichtigung der Tatsachen, daß die meisten Bundeswehrgenerale einst willige Hitler-Offiziere gewesen sind, daß man den Grafen Baudissin, den Kreator und Garanten der Idee von der „Inneren

[2]) Vgl. dazu auch den Artikel von Jochen Willke und die Glosse von Rudolf Rolfs in diesem Heft. D. Verf.

Führung", von der Truppe wegbefördert hatte, und daß die Nagold-Geschichten beim besten Willen nicht zu nichtssagenden „Einzelfällen" herabdividiert werden konnten, — war es so schwer gewesen, auch vor dem Heye-Rapport schon zu wissen, daß unsere Bundeswehr im großen und ganzen (erfreuliche Bemühungen um eine zeitgerechte Menschenführung wollen wir nicht übersehen) das Erfordernis, eine sachliche, freimütige, moderne technische Truppe mit keiner anderen Aufgabe als der der Selbstverteidigung zu werden, nicht erfüllt hat; wenigstens bis heute nicht?

Nein, nein, in dieser Bundeswehr steckt noch zuviel Ideologie (letzten Endes ist auch das Ideologie, wenn Feldwebeltöchter nicht zum Kasinoball zugelassen werden), viel zu viel Ideologie und viel zu wenig Demokratie. Zu viel alter Krampf, zu viel Dünkel, zu viel verklemmtes Sendungsbewußtsein, zu viel Elite-Trotz. Dieses Offizierskorps hat nicht die Reife, daß man ihm thermonukleare Waffen anvertrauen könnte, und wir hoffen zu Gott und den Verbündeten, daß man das auch nicht tun wird. Wenn es noch eines Beweises für diese Unreife bedurft hätte, dann hat der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Trettner, ihn mit seinem Befehl an die Truppe geliefert, worin er im Zusammenhang mit dem Heye-Rapport larmoyant von einer „Stunde der Anfechtung" spricht und mit massiven Worten die Soldaten zu verstärkter Kameraderie aufstacheln will, statt bei so schweren und offensichtlich nicht zu widerlegenden Beweisen über den moralisch-intellektuell-gesellschaftlichen Zustand seiner Truppe leise sein Amt zur Verfügung zu stellen.

Man hat, typischerweise, aus der Sache flugs einen „Fall Heye" gemacht, und das ist sie gar nicht, sie ist ein „Fall Bundeswehr", oder, mehr noch, ein „Fall Bundesrepublik". Verteidigungsminister v. Hassel hat die Katze aus dem Sack gelassen (vielleicht gar nicht ganz ohne schadenfrohe Absicht), wenn er verwundert parierte: Warum soll die Bundeswehr demokratischer sein als das Volk? Das beweist, daß es ein „Fall Bundesrepublik" ist. Tatsächlich, hier müssen wir Herrn v. Hassel recht geben: Der Demokratie-Spiegel unseres Militärs kann gar nicht höher sein als der Demokratie-Spiegel „des Volkes", und der ist also, das wollte v. Hassel zur Entschuldigung der Bundeswehr doch wohl gesagt haben, niedrig. Niedrig. Und wer ist daran schuld? Etwa das Volk selber? Was soll es denn nachtanzen, wenn man ihm seit Jahr und Tag sozusagen ein formloses Mischmasch aus „Marschtritt und Twist" vortanzt? Neulich sagte ein junger israelischer Journalist im „Frühschoppen": „Deutschland muß sich erst noch qualifizieren . . ." Wir wissen gut, wie das gemeint war: Gemeint war der nur halb, nur vage, nur taktisch gezogene Trennungsstrich zwischen den demokratischen Kräften von heute und den antidemokratischen von gestern. Hier tut sich ein Ozean an Versäumtem auf, versäumt von Regierung und Bundestag in Bonn seit ihrem Bestehen. Und auch der Alarm, den Hellmuth Heye schlug, hat, wie man befürchten muß, den heilsamen Schock (der beabsichtigt war) nicht bewirkt, die Umkehr nicht in die Wege geleitet. Oder wie anders soll man dann die für unseren ganzen Staat und unsere Gesellschaft niederschmetternde Tatsache auffassen, daß auch dieser Mann, gestern noch allgemein geachtet und ästimiert, über Nacht von allen im Stich gelassen wurde, nur weil er seine Gewissenspflicht erfüllte? (Ja, auch die Opposition hat ihn im Stich gelassen; die SPD stellt sich genau soviel vor ihn, daß man nicht sagen kann, sie tue es nicht, aber auch nicht so viel, daß man ihr eines Tages einen Strick daraus drehen könnte, daß sie es getan habe . . . Also wie üblich: Jein.)

Die Reaktion auf Heye ist symptomatisch für die augenblicklichen Verhältnisse bei uns: Statt bei fundierter Kritik das Ganze etwas aufzulockern, Abstand zu nehmen, Luft zu holen, sich im Interesse und zugunsten der Sache wenigstens diskus-

sionsmäßig in den Standort des Kritikers zu versetzen, werden fast mechanisch und unerbittlich „die Reihen fest geschlossen": im Zustand der Belagerung darf es keine Kritik geben . . . Daß diese Krankheit direkt an die Wurzeln unseres Staates geht, scheint niemanden zu kümmern, denn der beschriebene Typus des nationalistischen Mehrheitsdeutschen von einst will auf die Dauer diese unsere Bundesrepublik ja gar nicht, er will mehr, er will alles oder nichts.

Wiedervereinigung nur durch Entspannung

Man muß ihm schon um seiner selbst willen in den Arm fallen bei diesem seinem immer noch nicht beendeten Amoklauf durch die deutsche Zeitgeschichte. Noch ist es dazu nicht zu spät, auch wenn man nicht übersehen kann, daß die Reaktionäre Vergatterung halten (aber das kann ja auch bedeuten, daß sie sich in die Enge getrieben wissen). Im Geschichtspanscher Hoggan haben sie nun also auch noch ihren „Historiker" gefunden (wie Hitler einst in Rosenberg seinen „Philosophen"). Damit wird ihre moralische Position um nichts stärker, aber sie könnten in die Versuchung geraten, noch rabiater zu werden. Dagegen gibt es nur ein wirksames Mittel:

Die Kräfte der Vernunft, der Demokratie, der Entspannung, der friedlichen Koexistenz in unserem Lande, wo immer sie ideologisch auch stehen mögen, müssen sich zu einer gemeinsamen Willensbekundung zusammenschließen, und wenn auch nur für die Dauer eines einzigen Kongresses und einer einzigen Sammlung von Unterschriften unter die gemeinsame Entschließung dieses Kongresses! Zumindest wird man dann klarer sehen als bisher, welcher Deutsche heute der Mehrheitsdeutsche ist, der weiter oben beschriebene oder der andere (seit je von aller Welt und heute trotz allem wieder geachtete und um manches bewunderte Deutsche der Humanität). Und unserem zaudernden Bundeskanzler wird es dann um ein kleines schwerer fallen als bisher, sich durch alle Gruppen hindurchlavieren zu wollen (ohne in Wirklichkeit auszugleichen) und sich auf dem Entspannungsohr taub zu stellen.

Der Verfasser dieser Zeilen hat an dieser Stelle früher schon einmal[3]) eine Reihe von Persönlichkeiten namentlich genannt, die sich (mit einer ganzen Reihe anderer) einmal treffen sollten, um über ihre konformistische Einzelexistenz hinaus zu manifestieren, daß das Deutschland der Humanität, Lehren aus der bitteren Vergangenheit ziehend, sich für das politische Engagement nicht zu gut und außerdem, im Gegensatz zu früher, entschlossen und imstande sein kann, in Stunden der Krise ungeachtet aller individuellen und fakultativen Besonderheiten und Mentalreservationen und Geschmäcker die Einheit der Aktion zu dokumentieren. Und daß wir in einer Krisenstunde stecken, brauchen wir uns nicht erst von Konrad Adenauer sagen zu lassen: da hat er nur allzu recht, doch ganz andersherum, als er es meint. Die Kräfte der Humanität und des Friedens dürfen nie aus den Augen lassen, daß die Reaktion um so stärker wird, je weniger und je zersplitterter sie selbst ihren politischen Willen kundtun. „Besser, als gerührt sein, ist, sich rühren" (Bertolt Brecht): Dem empfindsamen Passivisten, und mag er alle Argumente auf seiner Seite haben, wird es immer ergehen, wie es im alten Rom den Abwesenden ergangen sind: Sie haben nie recht bekommen.

In welcher Richtung und mit welchem Ziel wir alle zusammen zu wirken und einzuwirken haben, machen die an anderer Stelle dieses Heftes abgedruckten Antworten in der Rubrik „Die politische Meinung" klar; wir weisen den geneigten Leser ausdrücklich auf sie hin. Es ist dort die Rede davon, daß wir endlich aus dem „Beton" herauskommen müssen. Das kann man drehen und wenden, wie

[3]) Vgl. „Blätter" 10/62. D. Verf.

man will, am Ende bleibt es reduziert auf seinen einfachen Kern: K o n t a k t e z u m a n d e r e n d e u t s c h e n S t a a t. (Daß sie ohnehin gar nicht aufzuhalten sind, illustriert z. B. der Bericht von Gerhard Weber an anderer Stelle dieses Heftes.) Dem Fehlschluß Prof. Erhards „Entspannung durch Wiedervereinigung" ist immer wieder von neuem die logischere und allein praktikable Faustregel entgegenzuhalten: „Wiedervereinigung durch Entspannung." Das Gegenteil geht schlechterdings nicht. Es dennoch dauernd zu proklamieren und zugleich in der Hinterhand weiter auf-, statt abzurüsten, kann über kurz oder lang nur zu der Katastrophe führen, die niemand will, die niemand verantworten kann und für die es keinen reellen Gegenwert auf dieser Welt gibt — nicht einmal die Wiederherstellung deutscher Grenzen von anno irgendwann.

(Abgeschlossen am 2. Juli.)

Dr. Rudolf Hilf

Noch zwanzig Jahre deutsche Teilung?

Fünf Tage vor den alljährlichen bundesdeutschen Deklamationen zur Wiedervereinigung hat am 12. Juni in Moskau die Sowjetunion einen „Freundschafts-, Beistands- und Zusammenarbeitsvertrag" mit der DDR unterzeichnet, dessen Dauer in Artikel 10 auf zwanzig Jahre festgesetzt ist. Kern dieses Vertrages ist der siebente Artikel, der feststellt, daß angesichts der Tatsache, daß zwei deutsche souveräne Staaten bestehen, die Schaffung eines einzigen Deutschland nur auf dem Verhandlungsweg auf der Grundlage der Gleichheit zwischen diesen beiden souveränen Staaten stattfinden kann.

Der Vertrag ist damit die Antwort auf alle bundesdeutschen Wünsche, über die DDR hinweg mit Moskau ein Einvernehmen über die deutsche Wiedervereinigung zu erzielen. Ebenso wie die Westmächte ihr Wort verpfändet haben, die Bundesrepublik Deutschland allein als die rechtmäßige Vertreterin des gesamten deutschen Volkes anzusehen, ebenso hat nun die Sowjetunion vertraglich ihr Wort gegeben, in Fragen der deutschen Wiedervereinigung die Entscheidung der DDR als souverän zu respektieren. Allerdings hat sich die Sowjetunion zwei Türen offengelassen: In Artikel 9 wird präzisiert, daß das gegenwärtige Abkommen die Rechte und Pflichten der beiden Vertragsparteien nicht aufhebe, die durch frühere bilaterale oder internationale Abkommen (wie das Potsdamer Abkommen) eingegangen wurden. Und in Artikel 10 wird bestimmt, daß für den Fall der Schaffung eines einheitlichen Deutschland (d. h. bei Einigung der beiden deutschen Staaten hinsichtlich der Wiedervereinigung) oder eines Zustandekommens eines deutschen Friedensvertrags der vorliegende Vertrag vor Ablauf seiner Gültigkeitsdauer revidiert werden kann, und zwar auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien.

Damit ist klar, daß durch diesen Vertrag keine neue Lage geschaffen wurde, die bestehende Situation wurde nur verdeutlicht. Es ist allen, denen Klarheit mehr bedeutet als Wunschdenken, seit Jahren bekannt, daß die Sowjetunion nicht daran denkt, ihre Position in Deutschland lediglich gegen das Versprechen künftigen deutschen Wohlverhaltens aufzugeben und daß eine Wiedervereinigung, die die durch den Zweiten Weltkrieg gewonnene russische Position in Zentraleuropa verschlechtert oder gar beseitigt, ins Reich der irrealen Phantasien gehört. Der Vertrag mit der DDR ist deshalb nichts anderes als ein Unterstreichen der bestehenden Machtverhältnisse, die wir weder durch Druck noch durch gutes Zureden aufheben können.

Der Vertrag ist darüber hinaus aber ein klares Wort an die deutsche Politik hier im westlichen Teil Mitteleuropas: er zeigt die wirkliche Alternative auf: Entweder den Weg einer aktiven Wiedervereinigungspolitik zu versuchen (und dieser führt über reguläre Verhandlungen mit der DDR zu einem konföderierten und aus den beiden Militärbündnissen herausgenommenen Zentraleuropa), oder aber hinzunehmen, daß die deutsche Teilung auf Jahrzehnte hinaus einfriert und die Wiedervereinigung von der Liste der aktuellen Weltprobleme gestrichen wird.

Nichts ändern daran die eigenen bundesdeutschen Deklamationen und nichts die diplomatischen Beurkundungen der Westmächte über die Alleinvertretung des deutschen Volkes durch die Bundesrepublik. Die Wahrheit ist, daß der Westen, falls ihm zugesichert wird, daß er eine Krise in und um Berlin nicht durchzustehen braucht, ohnehin bereit ist, den status quo der Teilung auf unbeschränkte Zeit und mit dem verschämten Feigenblatt einiger papierener Proteste zu akzeptieren. Vor zwei Jahren hat Walter Lippman Herrn Chrustschow auf der Krim besucht und ihn gefragt, warum man nicht das Deutschlandproblem auf zehn Jahre einfrieren könne. Die sowjetische Antwort ist nun da: Einfrieren zunächst auf zwanzig Jahre.

Die bundesdeutsche Politik wird vor den Wahlen im Herbst des nächsten Jahres daraus keine Konsequenzen ziehen. Das Eingeständnis des Versagens ist den Parteien nicht zuzumuten. Der eigentliche Kampf um eine neue Politik wird erst nach den Wahlen beginnen, dann, wenn eine große Koalition an ihren eigenen Phrasen erstickt und vor dem Volk in Fragen der Wiedervereinigung wird den Offenbarungseid leisten müssen. Hinter der Täuschung folgt unweigerlich die Ent-täuschung. Sie beginnt heute schon bei den Vertriebenen, die als bisherige schärfste Verfechter einer anti-östlichen Politik als Lohn vom Westen und von der eigenen Regierung den Fußtritt bekommen.

Die Frage ist: Was kann auf Grund dieser Lagebeurteilung Inhalt einer realen deutschen Wiedervereinigungspolitik sein?

Zunächst gilt es, das Unmögliche aus den Überlegungen zu eliminieren. Was ist unmöglich?

- Eine Wiedervereinigung, die die sowjetische Machtposition in Deutschland zugunsten der westlich-atlantischen liquidiert. Nur durch Krieg wäre dies zu erreichen, und dieser Krieg wäre gleichzeitig das Ende unseres Volkes.

- Eine Wiedervereinigung, die die Liquidierung der DDR gegen die gesamtdeutsche Neutralität eintauscht. Diese Spekulation vergißt, daß der Machtkampf zwischen West und Ost nicht nur — und nicht einmal hauptsächlich — auf militärisch-strategischem Gebiet geführt wird, sondern ganz wesentlich auf dem der Gesellschaftsstrukturen. Die Beseitigung der DDR in diesem Sinne wäre gleichbedeutend der sowjetischen Niederlage im gesamten mittelosteuropäischen Raum. Nur ein Sowjetführer, der sich mit Selbstmordabsichten trägt, könnte dies ernsthaft in Erwägung ziehen.

● Revisionen der polnischen oder tschechoslowakischen Grenze gegenüber Deutschland. Die zwischen uns, den Polen und Tschechen stehenden Fragen müssen auf eine andere Weise ihre Lösung finden. Der alte Stil der Grenzverschiebungen ist dazu nicht mehr tauglich. Die Vertriebenen stehen hier allein in Ost und West.

Was also bleibt dann überhaupt von einer Wiedervereinigungspolitik? Zunächst das Bewußtsein von der ungeheuren Härte dieses Problems. Aber das ist Voraussetzung jeder Lösung. Lösungen kann man nur dort erreichen, wo man sich über die realen Fakten keine Illusionen macht. Sie müssen wir zuerst erkennen. Ihnen muß unser Wille entsprechen, trotzdem den Weg zu wagen. Denn um Wagnis handelt es sich hier durchaus. Begreifen wir, daß die Teilung Deutschlands die Teilung der Welt ist und daß die Teilung Deutschlands verklammert ist, unaufhebbar verklammert, mit dieser größeren, den Ausgang unseres Jahrhunderts bestimmenden Frage.

Hier in der Mitte Europas muß zuerst das Wagnis der Entspannung, dann das des Friedens Ereignis werden. Allein das ist der Weg zur Wiedervereinigung unseres Volkes.

Konkret heißt das: Wir müssen den Weg der Verhandlung mit der DDR gehen. Der Einwand dagegen lautet: „Was sollten die Verhandlungen mit der DDR schon ergeben? Die DDR wird sich ja nicht selbst liquidieren wollen, also führt jede Anerkennung dieses Staates nur zu einer weiteren Vertiefung und internationalen Fixierung der Teilung des deutschen Volkes."

Der Einwand ist vom bisherigen Standpunkt der bundesdeutschen Politik aus richtig. Er wird dann falsch, wenn man begreift, daß das Ziel — das wiedervereinte Deutschland — in keinem Fall einfach die gesellschaftlich-wirtschaftliche Struktur haben wird, wie sie heute von diesem oder jenem deutschen Staat dargestellt wird. Die Auseinandersetzung um diese Fragen und ihre Lösungen ist unvermeidlich, weder hier noch drüben wird man ihr auf die Dauer ausweichen können. Wesentlich ist aber, in welchem Geiste diese geführt wird, ob in dem des Kalten Krieges oder in dem der Vernunft und der Sachgerechtigkeit.

Die Koexistenz der beiden deutschen Staaten bleibt so oder so ein Kampf. Der Wind der Veränderung wird hier wie dort wehen. Bezüglich der künftigen staatlichen Struktur eines wiedervereinten Deutschland aber wird man vom föderativen Prinzip ausgehen müssen. Beginnen kann man nur mit den heutigen Gegebenheiten, also den beiden Staaten, die in einer lockeren Konföderation das Minimum einer Gemeinsamkeit nach innen und außen herstellen. Daß dies keine Wiedervereinigung ist, versteht sich von selbst. Man kann dabei nicht stehen bleiben. Drängt der Wiedervereinigungsdruck des Volkes zur zentralistischen Lösung, ist der Bruch der Konföderation oder der Bürgerkrieg unvermeidlich. Die letzten Dinge wären schlimmer als die ersten. Bleibt also nur der verstärkte föderalistische Umbau. Erinnern wir uns an die Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder in München, kurz bevor die beiden deutschen Teilstaaten geschaffen wurden. Es war der erste und letzte ernsthafte Wiedervereinigungsversuch. Er scheiterte am Veto der westlichen Besatzungsmächte. Nur auf einem ähnlichen Weg können wir uns der Wiedervereinigung nähern. Die zwei deutschen Staaten beinhalten grundverschiedene Gesellschaftsstrukturen. Wenn beide sich zum Zwecke einer späteren Schaffung eines einheitlichen deutschen Staates konföderieren, muß diese Konföderation auseinanderbrechen, sobald einer von ihnen seine Gesellschaftsstruktur wanken sieht oder sich in der Entwicklung auf den Zentralismus hin majorisiert fühlt. Eine Weltkrise um Deutschland wäre das Endergebnis, mit allen möglichen unheilvollen Folgen.

Es gibt nur einen Weg, dem zu entgehen, und das ist die konsequente innere

Föderalisierung beider deutscher Staaten. Über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Struktur müssen die Länder in erster Linie befinden können. In der DDR wurden inzwischen die Länder beseitigt, in der Bundesrepublik haben sie an Bedeutung verloren. Beides läßt sich ändern. Die Forderung nach Wiedervereinigung in einem einheitlichen, zentral regierten deutschen Staat bedeutet entweder die Aufrechterhaltung der deutschen Teilung (denn keiner der beiden deutschen Staaten hat die Absicht, sich zugunsten dieses Zentralismus liquidieren zu lassen), oder aber den Weg in den Bürgerkrieg und in die Weltkrise. Nur ein echter Bund von Ländern könnte das Maß von Zentralismus tragen, das zur Wiedervereinigung des einen deutschen Volkes nötig ist, und gleichzeitig durch seine föderale Struktur den Wandel und die Entwicklung einhegen. Zwei Staaten mit verschiedener Struktur können kein Einheitsstaat werden, ohne daß man eine Krise heraufbeschwört, gegen die alle bisherigen Krisen nichts waren. Zwei deutsche Bundesstaaten könnten einen übergeordneten Bund bilden, wenn die Länder als Glieder dieses Bundes echte Befugnisse besitzen.

Natürlich kann man weder in einem Artikel noch in einem „Plan" ein Rezept für die Wiedervereinigung geben, das dann nur auszuführen wäre. Was hier gesagt sein soll, ist nur eine Richtungsangabe. Die wirklichen Geschehnisse erstehen aus einem Geflecht von Faktoren, die niemand ganz überschauen, geschweige denn in der Hand haben kann. Auch hier ist das Wagnis unerläßlich — „Keine Experimente" die schlechteste Politik in unserer Lage. Wagnis heißt hier aber weder hasardieren noch versuchen, zwischen den Machtblöcken die eigenen Ansprüche hinaufzuschaukeln.

Das Wagnis kann nur Hand in Hand gehen mit einer Stiländerung in der deutschen Politik. Darunter ist zu verstehen, daß die deutschen Karten offen vor aller Welt auf dem Tisch liegen müssen. Gerade in unseren Situationen können wir uns keine Zweideutigkeiten erlauben, kein Zwielicht, keine geheimnisvollen Trümpfe in der Hinterhand, die dann doch nicht stechen.

Wir müssen nach West wie nach Ost offen darlegen, was unsere realen Ziele sind, welche Konzessionen uns unter diesen oder jenen Umständen möglich erscheinen und wo unsere unaufhebbaren Grenzen der Zugeständnisse sich befinden. Das mag naiv klingen und ist gewiß ein Bruch mit aller bisherigen Praxis, aber zwingt nicht zumindest die Waffenentwicklung die ganze Welt früher oder später auf diesen Weg?

Eine deutsche Politik, die diesen Namen verdient, wird als erstes nach West wie nach Ost Gewißheit geben müssen, daß sie nie und unter keinen Umständen versuchen wird, das Gleichgewicht zwischen beiden Weltmächten zugunsten der einen oder anderen Seite zu verändern. Dazu gehört die Bereitschaft, aus den bisherigen Militärbündnissen auszuscheiden, falls dafür ein entsprechender Gegenwert gegeben ist, der das Gleichgewicht unangetastet läßt.

Eine deutsche Politik, die diesen Namen verdient, wird nach beiden Seiten klar machen, daß sie nicht gewillt ist, die Teilung des deutschen Volkes hinzunehmen. Wir lehnen es ab, den Namen „Frieden" für einen Zustand zu akzeptieren, der zutiefst Unfrieden ist. Sie wird mit friedlichen Mitteln, aber unaufhörlich, nach der Überwindung dieser Teilung streben.

Eine deutsche Politik, die diesen Namen verdient, wird die Position der Unaufrichtigkeit aufgeben, die bisher gegenüber Polen und Tschechen eingenommen wird. Nach außen erzählt man — hinter der vorgehaltenen Hand —, daß man ja zum Verzicht bereit sei und daß man nur auf das Wählervolk der Vertriebenen Rücksicht nehmen müsse, den Vertriebenen aber macht man — besonders alle vier Jahre — ein X für ein U vor. Aufgeben der Unaufrichtigkeit heißt nicht, daß man entweder offen territoriale Forderungen erhebt oder die Vertriebenen kur-

zerhand abschreibt. Das wäre irreal, das zweite ungerecht und niederträchtig. Wie hier eine Lösung im einzelnen aussehen kann, ist schwer zu sagen. Mehr als alles andere wird sie davon abhängen, daß in Zentraleuropa Deutsche, Polen und Tschechen wieder Vertrauen zueinander gewinnen. Meine persönliche Ansicht ist, daß man zur Lösung nicht den Weg der Grenzrevisionen zu beschreiten braucht. Vielleicht wäre am ehesten in der deutsch-tschechischen Frage das Exempel eines Zusammenlebens unter internationaler Garantie zu setzen. Vielleicht auch sollte man überlegen, ob man nicht einige Milliarden, die in den Bodenlosigkeiten der Entwicklungsländer spurlos versinken, besser in einem unserer östlichen Nachbarstaaten investiert, dann, wenn dieser über einen, den definitiven Frieden schaffenden, begrenzten Kompromiß mit sich reden läßt. Wenn irgendwo an der Grenze zwischen West und Ost eine Struktur des Friedens entsteht, werden, wie bei der Bildung der Kristalle, weite Gebiete anschießen. Der Frieden beginnt im übrigen nicht mit großen Verträgen und Planungen, sondern im Herzen jedes Einzelnen, der den Willen hat, trotz allem gerissene Bande wieder zu knüpfen.

In der „Geschichte des Kalten Krieges" des amerikanischen Historikers John Lukacs steht das Wort:

> „Das Zentrum des Konfliktes liegt immer noch in Europa, genauer gesagt in Deutschland ... Wir wissen, daß Mittel- und Osteuropa im zwanzigsten Jahrhundert höchstwahrscheinlich der Hauptschauplatz des Weltgeschehens ist ... Vielleicht sind die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland für unser Jahrhundert noch entscheidender als die Beziehungen zwischen Amerika und Rußland."

Der Frieden der Welt wird hier errungen oder verloren.

Prof. Dr. jur. Harold Rasch

Deutsche Ostpolitik in der Sackgasse — und ein Ausweg[1])

I

> „Seit 14 Jahren könnte Deutschland ein ungeheures moralisches Prestige gesammelt haben, wenn es sich bewußt und entschlossen, als soziale Friedensrepublik, an die Spitze der Entwicklung gestellt hätte und dem Erdteil zum Führer in neue und bessere Zeit geworden wäre. Es hat sich nicht entschließen können. Die Angst und Panik vor der nationalen Honorigkeit war stärker, vor ihr hat es kapituliert jeden Tag, und heute sehen wir es den krassesten nationalistischen Unfug treiben, ohne Gefühl dafür, daß Gott das Überständige ekelt, über das er mit uns hinauswill und in Wahrheit, im Geiste längst hinaus ist."

Diese Zeilen sind nicht in unseren Tagen geschrieben, sondern finden sich in einem Brief von Thomas Mann an den Geschichts- und Kulturphilosophen Her-

mann Graf Keyserling vom 30. Juli 1932[2]). Ihr Autor würde seine Gedanken, lebte er noch, heute sicher etwas anders formulieren. Dennoch muten sie im Kern erstaunlich aktuell an.

Die äußere Lage freilich erscheint auf den ersten Blick von der damaligen grundverschieden. Damals ein politisch zerrissenes, in zahlreiche Parteien gespaltenes Volk, das mangels stabiler Regierungen nur noch durch Notverordnungen des Reichspräsidenten zusammengehalten werden konnte, ein Millionenheer von Arbeitslosen, dazu die immer größer werdende braune Horde der Nazis. Heute ein gut situiertes, zufriedenes Volk, ein Land, das den Klassenkampf mehr und mehr durch Wohlstand überwindet, das nichts von Saalschlachten politischer Gegner weiß, ja politische Auseinandersetzungen überhaupt kaum noch kennt, eine Regierung, die sich zwar nicht mehr auf eine absolute Mehrheit im Parlament stützen kann, aber doch eine einigermaßen stabile Macht darstellt. Die Gegensätze, sollte man meinen, könnten nicht größer sein.

In der Tat, die Verschiedenheit der Situation ist offenkundig. Gleichwohl zeigen sich bei schärferem Zusehen bemerkenswerte Parallelen. „Angst und Panik vor der nationalen Honorigkeit" und daher „nationalistischer Unfug" anstatt Besinnung auf die Aufgaben einer „sozialen Friedenspolitik", kennzeichnet das nicht auch die heutige Lage Westdeutschlands? Niemand will Krieg, sicher nicht einmal Seebohm und das „sudetendeutsche Heimatvolk", Höcherl mit seinen Notstandsgesetzen und Franz Joseph Strauss nebst seinen Mannen aus Hinterbayern. Aber die Rolle einer „Friedensrepublik" spielen wir gewiß nicht, solange wir uns weigern, in konkrete Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit den Ländern Osteuropas einzutreten, solange wir es ablehnen, die Verschiebung der Machtpositionen dort, die die unmittelbare Folge des von uns begonnenen und verlorenen Krieges waren, rechtlich anzuerkennen. Ablehnen aus keinem anderen Grunde schließlich als aus Scheu der Regierung, dem Volk die Wahrheit zu sagen — was ja Wähler kosten könnte —, aus Rücksichtnahme auf Stimmungen und Stimmen in Landsmannschaften und Vertriebenenverbänden, aus „Angst und Panik vor der nationalen Honorigkeit". Das Ergebnis ist keine den wahren deutschen Interessen dienende Politik, sondern „nationalistischer Unfug".

II

Die Bundesregierung hat in ihrem Tätigkeitsbericht „Deutsche Politik 1963" betont, wir seien, „willens, große materielle Opfer auf uns zu nehmen, um den deutschen Menschen drüben ein freieres Leben zu ermöglichen", wenn nur „unserem ganzen deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung" gewährt würde[3]). In einer ausführlichen Erklärung im „Bulletin" des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 10. April 1964 heißt es weiter:

> „Die Bundesregierung hat bereits mit ihrer Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten gezeigt, daß sie trotz der bestehenden ideologischen Unterschiede bereit ist, mit ihnen gutnachbarlich zusammenzuleben und zusammenzuarbeiten. Ein gutnachbarliches Verhältnis auch zwischen der Sowjetunion und uns herzustellen, wäre nur eine konsequente Fortsetzung unserer Politik.
>
> Auf diesem Wege steht jedoch eine Hürde, die nicht wir errichtet haben, sondern die Sowjetunion, und die allein sie wegräumen kann. Es wäre ein großer Fehler, dieses Hindernis zu ignorieren und so zu behandeln, als existiere es nicht. Dieses Hindernis aber ist, daß die Sowjetunion auch heute noch, neunzehn Jahre nach Kriegsende, mit Hilfe ihrer Divisionen ein Regime stützt, dessen Angehörige 1945 im Gefolge der Roten Armee nach Deutschland gekommen sind, daß sie im Gegensatz zu dem Wunsch des ganzen deutschen Volkes, in einem einzigen freien Staat zu leben, die These von zwei deutschen Staaten erfunden hat und aufrechterhält und daß sie den Deutschen in der Zone nach wie vor das Selbstbestimmungs-

recht vorenthält. Dies sind letzten Endes die Gründe dafür, daß sich die Beziehungen zwischen uns und der Sowjetunion nicht grundlegend verbessert haben."

Zahlreiche ähnliche Äußerungen von amtlicher Seite und führenden Politikern besagen dasselbe. Auch die Rede, die Bundeskanzler Erhard im Juni d. J. vor dem Council of Foreign Relations in New York gehalten hat[4]), und das gemeinsame Kommuniqué von Washington vom 14. Juni 1964[5]) bringen keine neuen Gesichtspunkte.

Nun kann man gewiß den Standpunkt vertreten, daß die meisten offiziellen Auslassungen von Regierungen, Ministern und Politikern in erster Linie für die breite Masse, die „misera contribuens plebs", bestimmt seien und nichts über die wahren Ansichten und Absichten ihrer Urheber besagten. Dieser Standpunkt hat sogar viel, wenn nicht alles für sich. Aber das enthebt den kritisch Denkenden nicht der Verpflichtung zu sorgfältiger Analyse, zumal ja auch Äußerungen, die sich etwa als unhaltbar herausstellen sollten, politische Fakten darstellen.

III

Der immer wiederholte Hinweis der Bundesregierung auf das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes wird uns keinen Schritt weiter bringen. Interessengegensätze zwischen Staaten lassen sich nicht durch Berufung eines Staates auf Rechtsnormen aus der Welt schaffen, die der andere Staat nicht anerkennt oder denen er einen von der Auffassung seines Gegners abweichenden Inhalt gibt[6]). Sie können nicht auf juristischer Grundlage entschieden, sondern müssen politisch, d. h. durch Verhandlungen bereinigt werden, oder sie bleiben eben ungelöst. Das weiß jeder Attaché im Auswärtigen Amt und selbstverständlich auch die Bundesregierung. Wenn sie gleichwohl in der „Deutschen Frage" auf ein „Recht" pocht, so mag sie den Beifall der deutschen Massen finden. Erreichen wird sie nichts.

Wer erfolgreich verhandeln will, muß sich in die Interessenlage seines Gegners hineinversetzen und die Machtverhältnisse abzuschätzen versuchen. Mehr noch: „Wer nicht politisch für den Gegner mitdenken kann, kann in der heutigen Lage überhaupt nicht politisch denken[7])." Die Sowjetunion hat nach ungeheuren Opfern an Gut und Blut in den Jahren 1941 bis 1945 nicht nur den Angriff des nationalsozialistischen Deutschland auf ihr Gebiet zurückgewiesen, sondern auch ihren Gegenangriff auf deutsches Gebiet vortragen können. Sie hat dann nach dem Kriege der ihr durch die Vereinbarungen der Siegermächte zugewiesenen „Besatzungszone" konsequent die kommunistische Gesellschafts- und Rechtsordnung aufgezwungen — die sie selbst als die höhere und gerechtere Form menschlichen Zusammenlebens betrachtet — und hält diese mit Hilfe der Roten Armee und einer ihr ergebenen Schicht deutscher Funktionäre aufrecht. „Man mag", schrieb der Tübinger Soziologe Ralf Dahrendorf im Jahre 1961, „die ostzonale Oberschicht dank ihrer eklatanten Mittelmäßigkeit eher für die Karikatur einer Elite als eine wirksame Führungsgruppe halten: Tatsache bleibt, daß diese Klasse ihre Gesellschaft wirksam kontrolliert, daß sie eine vergleichsweise jugendliche Elite darstellt und daß sie sich planmäßig durch ausgesuchte neue Mitglieder ergänzt[8])." Tatsache ist ferner, daß die DDR militärisch, politisch und wirtschaftlich einen Außenposten für die Sowjetunion bedeutet, dessen Preisgabe erhebliche Veränderungen im ganzen Gefüge der früher sog. „Satellitenstaaten" nach sich ziehen könnte.

Und diese Position soll nun die Sowjetunion auf Grund des „Selbstbestimmungsrechts" der Völker im voraus räumen, indem sie „freie Wahlen" zuläßt, von denen wir hoffen, daß sie der Regierung Ulbricht das Vertrauen der Bevöl-

kerung entziehen. Der Sieger soll dem Besiegten gestatten, die Folgen der selbstverschuldeten Niederlage durch eine Volksabstimmung aus der Welt zu schaffen. Wir haben den Krieg, den wir angezettelt hatten, verloren, aber wir möchten unsere Landsleute beschließen lassen, daß das jetzt keine Konsequenzen mehr haben soll! Das verlangt die Bundesregierung, die bis heute nicht bereit ist, die polnische Westgrenze als endgültig hinzunehmen und deren Verkehrsminister öffentlich die Rückgabe der „geraubten sudetendeutschen Heimatgebiete an das sudetendeutsche Heimatvolk" fordert, ohne alsbald aus seinem Amt entlassen zu werden[9]). Sie verlangt es, obwohl wir — wenn wir es ernst mit dem Willen meinen, „den deutschen Menschen drüben ein freieres Leben zu ermöglichen" — das größte Interesse an Verhandlungen mit der Sowjetunion als der Herrin über diese Menschen haben und daher deren und nicht unsere Wünsche zum Ausgangspunkt solcher Verhandlungen machen sollten.

Wir werden, wenn wir ehrlich sind, zugeben müssen, daß es für die Sowjetunion wenig reizvoll ist, auf ein derartiges Verlangen einzugehen. Es lohnt sich nicht, über das „Selbstbestimmungsrecht" des deutschen Volkes, den „Gesamtvertretungsanspruch" der Bundesregierung und ähnliche scheinjuristische Konstruktionen weitere Worte zu verlieren. Sie gewinnen auch dadurch keine größere Bedeutung, daß ein Dutzend NATO-Minister — wie dies auf ihrer letzten Tagung im Haag geschehen ist — sie in ein nichtssagendes Kommuniqué[10]) aufnehmen. Die NATO hat sicher manches geleistet, wir werden darauf noch zurückkommen. Die Lösung der „Deutschen Frage" zu fördern, ist sie niemals geeignet gewesen und ist es heute erst recht nicht. Was ihre Vertreter in diesem Zusammenhang erklären, sind — da die Realisierung gänzlich außerhalb ihrer Zuständigkeit, ihrer Wirkungsmöglichkeit und natürlich auch ihres Wirkungswillens liegt — unverbindliche Redensarten, weiter nichts. Selbst die Trinksprüche des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika auf ein „wiedervereinigtes Berlin in einem wiedervereinigten Deutschland, vereinigt durch Selbstbestimmung in Frieden und Freiheit"[11]), sind leider eben nur Sprüche, nicht mehr.

Der erwähnte Tätigkeitsbericht der Bundesregierung spricht von „großen materiellen Opfern", die auf uns zu nehmen wir bereit seien, „um den deutschen Menschen drüben ein freieres Leben zu ermöglichen". Dabei mag an besonders günstige Kredite, vielleicht auch an sonstige — nicht rückzahlbare — Leistungen an die Sowjetunion gedacht sein. Das ist immerhin realistischer als die „Selbstbestimmungs"-Theorie. Ob freilich die Sowjetunion bereit sein wird, sich ihre Herrschaft in der DDR durch Geld abkaufen zu lassen, ist doch wohl überaus zweifelhaft. Indessen, man möge darüber verhandeln.

IV

Wir schreiben für diejenigen unter uns, die eine Entspannung der Beziehungen der Bundesrepublik zu den Ländern Osteuropas, eine allmähliche Annäherung der beiden deutschen Staaten ernstlich wollen, nicht als ein irgendwann einmal bei günstiger Gelegenheit vielleicht anfallendes Ergebnis, sondern als konkrete politische Aufgabe, die zu der Bereitschaft zwingt, auch die nötigen Mittel einzusetzen, um vorwärts zu kommen. Das sind vorerst nur wenige. Die politisch führenden Schichten der CDU/CSU und FDP — das „établissement", wie man in Frankreich, die „vested interests", wie man in den angelsächsischen Ländern sagt — wünschen, aus welchen Motiven auch immer, im Grunde keine politische Entspannung, von Wiedervereinigung gar nicht zu reden. Das läßt sich aus Äußerungen von ihnen zwar nicht unmittelbar beweisen, aber es ergibt sich zwingend aus ihrem Tun. Wer eine Politik treibt, die im Ergebnis Entspannung und Wiedervereinigung nicht nur nicht fördert, sondern offensichtlich

verhindert, muß sich gefallen lassen, daß man Rückschlüsse aus seinem Tun auf seine Absicht zieht, — es sei denn, es handele sich um einen Schwachkopf, der nicht weiß, was er tut. Mit ihm wollen wir nicht rechnen, weil es sinnlos wäre.

Wir sprechen auch nicht zu denen, die alle Hoffnung nur auf die Zukunft setzen. Gewiß besteht kein unmittelbarer Zwang zum Handeln für uns. Wir können uns auch weiterhin damit begnügen, unsere Handelsbeziehungen zu den osteuropäischen Staaten zu verbessern, neue Kulturabkommen zu schließen, gelegentlich die Gespräche über den Abschluß eines neuen Passierscheinabkommens für Berlin, den Austausch von Zeitungen und dergl. wiederaufzunehmen und im übrigen die Dinge „langsam reifen zu lassen". Auch das wäre eine politische Haltung, und auch eine solche Politik mag einzelne Früchte tragen.

Aber wir müssen uns darüber klar sein, was wir damit aufgeben. Wir verbauen uns weiterhin die Möglichkeit, zu freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion und den übrigen Staaten Osteuropas zu gelangen. Wir dienen nicht der Befriedung dieses Erdteils, sondern fördern die Beibehaltung von Furcht und Mißtrauen zwischen den Völkern. Wir tun nichts für den Abbau der Rüstungslasten, sondern arbeiten auf das Gegenteil hin und hemmen damit den sozialen Fortschritt. Und vor allem: wir leisten im Ernst nichts für die Verbesserung des Schicksals unserer Landsleute in der DDR, das uns angeblich so sehr am Herzen liegt. Wahrlich, der Preis einer solchen Politik wäre hoch.

Niemand verlangt, daß die Bundesrepublik einseitige „Anerkenntnisse" oder „Verzichte" aussprechen oder daß sie im „Alleingang" die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO in der Hoffnung kündigen sollte, daß sich dann alles von selbst zum Besseren wenden werde. Unsere Anerkenntnisse, unsere Verzichte sollten Bestandteil von zwei- oder mehrseitigen Abkommen sein, die im einzelnen manchen Verhandlungsspielraum bieten. Aber es sollte endlich einmal mit Verhandlungen begonnen werden.

V

Es gibt keine politische Entspannung in Europa ohne unsere Bereitschaft, die revolutionären Folgen der selbst verschuldeten Niederlage auch rechtlich hinzunehmen. Wir können sie zu mildern versuchen, wir können uns um ein neues Beginnen auf veränderter Grundlage bemühen, und wir sollten das gewiß tun, aber wir können weder die neue Grenze im Osten noch die Existenz eines zweiten deutschen Staates noch die besondere Stellung West-Berlins aus der Welt schaffen, nicht durch Gewalt, nicht durch wirtschaftlichen Druck oder politische Propaganda und erst recht nicht durch juristische Tricks. Solange wir das nicht einsehen und danach handeln, werden wir als der S t ö r e n f r i e d in diesem Erdteil angesehen werden, selbstverständlich in den Staaten Osteuropas, in zunehmendem Maße aber auch im Westen. Die Großen in Washington und Moskau wollen den Frieden, und sie werden ihn erzwingen, weil sie unter dem Druck des atomaren Patts selbst dazu gezwungen sind, notfalls ohne oder gegen den Gernegroß.

Daß Verhandlungen mit Aussicht auf Erfolg nur aus einer Position der Stärke heraus geführt werden können, ist eine Binsenweisheit. Aber jede „Stärke" ist zeit- und umweltbezogen, und unsere Aufgabe ist es, darüber nachzudenken, w o r i n unsere Stärke liegt oder liegen könnte. Das Ergebnis ist zunächst negativ: k e i n e s f a l l s i n i m m e r w e i t e r e r R ü s t u n g.

Die Bundesrepublik k a n n gegen einen etwaigen Angriff der Sowjetunion „konventionell" nicht verteidigt werden, darüber gibt es unter Fachleuten keine Meinungsverschiedenheit. Und sie d a r f nicht nuklear verteidigt werden, darüber sollte unter den Politikern Einverständnis herrschen. Der Einsatz auch nur

sog. taktischer Atomwaffen würde gewiß die Sowjetunion aufs schwerste treffen, aber sie könnte überleben. Ihr Gegenschlag würde von der Bundesrepublik nichts übrig lassen, was noch zu verteidigen wäre. Waffen, die nur der schlechthin Gewissenlose — wie Adolf Hitler — einsetzen kann, sind kein glaubhaftes Mittel der Abschreckung und daher auch politisch wertlos. Das Schicksal unseres Volkes darf nicht von dem Ergebnis eines Pokerspiels abhängig gemacht werden.

Aber auch das Frankreich de Gaulles, sagt man, lege Wert auf Atomwaffen, nicht etwa weil die „force de frappe" jemals der amerikanischen oder sowjetischen Atomrüstung gleichwertig werden könnte, wohl aber, weil die Verfügungsgewalt über eine eigene Atomwaffe die politische Stellung Frankreichs stärke. Sollte das nicht, so heißt es, auch für uns gelten?

Wir haben nicht französische, sondern deutsche Politik zu treiben. In einer Hinsicht jedenfalls ist die Lage Frankreichs entscheidend anders als die unsere. Frankreich ist ein befriedetes Land, es hat keine Grenzprobleme, erhebt keinerlei territoriale Ansprüche, der Auf- und Ausbau seiner „force de frappe" — im eigenen Lande übrigens durchaus umstritten — braucht wenigstens außerhalb von niemand als Bedrohung empfunden zu werden. Die Bundesrepublik dagegen hat sich bisher selbst als unbefriedet betrachtet, sie weigert sich auch heute noch, die Konsequenzen des verlorenen Krieges anzuerkennen. Und unter diesen Umständen erwarten wir, daß die Länder Osteuropas das Verlangen nach Mitsprache der Bundesrepublik über den Einsatz von Atomwaffen gleichgültig läßt! Daß man uns die Versicherung unserer „friedlichen" Absichten, unseres Willens nur zur „Verteidigung" abnimmt! Wir selbst wollen diese Absichten nicht in Zweifel ziehen, gewiß nicht, aber im Leben der Staaten kommt es nicht nur auf die Motive der Beteiligten, sondern auch darauf an, ehrliche Motive glaubhaft zu machen. Und daß insoweit bei den Völkern Osteuropas nach allem, was Deutschland ihnen angetan hat, zum mindesten erhebliche Zweifel und Sorgen aufkommen, das werden wir verstehen müssen. Wir können der Sowjetunion, der DDR, Polen, der Tschechoslowakei und den übrigen Staaten Osteuropas unsere friedlichen Absichten nicht glaubhaft machen, solange wir den Grundlagen der neuen Ordnung in Mittel- und Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg unsere Anerkennung versagen und gleichzeitig nach Atomwaffen rufen. Das mag für uns Ausdruck einer friedlichen Revisionspolitik sein. In den Augen der anderen gilt es als ein R e v a n c h i s m u s , der gegebenenfalls auch zu anderen als friedlichen Mitteln greifen könnte. Sogar ein Mitherausgeber der in allen Fragen der Ostpolitik völlig auf den Regierungskurs eingeschworenen Frankfurter Allgemeinen Zeitung muß zugestehen, daß „die Furcht vor dem, was westdeutscher ‚Revanchismus' genannt wird, ... nicht nur eine Formel der Propaganda ist" [12]).

VI

Noch einmal: die Bundesrepublik kann und darf gegenüber einem etwaigen militärischen Angriff der Sowjetunion nicht „verteidigt" werden. Zum Glück allerdings besteht auch nicht der geringste Anlaß, einen solchen Angriff befürchten zu müssen. Wir haben im Gegenteil alle Aussichten, zu einer V e r s t ä n d i g u n g m i t d e r S o w j e t u n i o n zu gelangen, wenn wir es nur ehrlich wollen und uns nicht länger in unklaren Vorstellungen und Phrasen gefallen. Eine solche Verständigung ist zugleich unendlich wichtiger als bloße „Verteidigung", weil sie konstruktiv und nicht nur negierend ist, weil sie die einzige Möglichkeit bietet, im Interesse unserer Landsleute drüben praktisch mehr zu tun als bisher und weil sie einen erheblichen Teil der —sinnlosen — Lasten der Verteidigung überflüssig macht. Es gilt, u n s a u s d e r S a c k g a s s e z u b e f r e i e n , in die uns der frühere Bundeskanzler Adenauer hineingeführt hat und aus der wir bisher nicht herausgefunden haben.

Die Sowjetunion wünscht seit Jahren den Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten. Da die Existenz der DDR nicht zu bestreiten ist, gibt es keinen vernünftigen Grund, über einen solchen Abschluß nicht zu verhandeln. Natürlich würde er die Anerkennung der DDR als eines Subjekts des Völkerrechts bedeuten. Auch weitere Verhandlungen mit dieser, und das heißt mit ihrer Regierung, würden früher oder später darauf hinauslaufen, ob nun das Wort „Anerkennung" gebraucht wird oder nicht.

Es sind nicht Gründe der Vernunft, der politischen ratio, die Bundesregierung, Bundestag und die sie tragenden Schichten bisher daran gehindert haben und weiter hindern, die DDR und ihre Regierung anzuerkennen. Es ist, wenn wir einmal von ganz massiven materiellen Interessen und bloßem Opportunismus absehen (obwohl diese Momente natürlich eine wesentliche Rolle spielen), die Furcht vor einer, freilich unvermeidlichen Auseinandersetzung um die Werte unserer und der Gesellschaftsordnungen des Ostens, die Sorge, wir könnten dieser geistig und moralisch vielleicht nicht völlig gewachsen sein. Besser in Quarantäne bleiben, als eine Ansteckung riskieren, das ist der Leitgedanke, alles andere, um mit Karl Marx zu sprechen, „ideologischer Überbau". Wer wollte leugnen, daß manchen unter uns, trotz vieler Krokodilstränen, die Mauer in Berlin gar nicht so unsympathisch ist?

Wir sind weit entfernt davon, diese Sorge mit einer Handbewegung abzutun. Sie ist durchaus verständlich, vielleicht sogar sachlich gerechtfertigt. Aber es gilt sie zu überwinden, wenn wir aus der Sackgasse unserer Politik herauskommen wollen.

Was unterscheidet die kommunistische Gesellschafts- und Rechtsordnung von der unseren? Hellmut Gollwitzer „wüßte kein einziges Wesensmerkmal des Kommunismus mehr zu nennen außer der Sozialisierung der Produktionsmittel" [13]). Er mag recht haben oder nicht: zum mindesten liegt hier das wichtigste Unterscheidungsmerkmal. Die in der Sowjetunion vollständige, in den übrigen osteuropäischen Staaten mehr oder weniger weitgehende, in mehr oder minder ähnlichen Formen durchgeführte Sozialisierung des Produktionskapitals war seit über hundert Jahren die Hauptforderung der sozialistischen Bewegung. Wir sind überzeugt — aus guten Gründen, wie mir scheint —, daß eine im Kern privatwirtschaftlich fundierte Produktion auch heute noch entschieden den Vorzug verdient, einfach weil sie erheblich leistungsfähiger im Interesse des einzelnen ist; wir sehen nicht ein, warum jemand, der seinen Lohn bei einem Einzelunternehmer oder in einer Aktiengesellschaft verdient, „ausgebeutet" sein soll, sein sehr viel schlechter bezahlter Kollege in einem „volkseigenen" Betrieb aber nicht. Wir sind andererseits — jedenfalls ist es der Verfasser und nicht er allein — durchaus bereit, die Überlegenheit einer sozialistischen Ordnung in anderer Hinsicht, etwa mit Bezug auf die Durchführung der immer wichtiger werdenden Gemeinschaftsaufgaben, anzuerkennen und über die insoweit notwendige Korrektur unserer Gesellschaftsordnung mit uns reden zu lassen, ja wir haben selbst ein dringendes Interesse daran. Alles dies und vieles andere ist ehrlicher geistiger Auseinandersetzung fähig und bedürftig, und es ist ebenso unsinnig, Lehre und Praxis des Kommunismus einfach zu verketzern, wie die Verfassung und Gesetze der kapitalistischen Staaten als „Bibel des Teufels" zu verdammen, als welche einst Heinrich Heine „jenes abscheuliche Buch, das Corpus des römischen Zivilrechts" bezeichnet hat.

Aber der Terror, die Unfreiheit, die Unterdrückung jeder selbständigen geistigen Regung im Osten, — wie steht es denn damit? Nun, wir sollten auch mit solchen Pauschalurteilen vorsichtig sein. Ganz gewiß hat die Masse der Bürger der Sowjetunion selbst keineswegs mehr das Gefühl, unter einem System des

Terrors zu leben. In den übrigen osteuropäischen Staaten liegen die Dinge jeweils sehr kompliziert, sind übrigens ständigem Wechsel unterworfen, sicher aber ist es nicht unsere Sache, als „Befreier" dieser Nationen aufzutreten. Und was die DDR betrifft, — wie wollen wir denn ein materiell besseres Leben und mehr geistige Freiheit für die Deutschen dort erwarten, wenn wir nicht mit ihrer Regierung sprechen, ja sie möglichst vollständig zu boykottieren versuchen, — ganz abgesehen davon, daß den Besten drüben auch unser Leben wohl nicht in jeder Hinsicht vorbildlich erscheint?

Was nottut, ist die möglichst wahrheitsgetreue Information, das sachliche Gespräch. Das Zerrbild von der Bundesrepublik, das drüben immer wieder verbreitet wird, ist aufs tiefste zu beklagen; wir sollten alles tun, um es zu korrigieren, und dazu brauchen wir gegenseitige Kontakte. Leider hat aber auch ein westdeutscher Journalist nicht ganz unrecht, wenn er schreibt:

> „Argumente der anderen Seite müssen weder mitgeteilt noch widerlegt werden, sie erledigen sich von selbst durch ihre Herkunft ... Die Propaganda hat die Information derart deformiert und eingefärbt, daß jede objektive Information automatisch als Propaganda ‚durchschaut' wird[14])".
>
> „Das zeigt sich auch an der Schizophrenie der ‚Nachrichten aus der Zone', die das Land zwischen Elbe und Oder zu einer wahren terra incognita machen. Da hört man grundsätzlich nur von Versorgungsschwierigkeiten und Zuchthausurteilen, deren Strafjahre noch addiert werden, als wenn die Wirklichkeit nicht hinreichte. Was in Leuna, in Eisenhüttenstadt oder Schwedt geschieht, und welche Konsequenzen die Umorientierung der DDR-Industrie auf den gemeinsamen Markt des COMECON hat, darüber erfährt man so gut wie nichts, obwohl es im Hinblick auf eine Wiedervereinigung doch von Interesse wäre[15])".
>
> „Hier hat sich der Westen der totalitären Propaganda weitgehend angeglichen. Subalterner deutscher Übereifer, stets etwas mehr zu tun als verlangt wird, den man — nicht nur in der Publizistik — in beiden Teilen unseres Vaterlandes beobachten kann, ließ uns auch in diesem Punkt alle zivilisierten Demokratien übertreffen[16])".

Niemand wird die menschlichen Tragödien, die sich immer wieder an der Berliner Mauer abspielen, beschönigen wollen. Doch mit moralischer Entrüstung ist ebenso wenig Politik zu machen wie mit Schreien der Verzweiflung. Es ist leider nicht zu bestreiten, daß wir uns noch in einem Kalten Krieg mit der DDR befinden, und zu keiner Zeit hat der Kommandant einer belagerten Festung deren Einwohnern gestattet, nach eigenem Ermessen auszubrechen und zum Feind überzugehen. Machen wir unseren Frieden mit Ost-Berlin, dann werden Mauern und Stacheldraht allmählich überflüssig werden.

Aber man kann doch nicht mit Ulbricht verhandeln, höre ich sagen, niemals dürfen wir das tun. Auch hier wird nüchterne Überlegung durch bloßes Ressentiment ersetzt. In Wahrheit gibt es keinen überzeugenden Grund, nicht mit ihm und seiner Regierung zu verhandeln. Nirgends in der Welt, bei keiner geschäftlichen oder politischen Verhandlung, pflegt der an einer solchen Interessierte für sich zu beanspruchen, die Personen zu bestimmen, durch die sich sein Verhandlungspartner vertreten läßt. Wenn wir an Verhandlungen mit der Sowjetunion über die „Deutsche Frage" interessiert sind, und das sollten wir weiß Gott sein, dann ist es Sache der Sowjetunion und nicht die unsere, zu sagen, durch wen sie solche Gespräche zu führen wünscht. Daß die Regierung Ulbricht nicht auf „demokratischen" Wahlen im westlichen Sinn beruht, ist jedem Primaner bekannt, aber wir stehen nun einmal einem Gegner gegenüber, der andere Auffassungen über die zweckmäßigste Form der Bildung einer Regierungsgewalt hat als wir und dem wir nicht wohl die Annahme unserer eigenen Rechtsordnung als Voraussetzung

von Verhandlungen aufzwingen können. Die Person Walter Ulbrichts endlich sollte in diesem Zusammenhang überhaupt keine Rolle spielen: immerhin ist er sein ganzes politisches Leben lang ein überzeugter Kommunist gewesen, und daß er während des Krieges auf der anderen Seite gestanden hat, können wir ihm (abgesehen davon, daß es gar nicht Aufgabe des Politikers ist, den Sittenrichter über seinen Gegner zu spielen) vernünftigerweise ebenso wenig ankreiden wie Willy Brandt. Es gibt genügend Personen im eigenen Lande, die wir mit besserem Nutzen zum Objekt unserer Kritik machen können.

VII

Was kann Gegenstand von Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten sein? Selbstverständlich nicht die „Wiedervereinigung", — dafür fehlt es zur Zeit an jeder Voraussetzung, nachdem West- und Ostdeutschland sich, nicht ohne unsere kräftige Mitwirkung, in fünfzehn Jahren völlig auseinandergelebt haben. Ganz von unten her vielmehr muß begonnen werden. Wir können vieles für die Wiederherstellung menschlicher Kontakte tun, wenn wir es nur ernstlich wollen, auch für einen Verkehr in Ost-West-Richtung etwa. Daß dabei die Regierung der DDR keine neue Massenflucht aus ihrem Land zulassen kann, werden wir hinnehmen müssen, aber hier gibt es Wege der Verständigung, ohne daß die westdeutsche Polizei genötigt wäre, Flüchtlinge an die Regierung der DDR wieder „auszuliefern". Zum mindesten kann man nicht das Gegenteil behaupten, solange ernsthafte Verhandlungen nicht einmal versucht worden sind. Auch über die Möglichkeit der Bearbeitung großer Auslandsgeschäfte gemeinsam durch Unternehmen der Bundesrepublik und Betriebe der DDR ließe sich reden, derartige Geschäfte würden zu vielfachen Kontakten zwischen technischen und wirtschaftlichen Fachleuten diesseits und jenseits der Grenze führen und zum Abbau von Mißtrauen und Haß beitragen. Vielleicht ist die DDR auch an Gesprächen darüber interessiert, ob und wie sich die beiderseitigen Vorstellungen und Erfahrungen hinsichtlich der Durchführung wichtiger Gemeinschaftsaufgaben (Volksgesundheit, Bildung, Raumordnung, Verkehrswesen, Sozialpolitik, Entwicklungshilfe) kombinieren und koordinieren lassen. Wir jedenfalls sollten daran interessiert sein. Mir scheint, daß bei beiderseits gutem Willen sich Gesprächsthemen und Verhandlungsobjekte von erheblich größerem Gewicht ergeben würden, als man zunächst annehmen möchte.

VIII

Auf längere Sicht wird kein Versuch, unsere Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern, an der Tatsache der Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO vorübergehen können.

Die „North Atlantic Treaty Organisation" wurde in den Jahren 1948/49 unter dem Eindruck der Beteiligung der Sowjetunion an dem kommunistischen Umsturz in Prag, der Blockade West-Berlins und der Unterstützung kommunistischer Aufständischer in Griechenland gegründet; die Bundesrepublik trat ihr nach Erlangung der völkerrechtlichen Souveränität im Jahre 1955 bei. Sie ist ein militärisches Defensivbündnis, das einer weiteren gewaltsamen Ausbreitung des Kommunismus in Europa und Nordamerika entgegenwirken soll. In der Tat ist in diesen Gebieten inzwischen kein Versuch mehr unternommen worden, mit Gewalt von außen her die bestehende Gesellschaftsordnung zu beseitigen und durch ein kommunistisches Herrschaftssystem zu ersetzen. Obwohl niemand beweisen kann, was ohne das Bestehen der NATO geschehen wäre, darf man annehmen, daß sie Wesentliches dazu beigetragen hat, die überkommenen Ordnungen in Europa und Nordamerika zu erhalten.

Aber die Zeiten ändern sich, und kein Bündnis ist für die Dauer bestimmt. Bei der Gründung der NATO war die politische Lage durch den alles andere überschattenden Gegensatz zwischen den beiden Giganten der Nachkriegsjahre, den USA und der Sowjetunion, bestimmt. Inzwischen ist einerseits das kommunistische China in immer stärkeren Gegensatz zur Sowjetunion geraten, andererseits haben die grundsätzlich blockfreien Staaten, Indien vor allem, aber auch die meisten afrikanischen Staaten, zunehmend an Gewicht gewonnen. Sowohl die Vereinigten Staaten wie die Sowjetunion haben eingesehen, daß sie einander mit militärischen Mitteln zwar tödlich treffen können, aber nur um den Preis der gleichzeitigen Vernichtung auch des eigenen Landes. Jeder Krieg zwischen den Riesen ist damit in ihren Augen sinnlos, eine Verständigung unabweisbar geworden, und um diese sind denn auch beide seit langem in zähem Ringen bemüht.

Es ist nur natürlich, daß die gewandelte Weltlage auch auf die Haltung der NATO-Partner einwirkt. Ein Verteidigungsbündnis muß bei den Verbündeten an Interesse verlieren, wenn die Gefahr eines Angriffs von außen her geringer geworden ist oder wenigstens geringer geworden zu sein scheint. Auch eine kleinere Macht setzt dann wieder mehr Vertrauen in die eigene Kraft, wenn sie die Eisblöcke der Riesen auftauen sieht. Die Geringschätzung, die de Gaulle der NATO zuteil werden läßt, ist sicher auch hierin begründet. Für die Vereinigten Staaten gilt nunmehr: „Was Europa an Diivsionen und Atombomben zu bieten hat, ist nicht beeindruckend für Washington; für die Friedensoffensive gar hinderlich“ [17]). Kein Wunder, daß sich unter diesen Umständen die NATO in einer „permanenten Krise“ befindet [18]). „Nur eine grundlegende Überholung der NATO kann verhindern, daß sie der schleichenden politischen Auszehrung zum Opfer fällt“ [19]).

Für uns Deutsche stellt sich dabei ein besonderes Problem, das für keinen der übrigen NATO-Partner gegeben ist. Gewiß gewährt die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO ihr einige Sicherheit — soweit militärische Bündnisse überhaupt noch Sicherheit zu geben in der Lage sind. Aber sie macht zugleich eine „Wiedervereinigung“ schlechthin unmöglich, denn weder ist eine Zugehörigkeit eines wiedervereinigten Deutschlands zu zwei einander entgegengesetzten militärischen Bündnissen vorstellbar, noch besteht — wir sagen offen: glücklicherweise — die geringste Chance, daß die Sowjetunion einer Entlassung der DDR aus dem Warschauer Pakt und ihrem Beitritt zur NATO zustimmt. Das Thema „Wiedervereinigung“ ist, wie erwähnt, im Augenblick nicht akut, auf längere Sicht aber — und das Jahr der ersten vertraglich vorgesehenen Möglichkeit einer Revision des NATO-Pakts (1969) rückt langsam näher — stellt sich uns zwingend die Frage, ob uns nicht mit einem militärischen Disengagement in Mitteleuropa, etwa nach den Vorstellungen, wie sie dem Rapacki- und dem Gomulka-Plan zu Grunde liegen, und guten Beziehungen zur Sowjetunion sehr viel mehr gedient ist als mit der Zugehörigkeit zur NATO. Wir sollten rechtzeitig anfangen, hierüber nachzudenken.

IX

Wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, wird sich zum zwanzigsten Mal der Tag jähren, an dem eine Elite deutscher Männer den vergeblichen Versuch unternahm, dem verbrecherischen Morden der Nazis ein Ende zu setzen. Haben wir das moralische Erbe, das die Männer des 20. Juli 1944 uns hinterlassen haben, genutzt? Diese Frage werden wir kaum mit gutem Gewissen bejahen können. Wir haben gearbeitet, viele haben sogar geschuftet, und von Jahr zu Jahr ein höheres Sozialprodukt geschaffen. Wir haben wiederaufgebaut und „wiedergutgemacht“, aber leider auch die anti-

quierten Phrasen des Militarismus wiedergekäut, wiederaufgerüstet und allzu viele der alten Nazis „wiederverwendet". Neue Gebäude, Fabriken, Straßen sind in imposanter Zahl und Größe entstanden, von einem neuen Geist, einer neuen Sittlichkeit ist wenig zu spüren. Erich Kuby schrieb kürzlich:

> „Die ganze Welt in Ost und West weiß keine Lösungen, sie ist im Umbruch, im Aufbruch, sie sucht. Aber wir suchen nicht einmal. Noch mehr, oder richtiger, noch weniger: wir werden uns nicht einmal ehrlich über die Probleme klar" [20]). — „Das Mißverhältnis zwischen der Macht der Gerissenen und der (Ohn-)Macht der Denkenden ist zu groß" [21]).

Der neue Bundeskanzler redet und reist, aber er regiert nicht. In aller Treuherzigkeit, die so sehr zu seiner Popularität beiträgt (während der Alte aus Rhöndorf ihm gerade auch deshalb die Qualifikation als Politiker abspricht), antwortet er in einem Interview mit einem amerikanischen Fersehreporter auf die Frage, warum er den die Rückgabe der „geraubten sudetendeutschen Heimatgebiete" fordernden Minister Seebohm nicht sofort aus der Bundesregierung entfernt habe, „daß es zehn Millionen Flüchtlinge und Vertriebene in der Bundesrepublik gäbe" [22]). Sachlich notwendige und auch als notwendig empfundene Entscheidungen werden nicht getroffen, weil es die gewünschten Wahlergebnisse beeinflussen könnte.

Indessen, auch in den USA und in Großbritannien finden im Herbst Wahlen statt, ein Jahr noch vor den unseren. Die Hoffnung, daß aus ihnen ein Präsident der USA und ein britischer Premierminister hervorgehen werden, die die Befriedung der Welt als wichtigste Aufgabe betrachten, ist vielleicht nicht unbegründet. Dann mag sich auch bei uns die Einsicht durchsetzen, daß wir außenpolitisch noch immer auf einem falschen, einem gefährlichen Wege sind. Dann mag der Augenblick gekommen sein, ein gerüttelt Maß an Gedankenlosigkeit, Feigheit, Unaufrichtigkeit und Selbstgefälligkeit, das unsere Politik gegenüber den kommunistischen Staaten kennzeichnet, über Bord zu werfen und mit ehrlichem Willen und kritischem Verstand an die Lösung der „Deutschen Frage" heranzugehen. Mehr läßt sich vorerst nicht sagen. Heute nehmen wir noch einmal die Werke Thomas Manns zur Hand und schließen uns dem Stoßgebet an, das Serenus Zeitblom im Gedenken an den deutschen Tonsetzer Adrian Leverkühn am Schluß des „Doktor Faustus" spricht: „Gott sei euerer armen Seele gnädig, mein Freund, mein Vaterland."

Anmerkungen

[1]) Der Aufsatz gibt zum Teil Gedanken wieder, die der Verfasser am 13. 6. 1964 auf einer Veranstaltung des Pahl-Rugenstein-Verlags, Köln, und des „Politikon", Göttingen, in Göttingen vorgetragen hat.

[2]) Thomas Mann, Briefe 1889—1936 (1961), S. 320 f.

[3]) FAZ v. 15. 4. 1964, S. 13/4.

[4]) FAZ v. 12. 6. 1964, S. 5.

[5]) FAZ v. 15. 6. 1964, S. 5.

[6]) Näheres bei Rasch, Bl. f. d. u. i. Politik, Januar 1964, S. 26 ff.

[7]) Prof. Martin Fischer, Berlin, zitiert von Prof. Gollwitzer in „Welche Fragen stellt uns die gesellschaftliche Entwicklung im Osten?" (Bergedorfer Protokolle, Hamburg-Berlin 1963), S. 17.

[8]) Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart, München 1963, S. 307.

[9]) FAZ v. 19. 5. 1964, S. 3 und 25. 5. 1964, S. 1.

[10]) Vom 14. 5. 1964 (FAZ v. 15. 5. 1964).

[11]) Präsident Johnson anläßlich des Besuchs von Bürgermeister Willy Brandt in Washington lt. FAZ v. 20. 5. 1964, S. 1.

12) N. Benckiser, FAZ v. 16. 5. 1964.
13) a. a. O. (oben Anm. 7), S. 25.
14) Schoenberner, Meinungslenkung contra Information, in „Information oder Herrschen die Souffleure?". Rowohlt-Taschenbuch 1964, S. 57 ff., 63.
15) a. a. O., S. 65.
16) a. a. O., S. 67.
17) Weinstein, FAZ v. 15. 5. 1964, S. 2.
18) Weinstein, a. a. O.
19) Sommer, Die Zeit v. 15. 5. 1964.
20) Das Volk ist seine Presse wert. Rowohlt-Taschenbuch (oben Anm. 14) 1964, S. 95/56.
21) a. a. O., S. 94.

Die politische Meinung

Stimmen zur Außenpolitik

In der Rubrik „Die politische Meinung" möchten wir von Fall zu Fall Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu Grundfragen unserer Außen- und Innenpolitik zu Wort kommen lassen. Den Anfang machen wir heute mit Antworten auf die folgende Frage (die auf „10 bis 30 Zeilen" beantwortet werden sollte):

> *Präsident Johnson hat die Bundesrepublik aufgefordert, nicht „im Beton" zu verharren; er meint, die Bundesrepublik solle ihr Verhältnis zur Sowjetunion, zu Osteuropa und zum anderen Teil Deutschlands überprüfen. Sollte die Bundesrepublik dieser amerikanischen Anregung folgen oder sollte sie ihre bisherige Position behaupten? Was sollte sie hinsichtlich der amerikanischen Vorstellungen pro oder contra konkret tun?*

Rudolf Albrecht, Kreisvorsitzender der FDP, Gladbeck i. W.

Die Präambel des Grundgesetzes hat alle Deutschen aufgefordert, für die friedliche Wiedervereinigung ihres Vaterlandes tätig zu sein. Führende Politiker der Bundesrepublik verstießen jedoch jahrelang gegen diesen Verfassungsgrundsatz, indem sie eine Politik führten, von der sie wissen mußten, daß sie nicht zur Einheit Deutschlands führen konnte.

Fast 20 Jahre sind seit Ende des letzten Krieges vergangen; die Welt hat noch immer nicht ihre Ruhe gefunden, denn Auseinandersetzungen der verschiedensten Art belasten das Zusammenleben der Völker. Vernünftige Politiker in West und Ost haben erkannt, daß der große Krieg aus der Politik verbannt werden muß; sie sprechen daher miteinander und haben durch den Abschluß verschiedener Vereinbarungen und Verträge einen Pfad betreten, der zur Entspannung und zum Frieden führt. Dieser Weg wird im Interesse der Menschheit weiter begangen werden müssen. Noch nicht geregelte Fragen lassen sich nur im Einklang mit der von Ost und West sichtbar geführten Entspannungspolitik lösen. Das gilt auch für die deutsche Frage. Wer in unserem Land nicht bereit ist, diese Entspannungspolitik zu fördern, wer Gegner von Reise- und Passierscheinabkommen nach dem

Muster des Berliner Dezember-Abkommens ist, wer — wie seit Jahren üblich — das Gespräch zwischen Deutschen (gleich welchen Ranges) diesseits und jenseits der Zonengrenze zu verhindern oder zu stören versucht, wenn es ihm nicht „in die Landschaft paßt", versündigt sich gegen die deutsche Wiedervereinigung und stört zudem die Bemühungen der Großmächte, friedlich miteinander auszukommen. Die deutsche Einheit wird uns nicht wie eine reife Frucht in den Schoß fallen, sondern setzt zuerst einmal voraus, daß wir sie ernstlich wollen. Phrasendrescherei, falsche Einschätzung der Politik und Nichtstun haben eine Situation geschaffen, die, um mit Adenauer zu sprechen, außerordentlich ernst und fast hoffnungslos geworden ist. Nur mutiges Anpacken der deutschen Probleme, ernsthafte Gespräche und Verhandlungen mit allen in Frage kommenden Politikern und das sogenannte „Springen über den eigenen Schatten" können uns noch von dem geschichtlichen Vorwurf befreien, in der entscheidenden Frage unseres Volkes versagt zu haben.

General a. D. Alexander Andrae, Wiesbaden

Im Hintergrund aller Überlegungen über eine nicht mehr betonierte, sondern bewegliche, phantasievolle, von festgefrorenen Lehrsätzen befreite Deutschlandpolitik steht die Frage der „Anerkennung" der DDR. Man dürfe dieses Staats-Gebilde nicht „aufwerten", geschweige denn „anerkennen", so lautet die Lehre aus dem Beton.

Das „Aufwerten" ist eine Neu-Erfindung westdeutscher Staatsmannskunst. In der ganzen übrigen Welt gibt es sie nicht . . . In Wirklichkeit ist die DDR existent und beweist dies, z. B. dadurch, daß sie schießt (an der Berliner Mauer), daß sie sich nicht unbedeutende Auslands-Beziehungen zu verschaffen weiß — und indem sie eine Initiative zeigt, die in die Politik der BRD zwingend hineinragt. Passierscheinregelung und Zeitungsaustausch sind Zeugung der DDR. Tatsächlich wirkt manches Verhalten in Bonn gegen den eigenen Willen aufwertend: Wenn ein Ulbricht manierliche Briefe schreibt und Erhard sie aller europäischen Zivilisation zuwider unmanierlich weder annimmt, noch liest oder beantwortet, bedeutet das eine moralische Aufwertung der DDR. Im übrigen haben die Bundesgenossen, die USA, schon vor langer Zeit ihre eigene „Aufwertung" vorgenommen, indem sie Walter Ulbricht im Rundfunk und Fernsehen erscheinen ließen.

Die „Anerkennung", de jure oder de facto, ist ein Begriff aus dem Völkerrecht, der aber durch die politische Praxis gerade in neuester Zeit unterlaufen worden ist. Länder, die sich nicht „anerkennen", pflegen heute höchst realen und effektiven Verkehr, wie die USA und Peking-China seit fast 10 Jahren durch Verhandlungen offizieller Vertreter auf neutralem Boden in Warschau. Die BRD hat die „Beziehungen" mit Tito abgebrochen, schickt aber munter einen beamteten Gesandten, Herrn Schlitter, zu offiziellen Verhandlungen nach Belgrad. Beide Seiten hoffen auf Erfolg. Die BRD und die DDR verkehren seit langem auf pseudodiplomatischen Wegen durch Treuhänder, durch einen Min.-Direktor oder einen Auftragsbeamten aus Berlin. Man legt aber den größten Wert darauf, daß er nur das tut, was Bonn wünscht. Man sieht also, daß es geht, wenn man nur will! Es gibt heute einen neuzeitlichen, erstaunlich schnell bewährten Begriff der „Anerkennung de praxi".

Moskau wie Ost-Berlin haben seit Jahren erklärt, daß sie auf eine völkerrechtliche Anerkennung nach den Formeln de jure oder de fakto keinen entscheidenden Wert legen. Sie wünschen nur eine gegenseitige Verhandlungsfähigkeit.

Die Bundesrepublik sollte die Juristen in die zweite Reihe und die Verhandlungspraktiker auf die ersten Stühle setzen! Die Lehre ohne Beton heißt: es muß verhandelt werden.

Prof. Dr.-Ing. Helmut Behrens, Erlangen

Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland hat die Bundesregierung die Wiedervereinigung als ein wesentliches Ziel ihrer Außenpolitik erklärt. Inzwischen sind 15 Jahre vergangen, und wir sind de facto dieser Wiedervereinigung heute ferner denn je. Diese ist ja auch gar nicht realisierbar, weil sie zunächst einmal ein normalisiertes Verhältnis der Bundesrepublik zur Sowjetunion und zu den Oststaaten voraussetzen würde. Daher erscheinen der Abbau der Hallstein-Doktrin, eine Intensivierung des Handels und der Reisekontakte sowie eine Pflege kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen (ohne politische Bedingungen) fürs erste als der geeignete Weg, die in „Beton erstarrten Fronten" aufzulockern. Vor allem muß aber die Angst, die man nach den furchtbaren Ereignissen der Vergangenheit im Osten noch immer vor uns Deutschen hat, endlich beseitigt werden. Wer je Gelegenheit hatte, in den letzten Jahren mit politisch aufgeschlossenen Menschen aus den Oststaaten zu sprechen, wird sich leicht davon überzeugen können, wie groß diese ehrliche Angst auch jetzt immer noch tatsächlich ist. Gerechterweise wird man ja auch zugeben müssen, daß die Sonntagsreden gewisser Vertriebenenfunktionäre und andere unliebsame Ereignisse der letzten Zeit nicht dazu beigetragen haben, diese Sorgen zu zerstreuen. Bei der Überprüfung unseres Verhältnisses zur Sowjetunion und den Oststaaten würde es uns gut anstehen, sich ab und an die Tatsache in die Erinnerung zurückzurufen, daß Hitlers verbrecherischer Krieg, der diesen Ländern unbeschreibliches Leid zugefügt hat, die eigentliche Ursache für die Teilung unseres Landes ist. Wir sollten daher die Bestrebungen von Präsident Johnson nach einer beweglichen Entspannungspolitik durch konstruktive Vorschläge und aktive Mitarbeit besonders unterstützen und fördern.

Wilhelm Bökenkrüger, Staatsminister a. D., Neustadt/Weinstraße

Nur eine vernunftmäßige, humane, geduldige Fortführung der Erörterung aller strittigen Grundfragen kann zu einer Aufweichung und Klärung von verkrampften Haltungen führen. Dies bedeutet, die eigene Meinung immer wieder überprüfen, Verständnis für den andern aufbringen, erstarrte Dogmen, die nicht länger der zeitlichen Entwicklung entsprechen, berichtigen — kurzum: beweglicher werden. Das wollte Präsident Johnson sicher mit seiner Mahnung, nicht „in Beton zu stehen" zum Ausdruck bringen.

Da keine der westlichen und östlichen Ideologien auf politisch unwandelbare oder unwiderlegliche Heilswahrheiten Anspruch erheben kann, und — wie die Erfahrungen zeigen — diese Meinungen oftmals manipuliert wurden, sind Hoffnungen nur aus einem Pragmatismus zu schöpfen, dem Phrasen von Prestige und Nationalismus fremd geworden sind.

Die letzte höfliche Belehrung des Bundeskanzlers in Washington, Entspannung habe der Wiedervereinigung voranzugehen, in einzelnen Artikeln auch der Pakt zwischen Moskau und Pankow weisen deutlich hin auf die Abwegigkeit der „harten" Linie, die von der Bundesregierung, besonders einem ihrer Kabinettsmitglieder, und zahlreichen Politikern der CDU/CSU immer noch vertreten wird.

Die Hallstein-Doktrin und das Münchener Abkommen von 1938 dürfen keine Hindernisse mehr für den Willen zur Entspannung bilden. Bei dem Auflodern nationalistischer Emotionen in der Bundesrepublik denken nicht nur die Russen an deutsche Vergeltungsgelüste. Auch darauf machte Johnson behutsam aufmerksam.

Prof. Dr. Hans Conzelmann, Göttingen

Gern käme ich Ihrer Aufforderung nach, meine Meinung zu Präsident Johnsons Appell an die Bundesrepublik zu äußern. Doch weiß ich nicht, wie ich zehn bis dreißig Zeilen füllen soll, da diese Aufforderung eine Selbstverständlichkeit ausspricht — eine Selbstverständlichkeit für die ganze Welt mit Ausnahme dieses Winkels zwischen Rhein und Elbe.

Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim, Berlin

Die Deutschland-Politik Adenauers war ein säkularer Mißerfolg. Sie hat alles getan, die Wiedervereinigung in immer weitere Ferne zu rücken — obendrein hat sie zur Vergiftung der Atmosphäre beigesteuert und so die Gefahr einer Katastrophe vergrößert. Sollte man da nicht endlich einen Zeitpunkt — sagen wir 1966, 1967 oder 1968 — fixieren, von dem an man eine neue Politik treibt, falls sich — wie vorauszusehen — bis dahin die alte Politik weiter als erfolglos erweist? Die neue Politik müßte eine Politik des schrittweisen Abbaus der Spannungen und Rüstungen, der Annäherung der Bundesrepublik und der DDR sein. Vorschlagen könnte Bonn z. B. eine beiderseitige Amnestie, die Aufnahme extensiver diplomatischer und konsularischer Beziehungen zwischen BRD und DDR (gefolgt von solchen zwischen allen anderen Staaten und der DDR!), ein großzügiges Handels- und Kulturabkommen. Man überlege sich nur einmal, wie sich das Vorhandensein von Konsulaten und Kulturzentren der Bundesrepublik, der USA, Englands, der skandinavischen Staaten usw. in Berlin, Halle, Leipzig, Rostock auswirken würde. Wäre nicht hierfür gerade heute eine merkliche Liberalisierung und Normalisierung in der DDR „einzutauschen"? Die Liberalisierung drüben würde dann wieder die freiheitlich-fortschrittlichen Tendenzen hier stärken. Selbst diese neue Politik mag nicht zur Wiedervereinigung führen. Zumindest würde sie aber die Kriegsgefahr mindern — und das wäre schon eine Wohltat für die Menschheit und Deutschland.

Albrecht Goes, Stuttgart

Ich sehe dieses Entweder-Oder: entweder man hält den 1941 begonnenen Rußlandkrieg für einen abendländischen Ostlandritt, der bedauerlicherweise mißglückt ist: dann wird man versuchen, diese Niederlage zu reparieren, wird eine Politik der verschränkten Arme rechtfertigen, rüde, verstockt und unaufrichtig, wird — nicht vergeblich — an das schlechte Gedächtnis der Leute appellieren und, wie neulich ein Oberstleutnant bei der Truppenvereidigung, von den ‚schmutzigen Pfoten' sprechen, die der Osten nach dem Westen ausstreckt. Oder man sieht in dem Rußlandkrieg das verbrecherische Abenteuer eines größenwahnsinnigen Taugenichts, das den Überfallenen zwanzig Millionen Menschen gekostet hat und Millionen Tote auch dem eigenen Volk: dann wird man sich die Politik der verschränkten Arme nicht gestatten, sondern — immer aufs neue — erfinderisch sein darin, von sich aus die ersten Schritte zu tun, die der Schuldige sich und dem anderen schuldig ist.

Zwischen diesem Entweder-Oder ist ein Abgrund; es ist der Abgrund, der zwischen Mißtrauen und Vertrauen klafft.

General a. D. Christian Hansen, Garmisch-Partenkirchen

Das Ergebnis einer Fortsetzung unseres passiven Verhaltens wird schließlich sein, daß die Entscheidung der deutschen Frage ohne uns fällt. Gerade wir müssen in dem Streben nach Entspannung in vorderster Linie stehen — ohne Aufgabe berechtigter Ansprüche, aber in dem erkennbaren Willen, uns von der Vergangenheit loszusagen und von dem Ruf zu befreien, den diese uns aufgebürdet hat.

Hierzu gehört in erster Linie der überzeugende Verzicht auf die Anwendung von Gewalt — ausgedrückt in der Höhe des Verteidigungshaushalts, in der Art der Bewaffnung und Einsatzplanung der Truppe, vor allem in der Ablehnung jeglicher Beteiligung an atomarer Bewaffnung und in der Einstellung maßgeblicher Personen und Kreise in der Öffentlichkeit.

Ferner: Unterstützung aller Bestrebungen zur Schaffung atomfreier Zonen. Abrücken von der auf Machtanspruch durch Atombewaffnung gegründeten Politik de Gaulles. Lockerung der Hallstein-Doktrin. Anerkennung der Realität der DDR nicht nur auf dem Gebiet der Wirtschaft, sondern auch auf dem Gebiet der Politik, insoweit, als eine Annäherung der beiden Teile und eine Ausgangslage für etwaige spätere Verhandlungen geschaffen werden kann. Übergang auch ihr gegenüber zu den im diplomatischen Verkehr üblichen Formen.

Zusammengefaßt: Alles tun, was zu einer Entspannung beiträgt. Nur diese kann der deutschen Politik nützen. Schließlich das russische Sprichwort nicht vergessen: „Man geht mit dem Teufel bis an das Ende der Brücke."

Prof. Johannes Harder, Wuppertal

Es ist für einen Deutschen ärgerlich und beschämend zugleich, am Beispiel des Johnson-Interviews feststellen zu müssen, daß die Sorge um Europa auf amerikanischer Seite — ungeachtet aller möglichen Eigennützigkeit — größer zu sein scheint als bei ihren störrischen deutschen Bundesgenossen. Dahin ist es also gekommen, daß USA-Präsidenten uns mahnen müssen, uns um eine Verständigung mit dem deutschen Osten zu bemühen. Solange die Dulles-Politik mit militärischen Drohungen operierte, schien ein ungestörter Consensus mit den USA zu bestehen; seit Kennedys und Johnsons Entspannungspolitik, die eine friedliche und organische Sicherung in Europa anstrebt, werden wir mit unserer organisierten Feindschaft dem Osten gegenüber problematisch.

Aber nur auf diesem Wege kann vermieden werden, uns selbst und Mitteleuropa für alle Zukunft aus der Weltpolitik auszuklammern. Uns hilft angesichts unserer nahezu petrifakt gewordenen Position nichts als die Aufnahme kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen zur DDR, damit der alle Welt bedrohende Antagonismus zwischen den Deutschen endlich seine Entmythologisierung findet. Dabei muß herauskommen, daß unsere Not weniger in einem sog. „Ost-West"-Problem besteht, als vielmehr auf Schuld und Krankheit begründet ist.

Helmut Kindler, München

Mit der Einrichtung von Handelsmissionen in osteuropäischen Ländern hat Bundesaußenminister Dr. Schröder eine erfreuliche Entkrampfung unserer Ostpolitik eingeleitet. Darüber hinaus sollten sich Auffassungen durchsetzen, wie sie kürzlich der FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. Kohut geäußert hat. Er sagte u. a.: „Deutsche Wiedervereinigungspolitik kann nur Entspannungspolitik sein . . . Über die Mitwirkung an der Friedenssicherung in Europa kann das gespaltene Deutschland zueinander finden. Jeder weiß, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nicht mehr in einem einzigen Zuge, sondern nur schrittweise zu erreichen ist." Dr. Kohut ist auch beizupflichten, wenn er betont, daß wir, „um der Einheit unserer Nation willen uns nicht scheuen dürfen, auch mit denen, die im anderen Teil unseres Landes die Macht in den Händen haben, das heute Erreichbare auszuhandeln".

Prof. Dr. Hanfried Lenz, München

Ob sich die Bundesrepublik an der Kennedy-Johnsonschen Entspannungspolitik beteiligen soll, ist m. E. keiner Diskussion mehr wert, weil alle ernstzunehmen-

den Politiker von Erhard und Schröder halbrechts über die SPD in der Mitte bis zu Thomas Dehler halblinks darüber einig sind. Allerdings ist es durchaus nicht sicher, daß diese Entspannungspolitik noch zur Wiedervereinigung führen kann; das schöne Wort von der Entspannung durch Wiedervereinigung ist leider nur eine illusionäre Redensart. Ich bin Optimist und gebe daher einer langfristigen Wiedervereinigung durch Entspannung noch eine Chance von vielleicht 5 Prozent. Die Chance der alten gescheiterten Politik der Wiedervereinigung durch Druck, die leider 1953 und 1957 die Mehrheit erhielt, ist Null. Schlimm ist nur, daß die Mehrheit der vernünftigen Politiker diese einfache Wahrheit wohl kennt, aber aus wahltaktischen Überlegungen verschweigt.

Was die Bundesrepublik konkret tun kann, ist Sache der Berufspolitiker und sonstigen Experten. Was jeder einzelne tun kann, ist:

1. Hilfe bei der Verbesserung des Klimas zwischen West und Ost durch Suchen nach persönlichen und kulturellen Verbindungen.

2. Widerspruch gegen alle Haßpropaganda und gegen Versuche zur Einschränkung unserer Meinungsfreiheit, ebenso gegen die unaufrichtigen Versprechungen vieler Politiker und Vertriebenenfunktionäre, die uns die baldige Wiedervereinigung oder gar die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 als möglich vorgaukeln und gerade dadurch die Mauer befestigen und unseren Gewaltverzicht unglaubwürdig machen.

3. Eintreten für den Vorrang menschlicher Erleichterungen vor politischen Grundsätzen; nach Osten durch unermüdliche geduldige Bitten; zu Hause, wo wir in erster Linie zuständig sind, durch klare höfliche Forderungen an die von uns gewählten und daher uns verantwortlichen Regierenden und Abgeordneten.

Dr. jur. Helmut Lindemann, Lindau

Das, was die Bundesregierung heute noch als ihre Position ausgibt, ist längst unhaltbar geworden. Die klar erkennbare, nach Johnsons Wiederwahl im November bestimmt zunehmende Absicht der amerikanischen Regierung, Europa als weltpolitischen Spannungsherd weitmöglichst auszuschalten; der im jüngsten Freundschaftspakt zwischen Moskau und Pankow erneut bekräftigte Entschluß der Sowjetregierung, an der DDR als selbständigem Staat festzuhalten; und die langsam, aber unaufhaltsam fortschreitende Entstalinisierung der DDR lassen die Bonner Programmatik illusionärer denn je zuvor erscheinen.

Angesichts dieser Lage sollte die Bundesregierung unverzüglich an die Ausarbeitung eines Deutschlandplanes gehen, der nicht Wunschvorstellungen, sondern die Wirklichkeit zugrundelegt. Das sollte im Einvernehmen mit allen im Bundestag vertretenen Parteien und unter Heranziehung qualifizierter Unabhängiger geschehen. Ein solcher Plan müßte eine Polen und die Tschechoslowakei befriedigende Erklärung über die deutschen Grenzen sowie eine wie immer geartete und formulierte tatsächliche Anerkennung der DDR einschließen. Verzichtet die Bundesregierung auf einen solchen Plan, so werden die Amerikaner vom Herbst an selbständig vorgehen, was hierzulande gefährliche — antiamerikanische und nationalistische — Ressentiments auslösen könnte.

Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Wiesbaden

Nachdem die Bundesrepublik Deutschland seit ihrem Entstehen noch nicht einen einzigen eigenen Beitrag zur Überwindung der gefährlich gewachsenen Ost-West-Spannung geleistet hat, wird es Zeit, daß wir uns darum bemühen. Deshalb halte ich die Forderung des USA-Präsidenten für grundsätzlich berechtigt und notwendig.

Wenn wir keine eigenen Vorschläge zu machen haben, werden wir uns eines

Tages genötigt sehen, einfach das zu tun, worauf sich die USA und die Union der Sowjetrepubliken ihrerseits einigen; und dann wird es deutlich werden, daß diese Einigung auf Kosten des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit gehen wird. Mit der Politik der „Hallstein-Doktrin" wird gar nichts mehr zu erreichen sein; sie war von Anfang an nichts anderes als eine „Vogelstraußpolitik".

Vorschläge liegen in großer Fülle vor; aber die Bundesregierung hat bislang jedes Eingehen darauf abgelehnt oder unterlassen — sie müßte aber in ernsthafte Gespräche darüber mit den Westmächten und insbesondere natürlich mit den USA eintreten.

Prof. Dr. Hans Schaefer, Heidelberg

Für einen Naturforscher ist es betrüblich zu hören, man wolle „keine Experimente" machen. In einer Welt, in der alle Verhältnisse von Tag zu Tag unüberschaubarer werden, in der also begründete Voraussagen über unsere Zukunft von einem Menschenhirn kaum noch zu wagen sind, muß man Erfahrungen sammeln, und das ist nun einmal nur durch systematisches Probieren, also durch Experimente, möglich. Das gilt für jeden menschlichen Lebensbereich. Als Kinder lernen wir so, als Erwachsene sollten wir auch so lernen. Im Politischen muß man natürlich Risiken abschätzen und sollte nicht leichtfertig Gefahren heraufbeschwören. Ob aber Gefahr von der anderen Seite droht oder nicht, muß durch Erfahrung ermittelt werden. Diese Erfahrung liefert z. B. ein Gespräch, eine Verhandlung. Ich könnte mir vorstellen, daß die Abneigung, den oft nur scheinbaren Gegner kennen zu lernen, einer der wesentlichsten Gründe ist, derentwegen Politiker Schiffbruch erleiden. Niemand handelt richtig, der nicht ein Maximum an möglichen Informationen einholt. Niemand kann auch in einer Welt sich widerstreitender Interessen nur seinen eigenen Wünschen folgen. So sollten auch wir verhandeln, Erfahrungen sammeln, Meinungen korrigieren und schließlich erträgliche Opfer bringen, in Anlehnung daran, was wahrscheinlich auf jeden Fall geschehen wird, weil es historisch notwendig ist. Spengler sagt es am Ende seines großen Werkes: Fata ducunt volentem, nolentem trahunt.

Prof. Dr. Aloys Wenzl, München

Politisch einig dürfte sich das deutsche Volk darin sein, daß die jetzige Spaltung Deutschlands kein endgültiger Zustand sein kann und den Forderungen der historischen Vernunft und der natürlichen Menschenrechte nicht entspricht.

Politisch einig ist sich sicher die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes wie aller anderen Völker darin, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nicht auf dem Wege eines Krieges erwartet oder erstrebt werden kann, der die Gefahr eines neuen Weltkrieges und damit wahrscheinlich eines Selbstmordes der Menschheit in sich trüge und jedenfalls möglicherweise für Europa, sicher aber für Deutschland den Untergang bedeuten würde.

Also kann eine Normalisierung Deutschlands mit dem Ziel einer Wiedervereinigung nur auf dem Wege von sachlichen Verhandlungen im Geiste des Willens zum Frieden erstrebt werden.

Als vorbereitende Schritte für eine friedliche und befriedigende Lösung bieten sich an: die Ermöglichung 1) des brieflichen und besuchsmäßigen persönlichen Verkehrs der getrennten, aber sich zusammengehörig fühlenden Menschen, 2) eines zweckmäßigen wirtschaftlichen Verkehrs, 3) des geistigen Kontakts in den Bereichen der Religion, der Wissenschaft, der Kunst, auch des Sports, 4) die Vorbereitung eines wirklichen Friedens durch Verzicht auf bloß polemische Vorwürfe und Drohungen.

Jochen Willke

Der Fall Heye und die Meinungsfreiheit

Kann man bei uns die Wahrheit sagen? Will man die Wahrheit hören?

Nehmen wir an, der Vizeadmiral a. D. Hellmuth Heye hätte bei der Inspektion der Bundeswehr alles in Ordnung gefunden. Nehmen wir weiter an, er hätte seiner spontanen Freude darüber öffentlich Ausdruck geben wollen. Angenommen schließlich, er wäre daraufhin zu einer Illustrierten gegangen und hätte als Wehrbeauftragter in der salzigen Sprache des alten Seemanns unsere Streitkräfte belobigt. Glaubt irgend jemand in unserem Land, daß Heye auch dann wegen seines „Formfehlers" wie ein törichter Schulbub heruntergeputzt worden wäre?

Niemand glaubt das. Denn alle wissen, daß jener „Formfehler" namens „Quick" herhalten mußte, um eine Äußerung abzuschwächen, die unbequem war. Von allem anderen abgesehen: In dieser Beziehung ist der „Fall Heye" typisch für die Art, wie man bei uns mit der Meinungsfreiheit umgeht. Einerseits konnte der Wehrbeauftragte ungehindert seine harte Kritik veröffentlichen, andererseits wurde er eilfertig beschuldigt, etwas Unerlaubtes, schlechthin Verruchtes getan zu haben.

Vor wenigen Wochen ist in München ein Buch erschienen, in dem 21 Schriftsteller auf die Frage antworten, welchen Schwierigkeiten sie sich bei dem Versuch gegenübersehen, heute die Wahrheit zu schreiben. Journalisten wurden nicht bemüht, aber Ludwig Marcuse stellt eine Behauptung auf, die außer für die Literatur auch für die Presse zutrifft: „In der pluralistischen Gesellschaft ist auch der Zensor in einem unabsehbaren Plural da." Viele Redakteure werden dem Professor recht geben, wenn sie an ihre tägliche Arbeit denken.

Wer bedroht die Pressefreiheit?

Nicht weniger als durch die Obrigkeit ist die Freiheit der Meinung durch uns selbst eingeengt, nämlich dadurch, daß wir uns längst einer schleichenden Zensur unterworfen haben. Die Entscheidung, was gedruckt wird und was nicht, bestimmt mehr oder weniger diese Zensur.

Der Journalist in der Bundesrepublik sieht sich folgenden Zensoren gegenüber: den Lesern und den Inserenten, also den Protestanten und Katholiken, den Christen, den Handwerkern, den Gewerkschaften, der Industrie mit ihren Verbänden, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, den Interessentengruppen, den politischen Parteien, den Fraktionen und — nicht zu vergessen — den Flüchtlingen, Vertriebenen und Landsmannschaften. Selbstverständlich ist der Begriff „Zensur" in diesem Zusammenhang überspitzt. Formell findet eine Zensur nicht statt. Aber die Rücksichtnahme der Presse auf Gruppendenken, Gruppenwünsche und Gruppenboykott hat in der Praxis zu einer weitgehenden Selbstzensur geführt.

Wie oft fällt in Verlagen und Redaktionen der Satz: „Das können Sie doch dem Leser nicht zumuten!" Und in mühevoller Kleinarbeit werden dann politische Äußerungen, obwohl sie richtig sind und notwendigerweise veröffentlicht werden sollten, so lange „entschärft", bis sie niemandem mehr wehtun. Es gibt rühmliche Ausnahmen, gewiß. Doch im allgemeinen herrscht dieses Prinzip. Die Folge ist eine Verharmlosung der Tatsachen im guten wie im schlechten, und die Wahrheit muß sich schon wieder zwischen den Zeilen verbergen.

Die Pressefreiheit wird bei uns keineswegs in dem Maße ausgenutzt, wie das Grundgesetz sie garantiert. Nicht nur eine polemische Meinung, sondern schon eine Information, die aus dem üblichen Rahmen fällt, hat es schwer, gedruckt zu

werden. Das ist zum Beispiel einer der Gründe dafür, warum wir in unserer Politik so viel Naivität antreffen: Die Unterrichtung ist mangelhaft.

Von Propaganda beherrscht

Das sind harte Worte für Verleger und Redakteure. Denn der Schluß daraus kann nicht anders lauten, als daß die Presse ihre Aufgabe nur unzureichend erfüllt. Trotzdem sträube ich mich gegen diesen Schluß. Erstens gibt es Zeitungen und Zeitschriften, die es mit der objektiven Berichterstattung absolut ernst nehmen. Zweitens ist auch die Presse ein Produkt ihrer Umwelt. Es wäre wohl zu viel verlangt, daß die Gazetten demokratischer sein sollen als die Bevölkerung.

Zu der Frage nämlich, ob wir in der Bundesrepublik die Wahrheit sagen und die Wahrheit schreiben können, tritt sofort die nächste Frage, ob man denn die Wahrheit überhaupt hören will, ob man sie auch dann hören will, wenn sie liebgewordene Vorstellungen zerstört, wenn sie Unangenehmes ausspricht, wenn sie mit Propagandawünschen aufräumt.

Sicher hat die Presse in der Nachkriegszeit versäumt, wesentliche Tatsachen beim Namen zu nennen. Der Begriff „Tabu" fand Eingang in ihre Tätigkeit, um manches notwendige Thema drückten sich die Journalisten herum. Aber hätte die Presse anders gehandelt, dann hätte sie zu unserer Politik in permanenter Opposition stehen müssen. Im Jahre 1945 waren wir durch den Schock der Niederlage ernüchtert, damals waren wir bereit, uns auch mit den bittersten Tatsachen auseinanderzusetzen. Die Nüchternheit dauerte nicht lange. Heute scheitert sogar ein Mann wie Heye — kein Linksintellektueller, sondern CDU-Mitglied, kein Zivilist, sondern Vizeadmiral — allein daran, daß er laut und deutlich Kritik an der Bundeswehr vorbringt, die der Regierung und Regierungspartei unbequem ist.

Wer an unserer Wunschwirklichkeit zu rütteln wagt, muß damit rechnen, kaltgestellt zu werden. Denn die Zahl der Leute in unserem Land, die unerfreuliche Wahrheiten nicht hören wollen, ist größer, als wir verkraften können. Vom Propagandadenken beherrscht, halten sie Propaganda für Politik.

Heiliger Hain deutscher Publizistik

Ich möchte bei dieser Gelegenheit ein Wort über die viel gelästerten Illustrierten sagen. Die Beschäftigung mit Soraya und dem Bikini ohne Oberteil hindert sie nicht daran, kräftig und erfrischend in die Politik einzugreifen. Sie tun das manchmal zufällig, zuweilen mit groben Mitteln und nicht immer respektvoll. Die Wirkung, die sie erzielen, ist jedoch beachtlich. Seit sich die Illustrierten mit politischen Themen befassen, gibt es für den Journalisten weniger „Tabus". Und was immer dazu gesagt werden mag: Seit sie mit ihren Kolumnisten in den heiligen Hain deutscher Publizistik eindrangen, ist die Diskussion in der gesamten Presse freier geworden.

Dennoch befinden sich Meinungs-, Presse-, Rundfunk- und Informationsfreiheit im Zustand einer Krise.

Da drohen Notstandsgesetze, die dicht an die Presselenkung des Obrigkeitsstaates heranreichen. Und sie werfen ihre Schatten voraus. Je mehr das sogenannte Staatsbewußtsein wieder wächst, desto größere Macht beansprucht die Verwaltung für sich und umso anmaßender werden ihre Versuche, die Zeitungen an die Kette zu legen. Gesucht: der brave, regierungs- und behördenfromme Journalist. Da drohen aber auch Einflüsse mehr oder weniger privater Gruppen, die in der Presse immer noch ein Propagandainstrument sehen. Nachrichten, die ihnen gefallen, wollen sie bevorzugt wissen, Nachrichten, die ihnen nicht gefallen, möchten sie unterdrücken. Beeinflussungsversuche dieser Art erstrecken sich bis

in den politischen Teil. Der Druck auf den einzelnen Verleger und Journalisten nimmt dabei meist wirtschaftliche Formen an.

Hier geht es nicht nur um politische und geschäftliche Sonderinteressen, sondern es zeigt sich auch ein Grad von Intoleranz, der wohl als Restbestand aus dem Dritten Reich erklärt werden muß. Er findet sich auf vielen Gebieten unseres öffentlichen Lebens. Und es ist diese Intoleranz, dieser Mangel an Bereitschaft zur Diskussion, die uns in den vergangenen Jahren daran hinderten, Probleme zu erörtern, denen wir jetzt unvorbereitet, aber voreingenommen gegenüberstehen, zum Beispiel unser Verhältnis zum Osten, Oder-Neiße-Linie, Gespräche mit der DDR, Osthandel, Hallstein-Doktrin.

Das Laster der Unabhängigkeit

Es gibt in Deutschland zu viele Zensoren, es gibt zu viel Unduldsamkeit und zu viel Bevormundung. Darum ist es mit Schwierigkeiten verbunden, unangenehme Dinge öffentlich auszusprechen, ja es ist mit einem Risiko verknüpft, Tatsachen zu veröffentlichen, die nicht in das Programm bestimmter Gruppen passen. Nur in seltenen Fällen kommt es zu einer sachlichen Diskussion, in der Regel steht am Ende die Diffamierung.

Kaum hatte Golo Mann in einem Vortrag erklärt, wir sollten die Oder-Neiße-Grenze anerkennen, schrie man auch schon nach seinem Rücktritt als Professor, statt mit ihm zu diskutieren. Natürlich schrie nicht das „Volk". Es schrien die Funktionäre von der Landsmannschaft bis zur Parlamentsfraktion. Doch die Wirkung blieb nicht aus, das Thema verschwand.

Ein anderes Beispiel: Rolf Hochhuth. Trotz scharfer Proteste und massiver Drohungen wird sein Drama „Der Stellvertreter" in der Bundesrepublik gespielt. Aber nicht wenige Theaterleiter, die das Stück gern aufgeführt hätten, verzichteten darauf aus Furcht vor ihrem Stadtrat und aus Angst vor den Zuschauern. Sie unterwarfen sich der geheimen Zensur.

Der dichtende Bergmann Max von der Grün verdarb es sich wegen einiger realistischer Szenen in seinem Roman „Irrlicht und Feuer" mit den Unternehmern. Er brachte aber auch die Gewerkschaften gegen sich auf. Seine Kritik hatte sich gegen beide Seiten gerichtet. Unabhängig steht er da, doch allein, denn wenigstens mit einer der beiden Gruppen hätte er sich auf Grußfuß stellen müssen.

Hier ähnelt der Fall des Max von der Grün irgendwie dem Fall Heye. Auch der Vizeadmiral sah sich in Bonn plötzlich allein gelassen. Zwar waren viele Bürger von Anfang an auf seiner Seite. Jedoch die Funktionäre aller drei Parteien hielten sich zurück. Er wurde ein Opfer seiner Unabhängigkeit. Der eigenen Fraktion, der er lange angehört hatte, war er verdächtig geworden. Die anderen sahen keine Veranlassung, den alten Querkopf, der in kein Schema paßt, zu unterstützen. Unabhängigkeit im öffentlichen Leben ist ein kostspieliges Laster für den Betroffenen, und insofern hat unsere Demokratie einige Webfehler.

Schreiben allein reicht nicht

Man kann bei uns die Wahrheit schreiben, ohne Schaden zu nehmen an Leib und Leben. Man kann sie unter den gleichen Voraussetzungen auch drucken und verbreiten. Doch dann beginnen die Schwierigkeiten: Das dicke Ende kommt nach. Viel Kritisches und damit Unbequemes wird geschrieben, aber nicht veröffentlicht, nur gekürzt veröffentlicht oder erst nach Abschwächungen veröffentlicht. Ich glaube, daß die ungeschminkte Wahrheit bei uns wenig Chancen hat. Schon die dosierte Wahrheit erregt Ärgernis.

Es wäre eine Untersuchung wert, hier eine verbindliche Antwort zu erforschen. Nach meinen Erfahrungen als Redakteur, zurückdatiert bis ins Jahr 1945, wird

sehr viel mehr Wahres geschrieben als veröffentlicht. Was in den Zeitungen gedruckt steht, zum Beispiel in den Leitartikeln und Kommentaren, ist oft nur noch die sorgfältig filtrierte Meinung des Verfassers, gemildert durch Rücksichtnahme auf Leserkreis, Inserenten, Verlagsinteressen und jene Zensurgruppen, die ich oben schon genannt habe. Das trifft besonders dort zu, wo ein „Tabu" behandelt wird.

So kommt es, daß Journalisten, die eine deutliche und sehr bestimmte Schreibweise vorziehen, die ein Thema direkt ansprechen, für besonders mutig gehalten werden. In Wirklichkeit zeigt solche Einstufung nur, wie weit wir immer noch davon entfernt sind, die freie Meinungsäußerung als selbstverständlich hinzunehmen.

Kürzlich reisten amerikanische Journalisten durch die Bundesrepublik. Sie besuchten vor allem Einrichtungen der Bundeswehr, und als ich sie in München traf, sagte mir einer ihrer deutschen Begleiter, daß sie den Verteidigungsminister scharf ins Kreuzverhör genommen hatten. Er sagte es bewundernd. Hätten deutsche Journalisten das gleiche getan, dann bin ich sicher, daß man sie nicht bewundert, sondern sich über sie aufgeregt hätte. So wie man sich über den Wehrbeauftragten mokierte, als er Vorgänge aufdeckte, über die man, weil sie den bisherigen Vorstellungen nicht entsprechen, lieber mit Stillschweigen hinweggegangen wäre.

Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer

Was an der Strafrechtsreform reformbedürftig ist (I)

Der Abdruck dieses Aufsatzes erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Verlages Kurt Desch und wurde dem Band „Deutschland ohne Konzeption? Am Beginn einer neuen Epoche" entnommen, der in der Sammlung „Modelle für eine neue Welt" (herausgegeben von Robert Jungk und Hans Josef Mundt) Ende Juli d. J. erscheinen wird (Umfang ca. 540 S., Preis ca. 24,— DM). D. Red.

I

Was die Große Strafrechtskommission, die Ministerialbürokratie von Bund und Ländern, letztlich die Bundesregierung unter Adenauer als Entwurf einer Strafrechtsreform vorgelegt haben, verdient diesen Namen nicht. Der Entwurf ist cum grano salis eine Bestandsaufnahme; er übernimmt das geltende Gesetz und arbeitet ein, was Rechtsprechung und Lehre im Lauf der Jahre zu dem Gesetz zu sagen gewußt haben. Der Entwurf ist im Stil der großen Kodifikationen des 19. Jahrhunderts, etwa des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder Handelsgesetzbuchs, geschaffen, als es galt, die Rechte der deutschen Bundestaaten auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Der Entwurf ist keine neue Konzeption, der Entwurf ist kein Wurf, mit dem die Zukunft schon begonnen hat, er enthält kaum das Recht, das mit uns geboren.

Der Entwurf trägt den Namen Strafgesetzbuch, obwohl schon das geltende Recht auch Maßnahmen sichernden und bessernden Charakters enthält. Mindestens müßte der Entwurf den Namen tragen: Gesetz über Strafen und sichernde

und bessernde Maßnahmen. Die kriminalpolitisch orientierten Maßnahmen waren und bleiben in Verkennung des Charakters eines wahrhaft zukunftsträchtigen Rechts ein Stiefkind, sie sind eine quantité negligeable. Die Verfasser des Entwurfs legen den Nachdruck auf die Strafe, die Vergeltung und Repression, hier schlägt wie seither ihr Herz. Nach Goethe lispelt man englisch — wie die Engel —, wenn man lügt: lispelt man, dann kann man die Schuldvergeltung auch in die schönen Worte kleiden, das Strafverfahren ziele in Erfülung transzendenter ethischer Imperative auf die Wiederherstellung des durch den Täter gestörten Gleichgewichts der Welt. Dies ist der alte Hegel, nach dem das Verbrechen eine Negation des Rechts und die Strafe eine Negation der Negation ist, während andere, die sich auf dieses Hexeneinmaleins nicht verstehen, meinen, ein Negatives werde mit einem Negativen beantwortet, was nach Adam Riese zwei Negative und nichts Positives ergibt.

Der konservativ-repressive Charakter des Entwurfs ergibt sich deutlich aus der sogenannten Zweispurigkeit, wonach neben der unbestimmten Sicherungsverwahrung immer noch auf zeitlich bestimmtes Zuchthaus erkannt werden muß. Die Vergeltungsidee folgt weiter aus der Beibehaltung der Zuchthausstrafe, deren Vollzug sich von dem der Gefängnisstrafe allein durch die aller Resozialisierung hohnsprechende Verkürzung des Umgangs des Zuchthausgefangenen mit seiner Familie unterscheidet und die durch Stigmatisierung des Verurteilten bewußt die Rückfallsgefahr erhöht, weil sie ihm den Zugang zur Gesellschaft erschwert.

Hätte der Entwurf wie das neue Recht aller übrigen Staaten auf das Zuchthaus verzichtet, wäre das Gesetzbuch auch wesentlich kürzer ausgefallen. Die Verfasser wären der Mühsal enthoben gewesen, bei vielen Delikten besondere Anwendungsfälle für die Zuchthausstrafe zu schaffen. Gesetze „müssen kurtz und nicht weitläufftig sein", meinte Friedrich der Große. Die geradezu unleidliche Kasuistik des Entwurfs wäre uns weitgehend erspart geblieben.

II

Da die Struktur und der Geist des überkommenen Rechts im wesentlichen aufrechterhalten bleiben sollen, ist nicht einzusehen, warum auf einen Schlag fünfhundert Paragraphen neu formuliert werden sollen. Detailfragen, die nach einer besseren Lösung drängen, könnten ratenweise im Weg einer Novellengesetzgebung beantwortet werden. Dies hätte den Vorteil, daß sie Stück für Stück zur Beratung in Öffentlichkeit und Bundestag gelangen könnten.

Nehmen wir beispielsweise den Einbezug der Neurosen in den Kreis der eine Täterverantwortlichkeit ausschließenden Umstände (§ 51), die Abschaffung des Zuchthauses, eine Begrenzung des Sexualstrafrechts auf Fälle des Jugendschutzes, auf Fälle der Gewaltanwendung und Fälle öffentlicher Sexualakte, ferner eine Neuregelung der Schwangerschaftsunterbrechung, insbesondere eine Erweiterung der zu einer Unterbrechung legitimierenden Voraussetzung, letztlich eine Abschaffung der Strafbarkeit der Gotteslästerung und dergleichen. Die Regelungen dieser Materie sind im geltenden Recht reformbedürftig; bei der konservativen Ausrichtung des Entwurfs gilt dies nicht minder auch für ihn. Will man — was fraglich genug ist — diese Bestimmungen wirklich ändern, bedarf es keiner gleichzeitigen „Schönheits"reparatur im Bereiche des Rechts des Diebstahls oder der Brandstiftung usw., die völlig uninteressant ist.

Gewiß gibt es das eine oder andere Thema, über dessen Diskussionsbedürftigkeit die allermeisten einig sind und für die der Entwurf auch eine brauchbare Gesprächsgrundlage abgeben kann. Hierzu gehört vor allem das Recht der Geldstrafe, für die der Entwurf die Übernahme des skandinavischen Instituts der Tagesbuße vorschlägt. Die absolute Geldstrafe soll durch den relativen Satz etwa

des täglichen Einkommens ersetzt werden, um wirtschaftliche Gleichheit zu erreichen. Man beginne hiermit. Das Bedürfnis, eine soziale Regelung zu schaffen, ist allseits anerkannt. Weltanschauungen geraten hier nicht in Streit miteinander.

Ist diese Frage geregelt, gehe man an das Recht des Hoch- und Landesverrats und der Staatsgefährdung. Geltendes Recht und Entwurf schleppen noch deutlich die Eierschalen der Nazizeit mit sich herum. Leider sind die Vorarbeiten für eine wirkliche Reform dieser Bestimmungen im Geiste des Grundgesetzes, die von der Großen Strafrechtskommission hätten erwartet werden müssen, nur ganz unzulänglich.

Ist dieses Problem unter Dach und Fach, wende man sich dem nächsten Thema zu. Doch hier stock ich schon. Sexualstrafrecht? Abtreibungsrecht? Wo sind die Männer und Frauen, die im Bundestag heiße Eisen anzufassen wagen?

III

Seien wir uns darüber völlig im klaren, daß die Zeit für eine wirkliche Reform noch nicht reif ist. In dem überkommenen Recht sind erhebliche seelische Interessen, seelische Energien und Triebe investiert.

Die breite Öffentlichkeit denkt konservativ und verspürt kein Bedürfnis, liebgewordene Vorstellungen aufzugeben. Ihr sogenannter „Reform"bedarf wäre wahrscheinlich durch eine Änderung des Grundgesetzes und die Wiedereinführung der Todesstrafe schon völlig gedeckt. Die große Zahl derer, die in der Institutionalisierung des Henkers einen Fortschritt sehen und oft genug die Todesstrafe neben Autobahnen und „Kraft durch Freude" zu den Aktiven des Unrechtsstaates rechnen, läßt die irrationale Haltung zum Verbrechen und Verbrecher erkennen. Das Erbe unserer Affenzeit ist noch nicht bewältigt. Viele verfluchen und schlagen noch den Tisch, an dem sie sich stoßen. Schon Lichtenberg hat auf den Parallelismus aufmerksam gemacht.

Zu den fast unausrottbaren Vergeltungsinstinkten, zu der Aggressivität in den breitesten Teilen der Öffentlichkeit kommt bei vielen eine nicht minder irrationale Angst vor dem Bösen, vor den Bösen hinzu. Der Verbrecher dient als Blitzableiter dieser Angst.

Das überkommene, auch in Zukunft als „Reform" vorgesehene Recht ist letztlich autoritär. Es kennt kein demokratisches oder soziales „Wir", sondern arbeitet mit der in-group der Guten und der out-group der Schlechten. Es ist von einer Freund-Feindeshaltung bestimmt, die von jeher die willkommene Grundlage von Selbstgerechtigkeit und Pharisäertum war und ist. Durch die ganze Konzeption wird der Eigenwert und das Sozialprestige der Nichtbestraften erhöht. Die Radfahrerhaltung ist die Maske, hinter der sich — psychologisch verständlich genug — das Phänomen der Dunkelziffer verbirgt, worunter verstanden wird, daß Millionen Menschen kriminell geworden sind, ohne daß ihre Taten angezeigt oder verurteilt wurden. Das moralisierende Ablehnen der „outlaws" ist das billigste Eintrittsbillett in die Welt des Bürgers.

Das überkommene Recht hat deswegen geradezu eine mentalhygienische Relevanz. Bei der eigenartigen Haßliebe vieler zu dem Verbrechen und zu den Verbrechern wissen wir nicht einmal, ob das Strafrecht — nach der Auffassung der Mehrheit — überhaupt der Beseitigung des Verbrechens dienen soll. Sie klammern sich an das Verbrechen, sie benötigen den Verbrecher. Was wäre vielen Menschen eine Welt ohne Verbrechen? Was eine Presse ohne täglichen Mord, Raub, Ehebruch? Was eine Welt ohne Krimis? Man stelle sich vor, Krimis wären Märchen im Stile des „Es war einmal . . ."

Die erschreckend irrationale Haltung der meisten Menschen wird dürftig mit einer primitiven Psychologie rational verklärt. Vergeltung im Stile von Aug um

Auge, Zahn um Zahn diene, so sagt man, der Abschreckung, als ob die Bilder des Mittelalters und der beginnenden Neuzeit von den Qualen des Fegefeuers, als ob die ragenden Galgen, die Scheiterhaufen in Stadt und Land den mindesten Einfluß auf die Kriminalität gehabt hätten. In Wahrheit denken die kriminell Labilen, diejenigen, die es angeht, wie der Psalmist: „Ob tausend fallen zu Deiner Seite und zehntausend zu Deiner Rechten, so wird es Dich nicht treffen."

Es ist eine der großen Paradoxien der Gegenwart, daß nicht die sogenannte Strafrechtsreform, sondern die Diskussion über NS-Prozesse Anstoß zu einer Änderung der gesellschaftlichen Haltung gegenüber Verbrechen und Verbrechern geben kann.

Plötzlich wird gefragt: Welchen Sinn haben Strafprozesse? Welches Ziel? Gar mancher ist „betroffen", als wärs ein Stück von ihm. Der soziale und individuelle Hintergrund dieser Strafsachen soll aufgeklärt werden, um den sich sonst kaum einer wirklich schert. Die Pluralität sozialer und menschlicher Welt- und Wertbilder wird gespürt; man denkt an die Überwältigung einer humanistischen Ethik durch einen rassischen Darwinismus. Sozialer Zwang, die Suggestivwirkung der Propaganda, die Massenpsychose, der Konformismus eines cosi fan tutte wird festgestellt. Man bezweifelt, ob „Täterschaft" vorliegt, schlimmstenfalls will man eine „Beihilfe" anerkennen. Man redet von Notstand, der sonst, mag soziale, wirtschaftliche oder seelische Not auch zum Himmel schreien und der einzelne keinen Ausweg sehen, ein Schattendasein führt. Man beruft sich auf den Selbsterhaltungstrieb des einzelnen, auf den berechtigten Willen zu eigenem und familiärem Fortkommen, auf ein „Recht" zur Schwäche und Feigheit, das „Menschlich-Allzumenschliche". Mitverantwortung, Mitschuld der Gesellschaft wird nicht länger geleugnet. Man ist Zeuge der Zufälligkeiten geworden, die das Leben des einzelnen bestimmen, des Glücks oder des Pechs, das der einzelne hat, je nachdem ihn soziale Gewalten hier- oder dorthin plazieren.

Wahrscheinlich erlebten wir dasselbe, wenn Polizei und Staatsanwaltschaft der Mittel- und Oberklasse mit hunderttausendfältigen Anklagen wegen sogenannter white collar crimes auf den Leib rückten, etwa wegen Reparaturrechnungen, die hinten und vorne nicht stimmen, wegen des Milliardenschwindels durch irreführende Reklame, wegen betrügerischer Qualitätsverschlechterungen, wegen Warenfälschungen, wegen der als Werbungskosten ausgegebenen Privatspesen usw. usw. Ginge man gegen die Mittel- und Oberklasse wegen dieser white collar crimes vor, dann spräche man wohl auch hier von der konformierenden, chloroformierenden Wirkung des Wirtschaftswunders, von einem allseits gepredigten, allseits gelebten wirtschaftlichen Darwinismus, von der Heiligung des Erfolgs ohne Rücksicht auf Mittel und Wege, die zu ihm führen, von Außen-Lenkung, dem verführerischen Zwang eines heutigen cosi fan tutte. Plötzlich bräche die reale Welt in das Recht. Kriminologische, psycho- und soziologische Probleme würden aktuell. Gesetz und Rechtsprechung würden für falsch erklärt. Wir erleben es in den USA; geht man dort gegen white collar crimes vor, so handeln Staatsanwaltschaft und Polizei nach Auffassung tonangebender Kreise „contrary to the American way".

(Schluß folgt)

Innenminister a. D. Viktor Renner

Betrachtungen nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg

I.

Am 26. April fand in Baden-Württemberg die Wahl zum vierten Landtag statt. Es war die letzte Landtagswahl vor der Bundestagswahl im Herbst 1965 und die erste seit der Übernahme des Bundeskanzleramtes durch Professor Dr. Erhard. Im neuen Landtag sind wie im Bundestag nur noch die drei Parteien CDU, SPD und FDP/DVP vertreten. Die Gesamtdeutsche Partei (DP-BHE), die in den 1960 gewählten Landtag noch 7 Abgeordnete entsenden konnte, erhielt keinen Sitz mehr, da sie die Fünfprozent-Schranke nicht überspringen konnte. Die Wahl brachte der CDU einen großen Erfolg und der SPD eine Enttäuschung. Die CDU errang 59 Sitze von 120 gegen 51 im letzten Landtag, die SPD erhielt zwar rund 300 000 Stimmen mehr und 3 zusätzliche Mandate, 47 gegen 44 aus der Wahl von 1960, aber ihre öffentlich ausgesprochene Erwartung, die stärkste Fraktion im neuen Landtag zu stellen, hat sich nicht erfüllt. Die FDP/DVP fiel trotz eines kleinen Stimmenzuwachses von 18 Sitzen auf 14 zurück.

Die SPD-Parteiführung im Lande will sich ihren Mißerfolg nicht recht eingestehen. Aber die übergroße Mehrzahl der Parteimitglieder hat ihn, wie der Landesparteitag vom 20. und 21. Juni zeigte, durchaus erfaßt. Wohl ist es richtig, daß die neue Regierungskoalition von CDU und FDP/DVP nur 73 Abgeordnete umfaßt gegen 76 im letzten Landtag und die Opposition 47 Abgeordnete gegen früher 44. Aber die beträchtlich stärkere Wahlbeteiligung hat gezeigt, daß die CDU den größeren Vorteil daraus gezogen, ihre Stagnation überwunden und den Angriff der SPD abgeschlagen hat.

Der Wahlkampf und das Ergebnis der Wahl geben Anlaß zu einigen grundsätzlichen Betrachtungen.

II.

Am 26. April wurde in Baden-Württemberg zwar das Parlament eines Landes gewählt, aber die Wahl war im Grunde keine Landeswahl, sondern eine Bundeswahl. Mancher wird das nicht wahrhaben wollen. Doch kann man es füglich nicht bestreiten, wenn man die Wahlversammlungen besucht und mit angehört hat, was dort geredet und worüber diskutiert worden ist, und vor allem, wenn man sich die Redner ansah. Sehr viele Versammlungen — die meisten in den bedeutenderen und großen Städten — wurden von Bundespolitikern (Bundestagsabgeordneten und Bundesministern) bestritten. Im Wahlkreis Balingen z. B., in dem 70 300 Wahlberechtigte wohnen, sprachen außer dem Bundeskanzler vier aktive Bundesminister, also nicht weniger als fünf Mitglieder des Bundeskabinetts.

Bei einem solchen „Elite-Einsatz" kann man sich an die „Lippe-Wahl" vom 15. Januar 1933 mit ihrem nationalsozialistischen Propagandaansturm erinnert fühlen.

In den Wahlversammlungen blieben zwar die Probleme des Landes nicht unerwähnt, aber sie standen keineswegs im Mittelpunkt; die im Bund von Bundestag und Bundesregierung zu lösenden Aufgaben und die von ihnen zu treffenden Entscheidungen bildeten die Hauptthemen. Das kann auch nicht wundernehmen.

Den meisten Bundespolitikern liegen die Landesprobleme fern, sie kennen sie gar nicht so genau, daß sie darüber Wesentliches auszusagen hätten. Ferner sind die meisten Aufgaben des Landtags und der Landesregierung unter den Landtagsfraktionen gar nicht strittig.

Mit Recht hat sich Ministerpräsident Kiesinger vor dem Wahlkampf einmal dahin geäußert, wohl bei 80 Prozent der Landesaufgaben sei man einer Meinung. Dabei sind die 80 Prozent eher zu niedrig als zu hoch gegriffen. Alle Fraktionen des letzten Landtags wollten die Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung und den Immisionsschutz voranbringen, den Wohnungsbau, Schulhaus- und Sportstättenbau fördern, den Gemeinden finanziell helfen, die Verkehrsverhältnisse auf Straße und Schiene verbessern und sich der Landesplanung besonders annehmen. Nicht einigen konnte man sich u. a. jetzt über ein einheitliches Schulsystem im ganzen Lande, insbesondere über die Beseitigung der einklassigen Konfessionsschulen in Südwürttemberg-Hohenzollern, über die Hochschulreform und über die Abstimmung der Landesregierung im Bundesrat.

Die Wandlung von Landeswahlen in Bundeswahlen wird die föderalistische Struktur der Bundesrepublik nicht unangetastet lassen.

III.

Die zur Bundeswahl gewordene Landeswahl in Baden-Württemberg vom 26. April 1964 war zum andern eine Führerwahl. Der Bundeskanzler, Professor Dr. Erhard, auf Seiten der CDU und Willy Brandt auf Seiten der SPD waren die Hauptfiguren im Wahlkampf. Auch Vizekanzler Dr. Mende trat für die FDP/DVP in Erscheinung. Die kleinen Parteien, die sich mit an der Wahl beteiligten, die Gesamtdeutsche Partei, die Deutsche Friedens-Union und die Deutsche Gemeinschaft, hatten und haben keine Führer anzubieten. Das ist einer der entscheidenden Gründe dafür, daß für sie überhaupt keine Chance gegeben war, die Fünfprozent-Barriere zu überspringen. Die CDU hat neben dem Bundeskanzler auch den bisherigen und nun wieder gewählten Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger herausgestellt. Gemeinsam prangte in Städten und Dörfern beider Bild auf einem wirkungsvollen Wahlplakat, von dem sie wie die Dioskuren Kastor und Pollux den Betrachter anblickten — wie „Max und Moritz", sagte ein respektloser SPD-Redner in einer Wahlversammlung.

Die SPD hat keinen ihrer Leute als ihren Kandidaten für den Posten des Ministerpräsidenten den Wählern präsentiert, nicht etwa weil kein geeigneter Mann dafür in Betracht gekommen wäre. Aber anders als im Bund, hielt sie es im Lande nicht für erforderlich, einen solchen Kandidaten vorzuschlagen; sie glaubte, die P a r t e i , ihr Programm von Godesberg und die Leistungen ihrer Fraktion im bisherigen Landtag beeindruckten die Wählermassen stark genug.

Die auf diese falsche Annahme zurückzuführende Unterlassung mußte Kiesinger von vornherein einen zusätzlichen Vorsprung verschaffen. Das ist nach dem Wahlausgang Überzeugung der allermeisten SPD-Mitglieder geworden, wenn auch nicht die des Bezirksvorstandes. Sie war es wohl auch schon vor der Wahl, aber das mag dahingestellt bleiben; ursächlich für die Unterlassung waren übrigens auch Rivalitäten persönlicher Art. Die Lehre, die aus allen Adenauerwahlen zu ziehen war, hat sich auch bei dieser Wahl bestätigt, nämlich, daß der Name der Partei allein und ihr Programm nicht zugkräftig genug sind, um eine Parlamentswahl zu gewinnen, sondern daß die Mehrzahl der Wähler den Mann präsentiert haben will, dem die Partei nach ihrem Wahlsieg die Führung der Regierung anvertrauen möchte.

Mit einem gewissen Vorbehalt kann man sagen, in der Bundesrepublik und in ihren Ländern ist unter den Verhältnissen, so wie sie sich seit 1950 entwickelt

haben, die Persönlichkeitswahl auf die Wahl eines Führers zusammengeschrumpft.*)

Die Ursachen dafür können im Rahmen dieses Beitrages nicht eingehend erörtert werden, angedeutet sei nur: sie wurzeln im „Dritten Reich", sind nach dem Zusammenbruch von Schumacher und stärker noch von Adenauer gepflegt worden, und die Parteien haben sie dadurch weiter wuchern lassen, daß sie es unabhängigen Frauen und Männern in ihren Reihen nicht leicht machen, als Abgeordnete sich als Vertreter des ganzen Volkes zu fühlen, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen zu sein — wie es so schön, aber „verfassungswirklichkeitsfremd" im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und in der Verfassung des Landes Baden-Württemberg bestimmt ist.

Doch wenn auch das Verhältnis zwischen den Parteien und ihren Abgeordneten dem Artikel 38 des Grundgesetzes besser entspräche, als es in unserer „Verfassungswirklichkeit" der Fall ist, und wenn infolgedessen sich mehr unabhängige Männer als bisher zur Wahl stellten, bliebe es fraglich, ob in der Regel ihren Gegenkandidaten überlegene Persönlichkeiten in den Wahlkreisen gegen die Partei des herausgestellten und sie verkörpernden zugkräftigen Führers aufkämen. Unter dessen Schutzmantel schlüpft gar mancher ins Parlament und läßt den besseren Mann draußen. Denn die meisten nicht parteigebundenen Wähler geben ihre Stimme eben der Partei, deren Führer sie für den geeignetsten Bundeskanzler oder Ministerpräsidenten halten, ohne die Kandidaten ihres Wahlkreises nach politischen Fähigkeiten und menschlichen Eigenschaften gegeneinander abzuwägen. Das ist im Bund immer so gewesen und wird wohl auch so bleiben.

IV.

In den Bundesländern, jedenfalls im Bereich des jetzigen Landes Baden-Württemberg, zu dem sich die drei von den Besatzungsmächten gebildeten Länder Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern zusammengeschlossen haben, war der Übergang von der repräsentativen zur plebiszitären Wahl nicht so deutlich. Das hat sich bei der stets ins Auge fallenden Verschiedenheit in der Zahl der Stimmen, die bei Bundestags- und Landtagswahlen die einzelnen Parteien erhielten, gezeigt. Der Trend, daß Landtagswahlen zur Bundeswahl werden, ist zu bedauern. „Im Gegenteil", wird jetzt mancher dazu sagen, „nur auf diesem Wege kommen wir — um auf ein besonders wichtiges Gebiet hinzuweisen — zu einer einheitlichen Schul- und Kulturpolitik im Bunde. Und nur so werden mit der Zeit die zwischen Bund und Ländern immer wieder entstehenden Reibungswiderstände bei der Durchführung wichtiger Aufgaben verschwinden". Das mag sein. Es ist zuzugeben, daß die Länder, die zwar Staaten im Sinne des Staatsrechts sind, praktisch aber in erster Linie Verwaltungsgebiete, wie das in der Proklamation Nr. 2 der amerikanischen Militärregierung vom 19. 9. 1945 mit unbekümmerter Gleichgültigkeit gegen staatsrechtliche Begriffe ausgesprochen wird, sich auf ihren Rang als Staaten öfter als notwendig berufen. Ein kleines, aber bezeichnendes Beispiel dafür ist es, wenn die Minister der Länder den stolzen Titel „Staatsminister" führen, statt sich mit der Bezeichnung „Landesminister" zu begnügen, die man nach dem Grundgesetz erwarten sollte, das vom Bund und von Ländern und von „Bundesministern" spricht. Aber die Gefahr einer durch

*) Ausnahmen gibt es natürlich. Die auffallendste und wohl im Grunde einzige bei der Landtagswahl vom 26. 4. war die Wahl des der FDP/DVP angehörigen Finanzministers Dr. Müller im Wahlkreis Crailsheim.

den aufgezeigten Trend drohenden völligen Gleichschaltung der Länder und einer dadurch eintretenden Einförmigkeit unseres politischen Lebens wiegt schwerer als die erwähnten Schwierigkeiten.

Artikel 21 des Grundgesetzes bestimmt: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit." Das ist, an der Wirklichkeit gemessen, eine rührend hilflose Feststellung. Die Parteien wirken nicht bloß mit, sondern sie haben das entscheidende Wort. Der an Aufträge und Weisungen nicht gebundene, angeblich nur seinem Gewissen unterworfene Abgeordnete ist vom Repräsentanten des Volkes immer mehr zum Parteifunktionär geworden. Das ist heute ein öffentliches Geheimnis. Diese Entwicklung ging im Bunde rascher vor sich als in den Ländern.

Werden die Landeswahlen zu Bundeswahlen, d. h. immer mehr von den Bundeszentralen der Parteien gesteuert, so muß das mit der Zeit zur Aushöhlung des im Grundgesetz festgelegten föderalistischen Prinzips führen. Das ist nicht gut. Auch wenn die Länder ihren Aufgaben nach in erster Linie Verwaltungsgebiete sind, sollte innerhalb ihres Aufgabengebietes schon um der Machtteilung willen ihre eigene nicht abgeleitete Staatsgewalt erhalten bleiben. Wenn sich die Stimmen gegen den Föderalismus mehren, so mag das mit an den Verfassungen der Länder liegen. Sie sind — wenn auch nicht alle zeitlich, so doch inhaltlich — mehr oder minder Abklatsch des Grundgesetzes. Für große Verwaltungsgebiete, wie es die Länder sind, bestehen nicht in jeder Hinsicht die gleichen verfassungsrechtlichen Erfordernisse wie für den Bund. Für diesen, in dem die außenpolitischen, sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen zu treffen sind, über die zwangsläufig weitgehend verschiedene Auffassungen bestehen müssen, ist ein parlamentarisch demokratisches System mit einem im Grunde allein verantwortlichen Regierungschef, der die Richtlinien der Politik bestimmt, mit konstruktivem Mißtrauensvotum, mit Regierung und Opposition das Richtige. Ob aber auch für die Länder, ist doch sehr fraglich. Eine solche Gleichförmigkeit der verfassungsrechtlichen Stellung und Befugnisse verführt manchmal dazu, die Bedeutung der Länder und ihrer Regierungschefs überzubetonen. Wozu bei ihnen für den Vorsitzenden des Ministerrats das Recht, die Richtlinien der Politik zu bestimmen? Wäre für sie nicht eine Regelung besser, wie sie in der Schweiz besteht? Wahl der Regierung durch das Parlament auf eine Reihe von Jahren; kein Regierungschef, sondern ein Vorsitzender, der im Turnus abgelöst wird (Direktorialsystem), kein Recht für ihn, Richtlinien der Politik zu bestimmen, Ausscheiden der gewählten Minister aus ihren Fraktionen. Und sollten sich die Länderparlamente und ihre Regierungen nicht etwas mehr mit den Vertretungen und der Leitung der ihnen nachgeordneten Gebietskörperschaften vergleichen als mit dem Bundestag und der Bundesregierung und daher wie jene die Trennung der Volksvertretung in Regierungsparteien und Opposition nicht grundsätzlich für erforderlich halten?

Ein solches System könnte der sachgemäßen Parlaments- und Regierungsarbeit nur förderlich sein, und zwar nicht nur in den Ländern, sondern durch die Mitentscheidungsbefugnis ihrer Regierungen im Bundesrat auch im Bund.

Wie so oft, wird eine Lösung anstehender Probleme erschwert oder hinausgeschoben mit dem Einwand, ja, das muß politisch entschieden werden. Es wird nicht behauptet, politische Entscheidungen könnten nicht sachlich sein. Wir möchten gerne annehmen, daß „politisch" und „sachgemäß" in den meisten Fällen zusammentrifft. Aber manchmal, gerade auch bei wichtigen außenpolitischen Fragen, ist man versucht zu sagen, „politisch entscheiden" und „unsachgemäß handeln" sei gleichbedeutend.

Die in unseren Parlamenten vertretenen Parteien sind fühllos gegen die ihnen

drohende Gefahr der Erstarrung. Sie sind zuviel mit sich selbst, mit ihrem Kampf gegeneinander und ihrem Werben um die Gunst des Wählers beschäftigt. Auch ist es mit den demokratischen Grundsätzen, denen ihre innere Ordnung entsprechen sollte, nicht immer zum besten bestellt, und nach der öffentlichen Rechenschaft über die Herkunft ihrer Mittel fahndet der wißbegierige Journalist und Bürger vergebens. All das hat dazu geführt, daß in der Bundesrepublik — wie Professor Rasch*) mit Recht feststellt — Gemeinschaftsaufgaben trotz ständig steigender Einnahmen der öffentlichen Hand bisher in sträflicher Weise vernachlässigt worden sind.

V.

Die Landtagswahlen als Testwahlen für die Bundestagswahl werten, den Wahlkampf in den Ländern mit Bundesanliegen und mit Bundespolitikern führen, den Bundesparteiführer oder den Kanzler herausstellen — was bei Bundestagswahlen ruhig geschehen soll —, muß zur unerwünschten Gleichschaltung der Landesparlamente mit dem Bundestag und dadurch zur weiteren Erstarrung der Parteien führen und nicht wenige fähige Frauen und Männer mit eigenem Urteil und Unabhängigkeitsgefühl davon abhalten, sich um einen Sitz im Landesparlament zu bewerben.

Für die Wahlen zu den Länderparlamenten sollten, wenn nicht ausschließlich, so doch in allererster Linie die landeseigenen Probleme maßgebend sein, und die Bundespolitiker sollten sich zurückhalten und den Wahlkampf den Landespolitikern überlassen, die in ihm Rechenschaft über die Arbeit des Landtags der zu Ende gehenden Legislaturperiode zu geben, die Aufgaben zu zeigen, die des zu wählenden Parlaments harren, und darzutun haben, welche Lösung sie dafür vorschlagen. Dabei wird sich zeigen, daß die Gegensätze zwischen den Parteien im Lande bei weitem nicht das Gewicht haben wie im Bund.

Und noch zwei Überlegungen legt die letzte Landtagswahl vor der Bundestagswahl 1965 nahe. Wäre es nicht an der Zeit, die Fünf-Prozent-Klausel in allen Wahlgesetzen zu beseitigen? Das Auftreten verfassungsfeindlicher Parteien kann durch das Bundesverfassungsgericht und die Exekutive ja verhindert werden. Und die Gefahr, daß durch die Entstehung weiterer Parteien die Bildung arbeitsfähiger Regierungen erschwert oder unmöglich gemacht würde (wie in der Weimarer Republik), besteht keineswegs, zum mindesten ist sie verschwindend gering gegenüber der Gefahr, die von der Erstarrung der Parteien, ihrer durch die erreichte Monopolstellung hervorgerufenen Selbstsicherheit und sich öfter zeigenden Überheblichkeiten unserer freiheitlichen, demokratischen Ordnung droht.

Und schließlich muß gerade, um diese Gefahr zu bekämpfen, das vom Grundgesetz auch zur Ausführung des Absatzes 1 seines Artikels 21 verlangte Parteiengesetz endlich erlassen werden.

Verzicht auf die Gleichschaltung von Landeswahlen und Bundeswahlen, Erleichterung der Persönlichkeitswahl auch für die Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen, Aufstellung der Landeslisten nach Kenntnissen und Fähigkeiten der Kandidaten und nicht nur nach Parteiverdiensten, Parteiengesetz, und schließlich Beseitigung der Fünf-Prozent-Klausel sind zwar keine Allheilmittel, aber sie können wichtige Hilfen zur Auflockerung unseres verstockten, eintönigen politischen Lebens geben, ihm mehr Frische und Farbe verleihen, sowie zur größeren Aufgeschlossenheit gegenüber den für unser Volk lebenswichtigen außen- und innenpolitischen Aufgaben beitragen.

*) Harold Rasch: „Die Bundesrepublik und Osteuropa" (S. 110 ff.), Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Dr. iur. Hermann Etzel

Una Sancta Ecclesia?

Kaleidoskop der Religionssysteme

Es gibt eine ganze Anzahl von Weltreligionen. Ihre Geschichte und die Systeme ihrer Dogmatik und Ethik sowie die Gestaltung von Kult, Liturgie und Organisation sind vielfältig. Ihre Entstehung und Entwicklung zeigt keine Gesetzmäßigkeit. Die Spannweite ihrer theologischen Substanz reicht vom Pantheismus und Panentheismus über den Polytheismus und Monotheismus bis zum Deismus. Ursprung und Grundlage der Religionen mag ein den Menschen eingeborenes Wissen um ihre kreatürliche Abhängigkeit von einer vermuteten oder geahnten übersinnlichen Macht und existentialische Furcht vor ihr, kann aber auch ein Gefühl ehrfürchtiger Ergriffenheit oder das Ergebnis einer rational-spekulativ gewonnenen Schlußfolgerung sein. Diese kaum lösbare Frage soll hier auf sich beruhen.

Es gibt Religionen, die Jenseitiges in den Erscheinungen der Natur und den Abläufen der Geschichte erschauen und erlauschen möchten (Naturreligionen), und solche, die auf Lehren und Verkündigungen von Religionsstiftern zurückgehen. Diese behaupten in der Regel, von der sich in ihnen offenbarenden Gottheit erweckt und gesandt zu sein (geoffenbarte Religion). Nie entsteht eine Religion plötzlich, übergangslos, sondern ist das Ergebnis des Zusammenwirkens einer langen Kette geschichtlicher und geistiger Kräfte und Gegebenheiten in bestimmten Kulturkreisen und geopolitischen Räumen, ist Ausdruck und Teil einer existentiellen Gesamtlage, die darauf hindrängt und sich dann vielleicht in der Persönlichkeit eines Religionsstifters konzentriert, aktualisiert und spontan entlädt. Im Mittelpunkt der in Mysterien wurzelnden und von ihnen ausgeprägten Heilsreligionen stehen göttliche Persönlichkeiten, die als Heilande, Erlöser, Seligmacher stellvertretend für die Menschen auf Erden wandeln, leiden und sterben, aber auferstehen und am Ende der Tage wiederkehren zum Weltgericht. Andere, wie der Buddhismus, erblicken ihre Hauptaufgabe in der für andere aufopfernden Gestaltung des Lebens, die zur Selbsterlösung, einem Zustand seliger Ruhe im Nirwana, führt. Auch im äußeren Aufbau bieten die Religionen eine kaleidoskopische Vielfalt: lockere, lose Gemeinschaften und straffer organisierte, hierarchisch gegliederte Frei-, Konkordats- und Staatskirchen, nationale und supranationale, universale Kirchen.

Alle Religionen streben nach Verbreitung, die einen mit friedlich-missionarischen, die anderen mit militanten oder sogar kriegerischen Mitteln. Im Laufe der Zeit und im gegenseitigen Wettbewerb, von dem Einflüsse herüber und hinüber gingen, haben sich die geistigen Gehalte und weltlichen Ausprägungen wie auch die Verbreitungsgebiete der Religionen beträchtlich geändert. In ihrem Innern gab es Varianten, Richtungskämpfe, Reformismus, Spaltungen und Gegenreformismus. Der Buddhismus spaltete sich in den südlichen, der integral an Buddhas Originallehre festhält, also die Existenz Gottes und einer persönlichen Seele verneint, und den nördlichen, der diese Existenz bejaht und Vorstellungen über ein jenseitiges Paradies entwickelt hat. In seinem Geburtslande Indien wurde der Buddhismus durch den dort wiederhergestellten Brahmanismus (Gott als das unpersönliche und unwandelbare Eine, differenziertes Kastenwesen, Seelenwanderung, Vorrang der Priesterschaft) verdrängt. Umgekehrt mußte die japanische Nationalreligion des Schintoismus (Naturreligion, Ahnen- und Heldenkult, Tennoismus) vor dem Buddhismus mehr und mehr zurückweichen. Neuerdings tritt dieser auch im Westen auf. Die Anhänger des monotheistischen Islam teilten sich

während der Kämpfe um das Kalifat in die Mehrheit der Sunniten und die Minderheit der Schiiten. Die Wahhabiten sind eine streng integrale Sekte des Islam.

Die christliche Kirche wurde 1054 in die katholische und die morgenländischen oder griechischsch-orthodoxen gespalten. Nur Splitter der morgenländischen Kirchen sind als unierte Orientalen nach Rom zurückgekehrt. Mit dem Anbruch der Neuzeit, an deren Schwelle Humanismus und Renaissance standen, erblühte in Europa eine weltliche Geistigkeit. Die Phase der mittelalterlichen Kirche, die alle menschlichen Bereiche durchdrungen und beherrscht hatte, ging zu Ende. In den bei dieser Umwälzung seit 1517 einsetzenden Reformationsbewegungen trennten sich von der katholischen Kirche die evangelische mit ihren Zweigen, der lutherischen und der reformierten Kirche, und 1534 die englische protestantische Staatskirche. Zahlreiche Freikirchen und religiöse Sekten entstanden, besonders in England und Nordamerika: die protestantischen Freikirchen der Methodisten und der Brüdergemeine (Zinzendorf-Herrnhut), die Freikirche der Heiligen der letzten Tage (Mormonen), die christlichen, evangelischen oder allgemein-religiösen Gemeinschaften der Adventisten, Baptisten, Altkatholiken, Mennoniten, Zeugen Jehovas.

Antike Mysterienreligionen

So versucht die Menschheit in ihrer seelischen Not und Ratlosigkeit, „den Weg, die Wahrheit und das Leben" zu finden. Es herrscht weitgehender Pluralismus. Wer hat recht? Alle Möglichkeiten des Irrtums und der Vergeblichkeit sind offen. Die reichsten und mächtigsten Religionsströme kamen von Osten. Geistig umgestaltend überfluteten sie den Westen seit jenem denkwürdigen 5. April des Jahres 205 v. Chr., an dem der orgiastische Mysterienkult der kleinasiatischen Naturgöttin Kybele als Magna Mater unter Wolken von Weihrauch auf dem Palatinischen Hügel einzog. Andere orientalische Gottheiten folgten: die ägyptischen Isis, Osiris, Serapis, die kleinasiatischen Attis und Sabazios, der syrische Adonis, der auch in Bethlehem einen Tempel hatte, der persische Mithras, die judäischen Jahve und Christus. So wurde das antike Rom zu einem von religiöser Heißluft und Hysterie erfüllten Weltzentrum. Besondere Bedeutung erlangte dort der Kult der Muttergottheit Isis-Demeter und des Vatergottes Mithras. Diese persische Religion feierte ein von Mithras-Helios bei seinem Abschied von der Erde eingesetztes mystisches Mahl mit Brot und Wasser, später Wein, die sogenannte mithräische oder mazdäische Messe; sie heiligte den Sonntag und beging ihr Hauptfest am 25. Dezember, um dessen Mitternacht im Osten das Sternbild der Jungfrau aufgeht. Zwischen Mithras und Helios bestand ein Gottvater-Gottsohn-Verhältnis, aber beide waren zugleich Eins. Der eingeweihte Gläubige, der Myste, befand sich dem Gott Mithras gegenüber im Stande der Gotteskindschaft. In der römischen Wehrmacht und Beamtenschaft hatte die Mithrasreligion überaus zahlreiche Anhänger, besonders im Besatzungsgebiet des Limes. Auch Julian Apostata war Mithraist. Im wiederhergestellten Römerkastell Saalburg (Taunus) gibt es ein Mithräum. „Wäre das Christentum in der Anfangsphase seines Wachstums von einer tödlichen Krankheit befallen worden, dann wäre die Welt heute wahrscheinlich mithraistisch", meint der Religionsforscher Ernest Renan in seinem vielgelesenen „Leben Jesu". Die Ähnlichkeit zwischen der lange vor Christus entstandenen Attisreligion und dem Christentum war so groß, daß, wie Augustinus erzählt, ein Attispriester ausrufen konnte: „Der Attisgläubige ist ja auch ein Christ!" Bei der Phrygischen Kommunion des Attis gab es Speise in der Gestalt eines Fisches (vergleiche das Christusmonogramm ichthys: Jesus Christus theou hyios soter). Der Oberpriester des Attis in Rom führte den Titel papas und trug die Kopfbedeckung der altpersischen Könige, die Tiara. Die höchste Kultstätte des

Attis in Rom, das Phrygianum, befand sich auf dem Palatinischen Hügel an der Stelle, wo heute die Peterskirche steht.

Ursprung des Christentums und Paulinismus

Auch die christliche Lehre ist eine Mysterienreligion. Es ist aber sehr unwahrscheinlich, daß der in den Evangelien des Matthäus, Markus und Lukas nur unklar, mythisch überlieferte Messias Jesus eine neue Religion oder gar eine Weltkirche wollte. Offenbar erstrebte er nur ein bekehrtes, frommes Judentum und eine reformierte Synagoge. Er dachte eschatologisch und hielt irrtümlich das Weltende und den Anbruch des Gottesreiches für bevorstehend. Auch das erste christliche Konzil, das der christlichen Urgemeinde in Jerusalem, an dem Petrus und Jakobus der Ältere teilnahmen, ging von dieser Auffassung aus. Aber da kam aus dem kleinasiatischen Südosten der zum Paulus gewandelte Saulus. Was ihm auf der Reise nach der Oasenstadt Damaskus im Antilibanon widerfuhr, ist Sache phantasievoller Legende, der es obliegen würde, für einwandfreie Dokumentation zu sorgen, mag eine jenseitige Intervention, eine visionäre Erleuchtung oder ein akuter neuro-psychiatrischer Anfall (morbus sacer) angenommen werden. Tatsächlich ist Paulus der eigentliche Stifter der christlichen Religion und Initiator des Gedankens der Weltkirche, der über die Enge nur einer reformierten Synagoge hinausgriff. Denn er war ein gebildeter und gewitzter Jude aus Tarsos, der Hauptstadt Ziliziens, eines Schnittpunktes zwischen griechischer und vorderorientaler Geistes- und Kulturwelt. Es ist anzunehmen, daß er, des Griechischen und Hebräischen kundig, die Mysterienreligionen um das östliche Mittelmeer, vermutlich auch die Orphik und die Lehren und Ordensregeln der Essener in Qumran, kannte. In Tarsos selbst genoß der hethitische Mysteriengott Sandon besondere Verehrung. Auch er wurde aus einer Jungfrau geboren und von Hirten angebetet, mußte leiden und sterben, konnte aber auferstehen und in den Himmel zurückkehren, von wo er zum letzten Gericht kommen sollte.

Paulus, die Damaszenerklinge Gottes, war die stärkste geistige Potenz der ersten Garnitur, die Seele des Betriebs, der Vorkämpfer und Träger der Heidenmissionierung in Kleinasien, Athen und Korinth. Von ihm ging die Initialzündung des Christentums aus, das, aus jüdischer Wurzel erwachsend, sich mit wesentlichen Elementen archaischer Mythologien und antiker Mysterienreligionen verband und anreicherte. Dogmenfreie Religionswissenschaft weiß längst, daß, „historisch gesehen, das Christentum keine von Jesus gegründete und von dessen Jüngern verbreitete Religion, sondern die Weiterentwicklung eines Zweiges des Judentums zu einer Religion ist, die sich mit anderen Religionen der heidnischen Umwelt vermischte und sich daraufhin im Laufe einer natürlichen Evolution zu dem variantenreichen System entfaltete, das wir heute mit Christentum bezeichnen" (A. Powell Davies, Der Fund von Qumran). Die Auffindung des Klosters, der Bibliothek und der Schriftrollen der gesetzestreuen jüdischen Sekte von Qumran bestätigen diese These. Die sensationellen Funde werfen ein neues Licht auf die Entstehung des Christentums. Sie sind ein weiterer Beweis gegen den Anspruch auf Originalität der Ursprünge und Grundlagen des frühen Christentums. Das Haupt der Sekte war ein „Lehrer der Rechtschaffenheit", der im Wettbewerb und Widerstreit mit dem kriegerisch-brutalen Priester-König Alexander Jannäus als der wahre Hohepriester von Israel auftrat und sich in der Folge sogar als Priester-Messias ausgab. Der Hohepriester war geistlicher und weltlicher Führer der israelischen Nation. Für zwei solche Oberhäupter gab es dort keinen Platz. So sah Alexander in dem essenischen Lehrer, obwohl diesen offenbar nur die geistliche Seite und Funktion des hohen Amtes interessierte, einen politischen Rebell. Er ließ ihn grausam kreuzigen. Diese Todesart hatte er von

seinen heidnischen Söldnern gelernt. Die Frage der Identität zwischen dem Essener und Jesus bedarf einer besonderen kritischen Darstellung.

Es ist müßig, darüber nachzudenken, welchen Weg die Geschichte allgemein und das Christentum im besonderen genommen hätte, wenn sich der Arianismus oder der Gnostizismus durchgesetzt hätte, die Christianisierung der germanischen Stämme und Reiche fehlgeschlagen wäre oder der Islam bei den türkischen und arabischen Invasionen in Europa über das Christentum triumphiert hätte. Das alles war nach dessen überraschend erfolgreichem Start. Was aber wäre gewesen, wenn den Römern nicht die Besiegung des pontischen Königs Mithridates und nicht die Niederwerfung Karthagos geglückt wäre, wenn insbesondere dem Hannibal bei Zama ein zweites Cannae gelungen und Italien punisch, also afrikanisch geworden wäre? Dann wäre das Christentum wohl kaum in die Lage gekommen, sich des römischen Staates zu bemächtigen, und es hätte kein konstantinisches Toleranzedikt und keine Erhebung der christlichen Lehre und Liturgie zur Reichsreligion gegeben. Die Geschichte der Menschheit wäre völlig anders verlaufen.

Christliche Macht- und Besitzkirche

Die christliche Kirche hat sich im Lauf der Jahrhunderte weit von dem Urchristentum, seiner Armut, Einfachheit, Schlichtheit und Glaubwürdigkeit entfernt. Vom Römischen Reich angesteckt, in seiner Organisationskunst und Methode geschult und von der Rolle verlockt, seine Nachfolgerin zu werden, entwickelte sie sich schon frühzeitig zur exklusiven Macht- und Besitzkirche, handhabte geschickt, konsequent und erfolgreich das Instrumentarium der Politik und schwang die schwere Zuchtpeitsche des Kirchenbanns. Konstantin I. und Theodosius I. waren ihre ersten Vollstrecker und Werkzeuge, die Karolinger ihre großzügigen Erstausstatter (Pippinische und Karolingische Schenkung). Mit den Erfolgen wuchs der Appetit. Bald trat der Maximalismus der Kirche unverhüllt hervor. Listige Fälschungen sollten den Primatsanspruch der Päpste vorbereiten und legalisieren. Aus dem 8. Jahrhundert stammt die Konstantinische Schenkung, eine gefälschte Urkunde, in der Konstantin I. dem Papst Silvester I. und seinen Nachfolgern angeblich die Herrschaft über Rom und das weströmische Reich zugestand. Nicht weniger schwerwiegend und folgenreich waren die kirchenrechtlichen Fälschungen der Pseudoisidorischen Dekretalen des 9. Jahrhunderts, aus denen die Päpste ebenfalls ihren Anspruch auf weltliche Sendung und Besitzungen bis auf Konstantin I. zurück ableiteten.

Das mit der Kaiserkrönung Ottos I. begonnene Heilige Römische Reich Deutscher Nation sollte die Fortsetzung des römischen Kaiserreichs sein und zugleich eine Symbiose zwischen Papst und deutschem Herrscher in der Weise verwirklichen, daß letzterer allein zur Kaiserkrone, der Papst allein zur Krönung und Rom als Krönungsstätte berechtigt sein sollte. Indes entwickelten sich in dieser Symbiose alsbald Kämpfe und Rivalitäten, weil die Päpste die Oberherrschaft, also den Vorrang der geistlichen vor der weltlichen Gewalt für sich verlangten. Mit Gregor-Hildebrand fing es an, unter Innozenz III., dem mächtigsten Papst des Mittelalters, und Innozenz IV. erreichten die Rivalitätskämpfe Höhepunkte. Bonifaz VIII. forderte in der Bulle Unam Sanctam Ecclesiam nocheinmal die Unterordnung des Staates unter die Kirche. Der Papst allein sollte als Souverän berechtigt sein, zwei Edelmetalle, Gold und Silber (daher gelb-weiße Kirchenfarbe), im Wappen zu führen. Nach Karl V. fand keine Kaiserkrönung mehr durch den Papst statt. Aber bis 1870 konnte das Papsttum an dem Großteil seiner weltlichen Usurpationen festhalten.

Die christliche Kirche hat die Krisen und Spaltungen, die Reformation und die Aufklärung überstehen können, auch den Nazismus. Seit Leo XIII. ist das An-

sehen der Päpste gewachsen. In den Lateranverträgen erhielten sie die Staatshoheit über die Vatikanstadt. Durch organisatorische Maßnahmen, unmittelbare Einmischungen in Politik und Parteipolitik und durch den Abschluß von Konkordaten und Staatskirchenverträgen haben christliche Bekenntnisse im Westen ihre äußere Stellung gefestigt. Die Bevölkerungen haben sie mit zahllosen Einrichtungen, Zellen und Vorwerken durchsetzt und sich riesige Einkünfte und Vermögensmassen in erster und zweiter Hand gesichert. Die Grenze des Mammonismus ist überschritten. In Westdeutschland herrscht evangelisch-katholischer Proporz. Die außerkatholischen christlichen Bekenntnisse haben sich in einer ökumenischen Bewegung zu einem Weltkirchenrat zusammengefunden. Gleichwohl sind die Perspektiven des Christentums nicht rosig. Es besteht Gefahr von außen und Reformdruck von innen.

Gefahr und Reformdruck
Das II. Vatikanum und seine Problematik

Der christlichen Missionierung feindliche Völker von größter Fruchtbarkeit steigen auf. Der Islam dringt wieder vor. Die Geburtsstätte und Hauptmacht des Weltkommunismus, die Sowjetunion, zieht der Kirche Grenzen. Die farbigen Völker identifizieren das Christentum mit dem Kolonialismus. In Südvietnam erscheint der Katholizismus kompromittiert. Wegen der Diskriminierung der evangelischen Bekenntisse in Spanien, Kolumbien und anderen Ländern hat seine Glaubwürdigkeit gelitten. Schon haben sich einige spanische Bischöfe gegen die beabsichtigten Erleichterungen in der Religionsausübung der spanischen Protestanten gewandt und mit dem Ausbruch eines „geistigen Bürgerkriegs" gedroht. Der Bischof der Kanarischen Inseln scheute sich nicht, in einem Hirtenbrief die Gläubigen aufzufordern, dafür zu beten, daß den Protestanten in Spanien die freie Religionsausübung auch weiterhin versagt bleibe. Konkordatskirchen mit zu engen Verbindungen zu Staat und Politik erleiden Einbußen ihrer Integrität und übernehmen Funktionen einer Militärkirche. Die Losung „Heraus aus dem Turm!" beschleunigt die Verweltlichung. Heilige Messen in Zirkussen oder anderen profanen Räumen sind Routinehandlungen, die der sublimen Atmosphäre einer Mysterienreligion entbehren. Die Ausbildung von Geistlichen zu Zauberern für Aufklärungszwecke ist befremdend. Die Führung einer kanadischen Eishockeymannschaft bei internationalen Wettkämpfen durch einen Pater ist verfehlt. Die öffentliche Patronage krimineller Boxer durch katholische Geistliche („I like Sonny") ist anstößig. Anglikanische Geistliche, die öffentlich twisten oder in Lokalen zum Tanz aufspielen, sind peinliche Fehlerscheinungen ihrer Kirche. Ärgerniserregende Skandalaffären von Klerikern machen die Öffentlichkeit stutzig.

Vor allem ist die allgemeine geistige und moralische Entwicklung den Konfessionen nicht günstig. Sie führt nicht zu ihnen hin, sondern von ihnen weg. Materialismus, Skeptizismus und religiöse Gleichgültigkeit breiten sich aus. Der Papst selbst gab dieses zu. Die Zeit sei, klagte er, durch große moralische Müdigkeit gekennzeichnet. Die Ideale seien in einer Krise und durch Nützlichkeitserwägungen erzetzt. Der Geist scheine in Zweifel und Verwirrung verstrickt. Für Autorität und Dogmatik habe die Welt von heute nichts übrig. Es herrsche die Furcht, daß die Dinge sich noch weiter verschlechtern. Ohne innere und äußere Erneuerung der Kirche werde das religiöse Leben nicht in großem Umfang überdauern (Paul VI. vor Fastenpredigern und vor der italienischen Bischofskonferenz).

In dieser Lage hat die römische Kurie durch die Einberufung des II. Vatikanums so etwas wie eine ökumenische Anwandlung, allerdings unvorsichtig mit

dem voreiligen Akzent einer Una Sancta, erkennen lassen. Aber schon nach nur zwei Sessionen ist Frühreif auf die hoffnungsvoll begonnene Veranstaltung gefallen. Das Konzil wird scheitern, wenn nicht volle Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit, konkrete Problemstellung und nüchterne Beurteilung der Möglichkeiten und Grenzen die Regie führen. Es würde zu einer Versammlung für eine Reform der katholischen Kirche schrumpfen, wenn der ökumenische Brückenschlag mißlänge. Es wird sich als entscheidend erweisen, wie die Richtungskämpfe verlaufen, wie weit also die reformerischen Kräfte der Romkirche, auf der die schweren Schatten der italienischen Staats- und Gesellschaftkrise lasten, gehen und sich gegenüber den Ottavianis durchsetzen können.

Der Legalismus und Dogmatismus Roms und der päpstliche Primat sind schwere Hindernisse. Die Frage ist, ob überhaupt eine ökumenische Bereitschaft der Kurie zu einem echten Pluralismus in der einen Kirche besteht. Ihre Beantwortung ist nicht zuletzt für das Problem der Annäherung der Ostkirche bedeutungsvoll, die jede „Unterwerfung" unter den Papst ablehnt. Grundsätzlich ist zu bezweifeln, ob eine Übereinstimmung im Glauben, im Kultus, in den Ämtern und eine Zusammenarbeit in der Seelsorge denkbar sind. Dies gilt auch für die Mischehen- und Missionspraxis, die katholische Wiederholung der Taufe bei Glaubensübertritten und die Probleme der Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die katholische Kirche wird sich nicht länger als Nachfolgerin des römischen Kaiserreichs fühlen dürfen und dem Geist der Gegenreformation abschwören müssen. Die notwendige Auflockerung der päpstlichen Zentralstellung durch Einführung der Kollegialität der Bischöfe und Bischofskonferenzen hätte auch ihre ökumenische Seite.

Das Konzil krankt an einer Überdosierung der Zielsetzung und einer Überfülle von Problemen. Es ist in sich sowie im Volk und Klerus nicht gründlich genug vorbereitet. Entschieden ist bis jetzt nichts, alles noch in der Schwebe. Die orthodoxen Kirchen sind über das Gespräch mit der katholischen Kirche noch uneins. Sie sind höchstens zu einem „Dialog auf gleicher Ebene" bereit. Um sie geneigt zu machen, hat sich der Papst einige entgegenkommende Gesten einfallen lassen: Er hat die römischen Patriarchenstellen im orthodoxen Gebiet abgeschafft und will das in der Peterskirche aufbewahrte Haupt des Bruders des Petrus, des russischen Schutzheiligen Andreas, den Griechen zurückgeben. Jetzt soll eine von Konstantinopel angeregte panorthodoxe Konferenz eine Klärung bringen, für die aber trotz der russischen Aufnahme von Kontakten nach Rom nichts vorausgesagt werden kann. Überdies ist das Ökumenische Patriarchat von Istanbul infolge des Zypernkonflikts in eine existentielle Bedrängnis geraten und Athenagoras erkrankt. Auch die evangelischen Bekenntnisse sind sich noch nicht einig, doch überwiegen in ihnen offenbar die kritischen Stimmen. Bischof Dietzfelbinger mahnte vor der bayerischen Landessynode zur Zurückhaltung. „Der Ruf zur Heimkehr in das römische Vaterhaus lockt uns nicht", sagte er und lehnte eine allchristliche Konferenz unter Vorsitz des Papstes ab. Er beanstandete die Aufrechterhaltung einer päpstlichen Instruktion von 1949, die als Ziel die Wiedervereinigung mit Rom aufstellte, kritisierte die unökumenische katholische Praxis gegenüber den Mischehen und forderte die evangelischen Gläubigen auf, das Trennende nicht zu verschweigen. „Der Reformierte Weltbund, zu dem auch die kirchliche Gemeinschaft der Presbyterianer gehört, wünscht auf keinen Fall, nach Rom zurückzukehren", erklärte dessen Generalsekretär kurz und bündig. Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) hat formell vor einer voreiligen und trügerischen Verharmlosung der Lehr- und Glaubensunterschiede gewarnt und sich gegen die Einladung zur „Rückkehr in die Hürde Roms" gewandt. Eine Glosse des „Evangelischen Boten" polemisierte gegen eine Ansprache des Papstes in Bethlehem, in der er den „Christus der Kirche von Rom" anrief.

Auch auf katholischer Seite rührt sich Kritik. Die Jesuitenzeitschrift „Stimmen der Zeit" wandte sich scharf gegen die Verfahrensweise des Konzils. Ferner rügte sie, daß die grundlegenden Reformen in der katholischen Kirche immer noch nicht erfolgt seien. Trotz der vielen Reden von der Kirche der Armut und einem neuen Stil der Nüchternheit und Sachlichkeit sei man noch weit von einer glaubwürdigen Repräsentation der Kirche in der heutigen Welt entfernt. Der Pomp des päpstlichen Hofstaates sei unverändert, Titel, Würden und Insignien der Kardinäle, Bischöfe und Prälaten seien geblieben. Der Triumphalismus der Kirche sei noch nicht verschwunden. Der Leiter der römischen Zentralredaktion der katholischen Agenturen bezeichnete öffentlich den übermäßigen Ornat als „kirchliche Reizwäsche" und den Aufbau der Kurie als „Wasserkopf". „Der deutsche Katholizismus hat vor seinem bürgerlich-bäuerlichen Milieu kapituliert und ist unfähig, eine Vorstellung vom Christentum zu entwickeln, die in der Gegenwart einen sinnvollen Platz hätte" (Karl Amery in seinem Buch „Die Kapitulation oder Deutscher Katholizismus heute").

Es entsteht der Eindruck der Sackgasse. In einem solchen Hauptanliegen der Menschheit kann nichts durch Schwärmerei oder Überrumpelung erreicht werden. Die psychologische Ausgangslage ist offensichtlich falsch eingeschätzt worden. Jetzt scheint es nur noch darum zu gehen, sich des Konzils auf eine nicht allzu schmerzliche Weise zu entledigen. Tatsächlich sind keine wirklichen ökumenischen Lösungen sichtbar. Die Bildung eines neuen vatikanischen Sekretariats für die Beziehungen mit Nichtchristen (Moslems, Buddhisten, Hindus und kleinere nichtchristliche Gemeinschaften) und die beabsichtigte Einladung an diese, Beobachter zum Konzil zu entsenden, machen den fatalen Eindruck von Leerlauf und Verlegenheitsakten. Die Folgen eines Fehlschlags des Konzils werden mehr als ein Rückschlag sein.

Kopernikanische Wende und „Lebenserwartung" der Kirchen

Eine geschichtsmächtige Entwicklung im Geistigen und Weltanschaulichen ist im Gange, eine kopernikanische Wende kündigt sich an. Die geistige Auseinandersetzung stellt sich gebieterisch. Versuche, sie als „Kalten Krieg gegen Christus" zu denunzieren und zu diffamieren, können sie nicht aufhalten. Die Spannung zwischen unhaltbaren Übergriffen oder handgreiflichen Unglaubwürdigkeiten von Kirchen und einer sich rasch wandelnden und säkularisierenden Welt, in der die Intellektualisierung der Massen unaufhaltsam fortschreitet, nimmt zu. Bei jeder Kirche bedarf es einer kategorischen Inventur und Entrümpelung. Im Laufe der Jahrhunderte haben sich besonders bei Kirchen mit Herrschafts- und Einmischungsanspruch und einem totalitären Lehr- und Rechtssystem unzeitgemäße Bestände angesammelt. Über den eigentlichen transzendenten Gehalt einer Theologie und die Grundsätze eines sittlichen, tätigen Humanismus hinaus, wie er im Dekalog und im Charisma der Bergpredigt Ausdruck gefunden hat, wurden in anfechtbaren Verfahren gewagte, die christliche Solidarität behindernde Dogmen aufgestellt und alle möglichen Gegenstände und Lebensbereiche in strengen Straf- und Bußsystemen reglementiert und konfessionalisiert. Es waren schwere Irrtümer und Äußerungen kirchlicher Ermessenswillkür.

Generationen, Völker, Jahrtausende kommen und gehen. Religionen entstehen und altern. Keine von ihnen besitzt einen Garantieschein dafür, daß sie die Endlösung bedeutet. Jede von ihnen kann früher oder später als Phase, Epoche oder Zeitalter im endlosen Strom der Zeit versinken. Mit der Autosuggestion „Und die Pforten der Hölle werden sie nicht überwältigen" ist es nicht getan. Erstarrung und Verfall drohen, wenn der Zeitgeist sich grundlegend ändert, neue Weltideo-

logien auf den Plan treten und eine Kirche versäumt, sich durch rechtzeitige kluge Anpassung und durch Beschränkung auf die religiöse Substanz ohne bedenkliche Verweltlichung und Politisierung lebendig zu erhalten. Abschlagszahlungen wie etwa Entgegenkommen in den Fragen der Feuerbestattung und der Geburtenkontrolle genügen nicht. Die Kirchen können durch aufrichtigen und entschlossenen Reformwillen dazu beitragen, ihre „Lebenserwartung" auszudehnen. Auch jetzt noch.

Aus der Wirtschaft

Abschluß der Welthandelskonferenz

Die Welthandelskonferenz in Genf, die am 23. März eröffnet worden war, hat am 15. Juni ihre Sitzungen beendet. (Vgl. dazu den Kommentar in diesem Heft.)

Starke Zunahme des amerikanischen Osthandels

Nach einer Mitteilung des amerikanischen Handelsministeriums hat der Umfang der Lizenzen für amerikanische Exporte in die Ostblockstaaten in den ersten Monaten dieses Jahres erheblich zugenommen. Hatte der Wert der lizenzierten Exporte im letzten Quartal 1963 93,2 Millionen Dollar betragen, so erhöhte er sich im ersten Quartal 1964 auf 334,3 Millionen Dollar. Davon entfielen allein auf Weizenlieferungen an die Sowjetunion 272,7 Millionen Dollar, während Weizenexporte in die DDR in Höhe von 5,8 Millionen Dollar lizenziert wurden.

Weitere britisch-sowjetische Handelsgespräche

Eine sowjetische Handelsmission unter Leitung des Präsidenten der sowjetischen Handelskammer, Nesterow, ist am 23. Juni in Großbritannien eingetroffen. Sie wird verschiedene Fabriken besuchen und auch mit Handelsminister Heath Gespräche führen. — Von besonderer Bedeutung sind die zur Zeit laufenden Verhandlungen über mehrere sowjetische Großaufträge für komplette Fabrikanlagen, vor allem Anlagen für die chemische Industrie. Nach einem Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 24. Juni soll der Wert dieser Großaufträge rund 150 Millionen Pfund Sterling betragen. „Diese Lieferungen werden sich über eine Periode von mehreren Jahren erstrecken und durch Exportkredite eines Londoner City-Syndikats mit Laufzeiten von 12 bis 15 Jahren, für welche die staatliche Exportkreditstelle finanzielle Garantien — voraussichtlich in der Höhe von 80% der in Frage stehenden Summe — gewähren wird, finanziert werden." — Der Gouverneur der Bank von England, Lord Cromer, ist am 23. Juni zu einem Besuch in die Sowjetunion gereist.

Erweiterung des britisch-tschechischen Handels

Zur Finanzierung eines Auftrages für die Lieferung einer Düngemittelanlage durch eine britische Firma ist der staatlichen Import-Agentur der CSSR von einem britischen Banken-Syndikat ein Zwölfjahres-Kredit in der Höhe von 3 Millionen Pfund Sterling, das heißt rund 80% des Wertes der bestellten Anlage, eingeräumt worden. Die staatliche britische Exportkreditstelle hat diesen Kredit durch eine „finanzielle Garantie" gesichert. Verhandlungen mit Ungarn und Polen über ähnliche Exportkreditgarantien sind im Gange.

Die Handelsbeziehungen zwischen Skandinavien und der Sowjetunion

Anläßlich seines Besuches in Dänemark hat der sowjetische Ministerpräsident Chrustschow den Kauf weiterer vier neuer Kühlschiffe durch die Sowjetunion zugesagt. — In einer Rede in Stockholm er-

klärte Chrustschow, die Sowjetunion sei am Kauf weiterer schwedischer Röhren für die sowjetischen Gas- und Öl-Fernleitungen interessiert. — Die schwedische Firma AB Karlstads Mekaniska Verkstad in Karlstad erhielt einen Auftrag für die Lieferung der Maschinen für eine neue sowjetische Zellulose- und Papierfabrik in Sibirien mit einer Jahreskapazität von 200 000 Tonnen Zellulose.

Weitere 500 britische Autobusse für Kuba

Nachdem Kuba Anfang des Jahres bereits 450 Autobusse bei der britischen Automobilfirma Leyland Motors Ltd im Werte von 4 Millionen Pfund (rund 45 Millionen DM) bestellt hatte, ist am 22. Juni zwischen der britischen Firma und kubanischen Regierungsvertretern ein Kontrakt über die Lieferung von weiteren 500 Autobussen (im Werte von 5 Millionen Pfund, d. h. 56 Millionen DM) abgeschlossen worden. Trotz massiver Proteste Washingtons hat die britische Regierung nichts gegen diesen neuen Vertrag unternommen, der vielmehr durch eine staatliche Exportkreditgarantie ausdrücklich gesichert wird.

Intervention der EWG-Kommission in Rom

Unter Berufung auf den § 108 der Römer Verträge hat der EWG-Vizepräsident Marjolin während eines Besuches in Rom vom 18. bis zum 20. Juni der italienischen Regierung verschiedene Forderungen der EWG-Kommission betr. die Stabilisierung der italienischen Währung unterbreitet. Die EWG-Kommission verlangt vor allem eine erhebliche Senkung der öffentlichen Ausgaben und eine scharfe Lohnkontrolle. Es heißt, die EWG-Kommission wolle die Gewährung der von ihr zu vermittelnden und in erster Linie von der Bundesrepublik und von Frankreich aufzubringenden Anleihe in der Höhe von rund 2 Milliarden Dollar zur Sanierung der italienischen Währung von der Erfüllung dieser Forderungen abhängig machen. Durch die letztere wurde praktisch das gesamte Reformprogramm der Regierung Moro in Frage gestellt, vor allem wäre die Durchführung der beiden wichtigsten neuen Gesetze, über die Autonomie der Regionen und die Städtebebauung, aus finanziellen Gründen unmöglich. Die Gewerkschaften und die Sozialisten haben die Regierung aufgefordert, die geplanten Strukturreformen zur Gesundung der italienischen Wirtschaft auf jeden Fall durchzuführen.

Rumänisch-sowjetische Auseinandersetzung über COMECON-Pläne

Nachdem vor einiger Zeit in einer von der Moskauer Universität herausgegebenen Zeitschrift der sowjetische Professor Walew eine Zusammenfassung der Donau- und Schwarzmeergebiete Rumäniens, Bulgariens und der Sowjetunion zu einem großen Industrie-Kombinat unter direkter Kontrolle des COMECON vorgeschlagen hatte, ist dieser Vorschlag jetzt von der rumänischen Wirtschaftszeitschrift „Viata Ecomonica" als Verletzung der Grundsätze der Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern zurückgewiesen worden. Es handele sich bei diesem Plan, der die Einbeziehung von rund 42% des rumänischen Staatsgebietes in eine übernationale Wirtschaftsregion vorsieht, um eine Mißachtung der nationalen Souveränität, ja um eine Bedrohung der territorialen Integrität und der nationalen Einheit Rumäniens. Rumänien ist seit einiger Zeit um einen weitgehend selbständigen wirtschaftspolitischen Kurs innerhalb der Ostblock-Wirtschaftsgemeinschaft bemüht und beteiligt sich an der Aufstellung gemeinsamer Investitionsprogramme zur Zeit nur in geringem Maße. — Die rumänische Regierung beabsichtigt, in Großbritannien oder in den USA einen Kernreaktor zu kaufen.

Fernseh-Spalte

Information oder Suggestion?

In dem Rowohlt-Taschenbuch „Information oder Herrschen die Souffleure?" beweisen verschiedene Autoren mit sachlich-präzisen Argumenten, daß die sogenannte Meinungs- und Informationsfreiheit nur in der Einbildung gutgläubiger Zeitgenossen existiert. Es gibt viele Methoden, mittels derer man zwar Meinungsbildung betreiben, aber die gebildete Meinung nach Maßgabe der herrschenden Souffleure ausrichten kann. Daß in dem genannten Buch auch Stimmen aus dem Lager der Souffleure laut werden, stört nicht. Denn die Proportionen stimmen. Aufklärung und Geschwätz halten sich die Waage. Das ist ein Verhältnis, das dem mündigen Staatsbürger zugemutet werden kann. Außerdem haben die Aufklärer die besseren Argumente.

Beim Fernsehen ist man vorsichtiger. „Entgegen einer weitverbreiteten Meinung . . . steht das Fernsehen in der Bundesrepublik weitgehend unter dem Einfluß der Bundesregierung." Was Gert von Paczensky so klipp und klar feststellt, bestätigt WDR-Intendant Klaus von Bismarck mit einem verräterischen Satz: „Der geschickte Presse- und Hörfunkjournalist wird immer noch eine Möglichkeit finden, durch die Maschen des strengen Kontrollsystems zu schlüpfen . . ." Das ist deutlich. Nur an der Präposition des Satzes zweifeln wir. Der Fall Szczesny — ein repräsentatives Beispiel — belehrte uns eines schlechteren. Und der Fall Heye markierte soeben wieder einmal deutlich die Grenzen der Informationsfreiheit. Zwar blieb die Pressefreiheit gewahrt. Aber der sie benutzte, ging massakriert in Urlaub. Ich schreibe diesen Beitrag unmittelbar unter dem Eindruck der vom Fernsehen wiedergegebenen Ausschnitte aus der „Bundestagsdebatte", die keine war. Regierungskoalition und Opposition überboten sich in Beteuerungen des Vertrauens zur Bundeswehr. Ein Mann, der die Forderungen des Tages begriffen hatte, wurde gedemütigt wie zu Bismarcks Zeiten die Sozialdemokraten. Ehre dem Soldaten, der dem Vaterland mit der Waffe in der Hand dient, verkündete Dr. Gerstenmaier mit verhaltener Emphase. Er sprach, wohlgemerkt, von einer Truppe, deren höhere Offiziere zum größten Teil (wenn nicht alle) mit dem mörderischsten aller deutschen Staatenlenker paktiert hatten.

Das Fernsehen informierte uns, indem es die wehrfreudigen Bekenntnisse der Regierungs- und Fraktionsredner auf uns niederprasseln ließ. Kommentarlos, versteht sich. Und ich bin sicher, daß es sich (es sei denn, Dr. Kogon macht einige wohlgezielte, aber allzu süffisante Bemerkungen) des Falles Heye ebensowenig annimmt wie seinerzeit der „Spiegel"-Affäre oder des „Panorama"-Skandals im eigenen Hause. So sehr ich das Fernsehen hinsichtlich seiner hervorragenden Kultur- und Bildungsarbeit schätze, so beängstigend empfinde ich seine Ignoranz gegenüber unserer unablässig bedrohten demokratischen Existenz. Die Physiognomie des unverbesserlichen Obrigkeitsstaates erschreckte heute abend jeden — noch eigenständigen Denkens fähigen — Bürger ohne Uniform. Das Fernsehen hätte gut daran getan, die denkunfähigen Bürger über die Machenschaften um oder gegen Heye aufzuklären. Weil es dies aber nicht tat, dachte gewiß mancher wachsame Fernsehkonsument an all jene Versäumnisse, die sich das eindringlichste und stärkste publizistische Medium aller Zeiten in den letzten Jahren zuschulden kommen ließ. Was hält eigentlich die demokratischen unter den Intendanten davon ab, laut zu sagen: Wir können nicht, wie wir wollen; also gehen wir. Sie würden im schlimmsten Falle „abgelöst" werden. Na und? Man sage nicht, es kommt nichts Besseres nach. Zunächst zählte nur die Blamage, die ein politisches Ordnungssystem erleiden würde, das die Freiheit gepachtet zu haben vorgibt. Den Fall gesetzt, nur drei Intendanten würden solchermaßen demokratische Entscheidungsfreiheit praktizieren: es käme der Demokratie zustatten. Erinnern wir uns: nicht die Demonstrationszüge für die Freiheit Rudolf Augsteins haben der Bundesrepublik geschadet, sondern die vorausgehenden antidemokratischen Polizeiaktionen.

E. H. Wahl

Rudolf Rolfs

Was ich noch sagen wollte . . .

Die Erfahrung lehrt den Kabarettisten, daß es empfehlenswert ist, Zustände in unserem Lande auf der Bühne abzuschwächen, um dem Publikum glaubhaft machen zu können, daß manches, was ‚dufte' sein möchte, stinkt.

Der Wehrbeauftragte, Herr Heye, ist kein Kabarettist, weshalb er sein ‚a. D.' hinter eine militärische Rangbezeichnung setzt. Es ist schön und gut, daß er ein ‚Militär' ist und kein ‚Satiriker'. So besteht die Chance, daß ihm mehrere glauben, daß seine ‚Pointen' nicht totgelacht werden, sondern stutzig machen.

Während man sich jedoch darüber Gedanken macht, ob es richtig oder falsch sei, diese Fälle so an die Öffentlichkeit herangetragen zu haben, vergißt man meist die phänomenale Tatsache zu analysieren, daß es also zahllose Übergriffe, Mißhandlungen, Roheiten, Schikanen, Quälereien gegeben hat, die nie an die Öffentlichkeit kamen. Wir wissen jetzt, daß es somit außer Nagold viele tausend ‚Einzelfälle' gegeben haben muß. Eine Einzelfall-Epidemie. Journalisten befragten entlassene „Kriegsdienstler", und jeder zweite gab zu erkennen, daß es nicht ‚ratsam' gewesen sei, sich über Mißstände zu beschweren.

Zuchtstation aufrecht kriechender Nenndemokraten?

Mir ist es beinahe begreiflich, daß ein Unteroffizier, der den ihm anvertrauten Staatsbürgerchen beibringt, wie man anderen Menschen das Lebenslicht auspustet, Brutalität und Fürsorge, Haß und Achtung nicht stets zu sortieren weiß.

Wer verübelt es zum Beispiel einem Metzger, wenn er beim Kraulen seines lieben Stallhasen nicht ganz seinen Beruf vergessen kann?

Viele tummeln sich noch immer im Kindergarten des Obrigkeitsdenkens, so daß sie den Bericht Heyes für schokkierender halten als die Vorfälle, die letzlich keine Vorfälle sind, sondern e i n Fall. Die Saat militaristischer Väter ging zum Teil schon wieder prächtig auf in Form jungoffizierischen Unkrauts.

Wie haben die Kabarettbesucher gelacht, als ich ihnen eine kurze Szene anbot, in welcher ein junger Bundeswehrsoldat mit vorgehaltenem Gewehr Kniebeugen machen mußte und den Artikel 1 des Grundgesetzes vor sich hinleierte: ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar! Die Würde des Menschen ist unantastbar!' Ich hörte nur klatschende Hände und kein Zähneknirschen.

Wenn nun einer, der eigentlich ‚a. D.' ist, ‚quick'-lebendig wird, so sollten wir unser Augenmerk auf jene lenken, die den Parforceritt eines Vizeadmirals zur Donquichotterie degradieren wollen.

Er ritt keine Rosinante. Die Illustrierte wurde auch nicht zu einem Pegasus, so sehr die Scheuklapprigen uns dies suggerieren wollen, indem sie bundesrepublikanische Peinlichkeiten ins Reich der Fabel schieben möchten. Nein, hier sprang wieder einmal ein Organ der Analphabeten-Fachliteratur über seinen eigenen Schatten und gab unserer Demokratie die Uhrzeit an: Fünf Minuten vor zwölf.

Den Bericht des Wehrbeauftragten sollten sich all jene, die vorgeben und glauben, sie würden für Menschlichkeit und Frieden, für Demokratie und Gerechtigkeit bewaffnet und kaserniert sein müssen, nicht nur hinter den Spiegel stecken, sondern möglichst ins Soldbuch unters Kopfkissen und in den Brustbeutel.

Vielleicht ist es nicht ratsam, den Bericht in den Spind zu hängen. Dafür, daß ein Wehrpflichtiger einen Text von mir dort befestigt hatte, bekam er vierzehn Tage verschärften Arrest.

Das stand übrigens nicht in dem Bericht drin. Würde man alle Einzelfälle an die große Glocke hängen, kämen wir ja überhaupt nicht mehr zum Schlafen.

Man sollte den Wecker nicht an die Wand werfen, bevor man weiß, warum er geweckt hat!

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Dreißig Jahre nach „Barmen"

Wer in diesen Wochen die kirchliche Sonntags- und die theologische Zeitschriftenpresse durchblättert, wird auf manchen Beitrag stoßen, der die Erinnerung an die erste Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche vom 29. bis 31. Mai 1934 erneuert. Dabei sucht das Gedenken die über den geschichtlichen Augenblick hinausweisende Bedeutung des Geschehens vor drei Jahrzehnten herauszustellen. Ernst Wolf zählt „Barmen" „zu den tragenden Kräften; denn ‚Barmen' bezeichnet, mag man dazu stehen wie man will, eine kirchengeschichtliche Wendung im deutschen Protestantismus, deren Reichweite wir noch nicht voll abzuschätzen vermögen". (E. Wolf, „Barmen", München 1957, S. 10.) Die Anerkennung dieser Tatsache kommt darin zum Ausdruck, daß die „Theologische Erklärung", die jene Synode auf ihre Verantwortung nahm, nach 1945 in manchen Kirchenverfassungen oder Kirchenordnungen den Bekenntnissen der Reformationszeit gleichgeordnet wurde.

Allerdings ist man darüber nicht einhelliger Meinung. In 30 Jahren ist zwischen den verschiedenen kirchlichen Richtungen die Frage nicht ausdiskutiert, ob der theologischen Erklärung von Barmen der Rang eines kirchlichen Bekenntnisses zustehe. Das ist schließlich aber nicht eine exklusiv innerkirchliche theologische Frage. Vielmehr hat sich ja gerade in Barmen die Kirche neu entdeckt, die nicht um ihrer selbst willen, sondern für die Welt da ist. Es wurde ihr im Dritten Reich sehr schwer gemacht, diese Erkenntnis in die Tat umzusetzen. Dabei stand ihr nicht nur von außen ein starker Widerstand entgegen, sondern ebenso sehr wirkten in der Kirche selbst hemmende und aufhaltende Kräfte. Das ist auch nach 1945 nicht viel anders geworden. Der äußere Druck ist gewichen, während die restaurativen Tendenzen sich eher noch verstärkt haben. Diese Einsicht gibt der Erinnerung an das Ereignis vor 30 Jahren eine eminente Aktualität.

Freiheit und Verantwortung

Wer sich die Barmer Sätze vergegenwärtigt, erkennt unschwer, daß sie aus dem Augenblick heraus geboren wurden und in der geschichtlichen Stunde Antwort geben wollten. Es ging um die Abwehr eines unerhörten Angriffs auf die kirchliche und christliche Substanz, um die Abwendung der akuten Gefahr einer ideologischen Überfremdung in Lehre und Leben. Dabei war es vor allem Karl Barth, der Verfasser der Erklärung, der es als ein unerhörtes Gnadengeschenk empfand, daß in dieser Stunde höchster äußerer und innerer Bedrängnis Irrwege, die schon viel früher beschritten wurden, als solche erkannt und rückgängig gemacht werden durften. Die Kirche wahrte ihre theologische Eigenständigkeit, indem sie sich absolut als eine Gemeinschaft sui generis verstand, als eine „Gemeinde von Brüdern", die von einem Grunde her leben, der nur ihnen bekannt und zugänglich ist und nur von ihnen andern zugänglich gemacht werden kann. Nur die Kirche selbst verfügt über den Maßstab, der allein ihrem Wesen angemessen ist. Sie verfügt über ihn, indem sie auf Jesus Christus als das eine Wort Gottes hört und ihm als dem gegenwärtigen Herrn im Glauben untertan ist, von ihm den lösenden Zuspruch der Vergebung und den verpflichtenden Anspruch des Dienstes entgegennimmt. In der Freiheit ist sie beschlagnahmt, und in der Beschlagnahmung ist sie frei. Will sie in dieser Freiheit bestehen, so darf sie sich in Lehre und Leben nur vom Worte und nicht auch von andern Ereignissen und Mächten, Gestalten und Wahrheiten her bestimmen lassen.

Mit dieser Freiheit ist nun aber ein ganz neues, besonderes und eigenes Verhältnis zur Welt und den irdischen Gegebenheiten, zum Staat und zur politischen Wirklichkeit gegeben. Die im Evangelium gründende Freiheit der Kirche ist Freiheit zum Dienst. Die Kirche ist ihrem Wesen nach Kirche für die Welt. In den Sätzen der Barmer Erklärung klingen jene hellen Töne, die das verkünden. Durch Jesus Christus widerfährt uns, indem wir ihn als das eine Wort Gottes, als den gnädigen Zuspruch und kräftigen Anspruch hören, „frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen der Welt zu freiem und dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen". Dienst ist der Gemeinde befohlen und nicht Herrschaft. Sie darf nicht meinen, aus ihren Ämtern irgendeinen

Herrschaftsanspruch und irgendwelche Machtbefugnisse herleiten zu können. Sie darf nicht im Streben nach Einfluß und Geltung mit der Welt konkurrieren wollen, sondern sie hat sich an ihren Auftrag zu halten und auf ihren Auftrag zu beschränken, „die Botschaft von der freien Gnade auszurichten an alles Volk".

Aber gerade indem sie sich als dienende Kirche weiß und entschlossen allen Herrschergelüsten entsagt, ist sie nicht entbunden von der öffentlichen politischen Verantwortung. Indem sie in den staatlichen Gewalten „mit Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat seiner Anordnung" anerkennt, erinnert sie zugleich „an Gottes Reich, Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten". Indem sie den Staat in seinem gottgegebenen Beruf, „in der noch nicht erlösten Welt nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen", unterstützt, sucht sie ihn zugleich vor der Entartung in einem ideologischen Totalitarismus zu bewahren.

Diese Mitverantwortung für die sachgemäße Erfüllung der politischen Aufgaben wahrzunehmen, war für die Kirche im Dritten Reich sehr schwer. Der Führerstaat wollte blinde Akklamation oder schweigende Unterwerfung. Es hat, vor allem unter den Vertretern des konfessionellen Luthertums, nicht an solchen gefehlt, die es mit dem christlichen Bekenntnis zu vereinbaren suchten, ihm zu geben, was er verlangte. Die präzisen Formulierungen der Barmer Sätze schienen ihnen zu wenig zu sagen; sie schienen zu wenig positiv die geschichtlichen Gegebenheiten anzuerkennen und zu würdigen; sie schienen zu einseitig auf das Wort Gottes Bezug zu nehmen und zu wenig auf die Offenbarung des Ewigen in den „Schöpfungsordnungen" und in der Geschichte. Die „genuine lutherische Stimme", die bald nach der Barmer Synode im sog. Ansbacher Ratschlag laut wurde, wußte viel volltönender zu reden davon, daß Gott dem Volk in seiner Not den Führer als „frommen und getreuen Oberherrn" schenkt und in der nationalsozialistischen Staatsordnung ihm ein „gut Regiment", ein Regiment mit „Zucht und Ehre" bereitet habe. Diese Äußerung unterschied sich freilich kaum noch von der der „Deutschen Christen", die die christliche Botschaft ständig an die NS-Ideologie verrieten, — auch dann noch, als diese immer hemmungsloser sich als glattes Heidentum entlarvte und mit allen Mitteln der Macht und der Verführung die „Entkonfessionalisierung" des Volkes betrieb.

Eine immer kleiner werdende Gruppe suchte in jenen Jahren harter Bedrängnis im Ernstnehmen der in Barmen bekannten Wahrheit und unter Einsatz von Leib und Leben öffentliche Verantwortung wahrzunehmen. Das ging, wie wir wissen, bei Dietrich Bonhoeffer und einigen andern bis zur Teilnahme an dem Versuch, durch Beseitigung des Diktators das Volk von der Tyrannis zu befreien und vom Untergange zu retten. Am Ende dieses Dienstes der Kirche im Dritten Reich aber steht das in der Stuttgarter Erklärung vom 15. Oktober 1945 von den Männern der Bekennenden Kirche abgelegte Bekenntnis: „Wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben."

Verweigerte Buße

Das Bekenntnis, das in der ausweglos erscheinenden Lage nach dem Zusammenbruch bei der ersten Begegnung mit Vertretern der ökumenischen Christenheit erste Brükken des Vertrauens schlug, trotzdem aber im eigenen Volk weithin auf Unverständnis und Ablehnung stieß, hätte zu einer entscheidenden Wende führen können, wenn es wirklich der Anfang einer echten Neubesinnung gewesen wäre. Leider wiederholte sich, was man schon einmal im Jahre 1934 erlebt hatte: Wie „Barmen" bald wieder preisgegeben und in Frage gestellt wurde, und zwar auch von solchen, die zunächst dabei waren, so ging es auch mit der Stuttgarter Erklärung. Als der Bruderrat der Evangelischen Kirche in Deutschland, der das Erbe der Bekennenden Kirche aus dem Kirchenkampf zu wahren suchte, im Juli 1947 in Darmstadt zusammentrat und den Vortrag von Karl Barth über „Die lebendige Kirche des Herrn Jesus Christus" hörte, wurde man sich klar über die eingetretene neue Lage. Hans-Joachim Iwand wies auf die Gefahr hin, „daß die Kirche zu einem Rückzugsgebiet für den verdrängten Nationalsozialismus wird". Der Bruderrat sah sich gedrängt und veranlaßt, nachdrücklich mahnend und zur Umkehr rufend die Stimme zu erheben. Derweil die Kirchen darauf bedacht waren, sich neu zu konstituieren und dabei restaurativ-konfessionellen Neigungen nachgingen, wurde

hier in einem unerhört freien, vorwärts gerichteten „Wort zum politischen Weg unseres Volkes" mutig und ohne falsche Rücksicht eine Revision des althergebrachten kirchlichen und völkischen Denkens vorgenommen, wie sie, vom Evangelium gefordert, längst fällig war. Wenn man den Kommentar dazunimmt, den der Bruderrat im Februar 1948 veröffentlichte — beides heute noch höchst aktuell und darum wieder abgedruckt in „Stimme der Gemeinde" 1964/1 —, so hat man ein Stück echter Neubesinnung vor Augen, das, entschlossen auf der Bahn von „Barmen" weiterschreitend, ein Tor aufzustoßen suchte in ein neues Land.

Hier wurde das Ghetto verlassen, in dem sich weithin unser christliches und kirchliches Reden und Handeln immer noch vollzieht. Die Einsicht sei im Wachsen, so wurde betont, „daß die Predigt sich nicht nur an den einzelnen in seinem privaten Dasein richten darf, sondern an diesen in seinen konkreten politischen und sozialen Beziehungen sich wenden muß". Die „Verantwortung der Kirche für das öffentliche Leben" wird zum Programm erhoben. Es wird gezeigt, daß die allgemein übliche und vielfach geforderte „unpolitische Predigt" am Volke und an der Welt schuldig wird, indem sie das rückwärts gewandte Denken fördert und zur inneren Erneuerung nicht beiträgt. Der wieder auflebende Nationalismus wurde mit Recht als eine Folge der von der Kirche verweigerten Buße empfunden.

„Unser Volk lebt mit seinen Klagen und Anklagen wie unter einem eisern verschlossenen Himmel dahin und kann keinen freien Schritt in die Zukunft tun, weil es mit der Vergangenheit nicht fertig wird. Die Kirche kann ihm dabei nicht helfen, solange ihre Verkündigung den politischen Dingen gegenüber selbst so eigentümlich gelähmt erscheint."

Die Erklärung sucht zu zeigen, wo die geforderte öffentliche Neubesinnung konkret zu werden hat. Sie weist auf die Punkte hin, an denen bei den Christen das Umdenken beginnen müßte. Das übersteigerte Nationalbewußtsein und ein falscher Klassendünkel haben, so wurde gezeigt, begleitet und vorangetrieben durch ganz falsche religiöse und sittliche Maßstäbe, in zunehmendem Maße an dem Gefängnis gebaut, aus dem die Kirche nicht mehr ausbrechen kann, um den Menschen zur Freiheit zu verhelfen. Wird dieses Denken nicht überwunden, so wirkt es unheilvoll weiter in die Zukunft hinein. Eine neue Ideologisierung des Evangeliums bahnte sich an. Die antibolschewistische Front „zur Rettung von Christentum und abendländischer Kultur" baute sich auf. Würde die Kirche sich ihr widerspruchslos eingliedern? Oder würde ihr deutlich sein, daß ihr Einsatz in der Nachfolge Christi allein dem Menschen, gleichviel welcher Religion oder Ideologie, zu gelten habe? Der Bruderrat erinnerte an „Barmen" und mahnte: „Laßt die Verzweiflung nicht über euch Herr werden! Denn Christus ist der Herr. Gebt aller glaubenslosen Gleichgültigkeit den Abschied! Laßt euch nicht verführen durch Träume von einer besseren Vergangenheit oder durch Spekulationen um einen kommenden Krieg, sondern werdet euch in dieser Freiheit und in großer Nüchternheit der Verantwortung bewußt, die alle und jeder einzelne von uns für den Aufbau eines besseren deutschen Staatswesens tragen, das dem Recht, der Wohlfahrt und dem inneren Frieden und der Versöhnung der Völker dient."

Die Macht der Institution

Das waren deutliche Worte, aber sie kamen doch nicht an. Das Darmstädter Wort wurde als eine unverbindliche Meinungsäußerung einer kirchlichen Minderheit mit einer besonderen theologischen Ausrichtung zur Kenntnis genommen und weithin zurückgewiesen. In der offiziellen Kirche wurden in diesen entscheidungsschweren Jahren, nachdem der Schock von 1945 weithin schon überwunden war, die Weichen ganz anders gestellt. Mit der Bildung der beiden deutschen Teilstaaten verfestigte sich der Ost-West-Gegensatz. Die westdeutsche Bundesrepublik gab sich — im Gegensatz zur kommunistisch gelenkten, vom Westen nicht anerkannten Deutschen Demokratischen Republik — ein ausgesprochen christliches Vorzeichen. Sie rüstete ideologisch und bald auch — als Vorhut der in der nordatlantischen Organisation zusammengeschlossenen Westmächte — strategisch auf gegen den östlichen Atheismus. Die Kirche war umworben und handelte klug, indem sie dieser Entwicklung nachgab. Sie tat es trotzdem anfangs mit großer Zurückhaltung. Noch 1950 ließ sich der Rat der EKiD in aller Klarheit vernehmen:

„Einer Remilitarisierung Deutschlands können wir das Wort nicht reden, weder was den Westen noch den Osten anbelangt."

Doch dann wurde man einfach von den Dingen überrollt. Mehr und mehr verstummte der warnende und mahnende Widerspruch, die Stimme, die auch um den Preis der Popularität sich nicht hätte zum Schweigen bringen lassen dürfen. Die Restauration siegte im Volk und auch in der Kirche. Der Abschluß des lange hart umkämpften Militärseelsorge-Vertrages, den der langjährige Vorsitzende des Rates der EKiD, Bischof Dibelius, mit besonderer Freude unterzeichnete, mag als Zeichen der neuen Verbindung zwischen „Thron und Altar" besonders genannt werden. Ist aber eine Kirche, die solche Bindungen eingeht, wirklich noch frei zur Ausrichtung der Frohen Botschaft an alles Volk? Das ist ihr trotz aller gegenteiligen Beteuerungen nicht nur im Osten, sondern auch im Westen immer entschiedener bestritten worden. Auch ihre gebrochene Haltung gegenüber der Frage, ob zur Atombewaffnung der Bundeswehr, wie zur atomaren Aufrüstung überhaupt, Ja oder Nein gesagt werden müsse, mußte jenen Zweifel vermehren. Heute muß uns das Bemühen der organisatorisch noch bestehenden EKiD, über Mauer und Stacheldraht hinweg die deutsche kirchliche Einheit zu wahren, genau so fragwürdig und nichtssagend vorkommen, wie das analoge Bestreben der Bundesregierung auf der politischen Ebene. Wir haben uns festgefahren und wollen es uns nicht eingestehen. Jedenfalls ist man nicht gewillt und auch wohl nicht in der Lage, umzukehren und einen neuen Weg einzuschlagen.

Institution und Bewegung

Ist damit also der hoffnungsvolle Anfang, der einst in Barmen gemacht wurde, endgültig im Sande verlaufen? So könnte man denken. Es bliebe dann nur die geschichtliche Erinnerung und allenfalls eine kirchlich-interne Bedeutsamkeit. Aber es gibt noch Kreise, die sich damit nicht abfinden. Es gibt heute noch „Bekennende Kirche", die nicht gleichzusetzen ist mit der offiziellen Kirche; es sind die Kreise, die es vielmehr als Not und Last empfinden, daß der Apparat einer übermächtig werdenden kirchlichen Institution sich mehr und mehr in den Vordergrund gedrängt hat. Bekennende Kirche versteht sich, auch wenn das nicht akzeptiert wird, als die Vertretung der Kirche überhaupt in dem Bemühen, das schon in Barmen zutage trat: aus den Fesseln einer traditions- und amtsgebundenen Institution heraus frei zu werden zum Dienst am heutigen Menschen und an der heutigen Welt und zur Wachsamkeit gegenüber den Gefahren, die Staat und Gesellschaft ständig bedrohen.

Erfahrungsgemäß findet dieses Bemühen bei den maßgebenden Stellen in Kirche und Staat wenig Rückhalt. Es wird eher als lästig und störend empfunden, vielleicht gar als staats- und kirchenfeindlich diffamiert. Es darf also keinen durchschlagenden Erfolg erwarten und sich in seinen Unternehmungen nicht von vordergründigen Erfolgsaussichten abhängig machen. Es muß sich gerufen wissen und im Gehorsam seinen Weg gehen.

In diesem Sinne sind 1957 die „Kirchlichen Bruderschaften" auf den Plan getreten, eben um den Weg fortzusetzen, der in Barmen angetreten wurde. Sie haben keine offizielle kirchliche Legitimation gefunden, sondern sind viel angefochten worden. Als „politisierende" kirchliche Gruppe sind sie denen von vornherein suspekt, die den kirchlichen Raum unbedingt von der „Politik" glauben freihalten zu müssen, die beim Hören und Verkündigen des Wortes Gottes das Welt- und Zeitgeschehen vergessen möchten und unter Berufung auf Luthers Zwei-Reiche-Lehre zwischen diesem und der Königsherrschaft Jesu Christi reinlich zu unterscheiden suchen, wobei sie aber nicht merken, daß sie so gerade die Ideologisierung des christlichen Glaubens betreiben. Die Bruderschaften haben sich durch alle diese Einreden nicht irre machen lassen in der Erkenntnis, daß der Glaube sich zu bewähren habe in der Bewältigung der konkreten Aufgaben unserer Zeit. Sie lassen sich nicht davon abbringen, immer dringender die Frage nach dem Beitrag der Christenheit zur Lösung der großen Weltprobleme, die nach ihrer Überzeugung nur noch vom Evangelium her zu lösen sind, zu stellen; die Frage nach der politischen Diakonie der Christenheit, einer Diakonie im Weltmaßstabe; die Frage nach der Bedeutung der ihr aufgetragenen Versöhnungsbotschaft, wenn es gilt, den Frieden unter den Völkern herzustellen und zu erhalten, die Gegensätze zwischen Ost und West zu entschärfen und abzubauen und gegenüber einer weltweiten totalen Bedrohung der Menschheit einen Weg in die Zukunft zu suchen.

Die Fragen, die hier gestellt sind, überspringen Konfessions- und landeskirchliche Grenzen. Sie stellen sich den Brüdern im

Osten nicht anders als uns im Westen und haben auf der ökumenischen Ebene zu den Bemühungen der Prager Friedenskonferenz geführt. Es geht hier ganz besonders um das Evangelium, wie es in Barmen wieder ans Licht getreten ist; um das Wort Gottes, das frei macht aus den gottlosen Bindungen der Welt zu freiem und frohem Dienst; um das Evangelium von der freien Gnade, das, wie schon gesagt, dem Menschen und nicht dem Exponenten der einen oder anderen Religion oder Nicht-Religion gilt. Nur dieses Evangelium vermag die Mauern zu überspringen und abzutragen.

Bekennende Kirche im Schrifttum

Wer sich über die kurzen Hinweise, mit denen es hier sein Bewenden haben muß, hinaus darüber unterrichten möchte, wie die Bekennende Kirche auch heute auf dem Wege ist, wird es uns gern gestatten, daß wir am Schluß auf einen kleinen Ausschnitt des in Frage kommenden Schrifttums hinweisen.

In Berlin fand sich 1945 eine Gruppe junger Theologen zusammen, um sich zum verantwortlichen kirchlichen Handeln inmitten des notwendigen Neuanfangs zu helfen. Die Monatsschrift, die der Kreis von 1947 bis 1954 herausgab und die dann in einer in lockerer Folge erscheinenden Zeit-Buch-Reihe ihre Fortsetzung fand, erhielt den bezeichnenden Titel „Unterwegs". Inzwischen sind in dieser im Käthe-Vogt-Verlag erscheinenden Reihe mehr als 20 Arbeiten zu kirchlichen und theologischen, staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Fragen veröffentlicht. Darin wird durch Karl Kupisch, Johannes Hamel, Hermann Rauschning, Martin Niemöller, Josef Hromadka, Martin Fischer, Ernst Wolf u. a. versucht, die Stimme des Evangeliums zu den Fragen unserer Zeit, den Problemen in Ost und West, zu Gehör zu bringen. Wer zu einem dieser Bände greift — z. B. zu Band 20 „Via viatorum", der als Gruß an Karl Kupisch zum 60. Geburtstag Weg und Wollen der Kirchlichen Bruderschaften nachzuweisen versucht —, wird auf der letzten Seite sich über den bisherigen Inhalt der Reihe unterrichten können und in ihr sicher manches finden, was ihm zusagt.

Dem gleichen Anliegen suchen die im Herbert Reich Verlag in Hamburg erscheinenden „Evangelischen Zeitstimmen" zu dienen, eine Schriftenreihe, für die Hans-Werner Bartsch, Götz Harbsmeier, Herbert Mochalski, Ernst Wolf und Heinrich Treplin als verantwortlich zeichnen. Auch hier gibt es bereits 20 Titel mit einem weitgespannten Programm. Auch hier bemüht sich neben den schon genannten Herausgebern eine Reihe weiterer Autoren, die brennenden Fragen auszudiskutieren, die uns heute aufgegeben sind und die vielfach liegen bleiben: Die Frage um Krieg und Frieden, um Atomrüstung und drohende Vernichtung, um Sozialismus und Kapitalismus, um Rasse und Volkstum.

Endlich sei noch hingewiesen auf eine Paperback-Buchreihe des Stimme-Verlages in Frankfurt/M.: „antworten". Bisher sind folgende 7 Bände erschienen: Horst Symanowski, Fritz Vilmar, „Aus der Welt des Arbeiters"; Freudenberg, Geis, Kogon, Küppers, Tavor, „Antisemitismus — Judentum — Staat Israel"; Dieter Posser, „Die deutsch-sowjetischen Beziehungen seit 1917"; Hans Günter Schweigart, „Evangelischer Bericht über das römische Konzil"; Renate Riemeck, „Moskau und der Vatikan"; endlich ein „Violett-Buch" zur Obrigkeitsschrift von Bischof D. Dibelius.

Heinrich Steege

Bücher

Variationen über ein deutsches Thema

Hans Kohn, Wege und Irrwege. Vom Geist des deutschen Bürgertums. Aus dem Amerikanischen von Wilhelm und Modeste Pferdekamp. 395 Seiten, Leinen DM 28,50, Droste-Verlag, Düsseldorf.

Fritz Stern, Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland. 420 Seiten, Leinen DM 29,50, Scherz-Verlag, Bern-Stuttgart.

Ferdinand Lion, Romantik als deutsches Schicksal. 185 Seiten, Leinen DM 14,50, W. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart.

Die pessimistische Einstellung zur Geschichte würde die Deutschen von den englischsprechenden Völkern unterscheiden. Worte wie „Schicksal" und „Verhängnis" seien in unsere wissenschaftliche wie allgemeine Terminologie eingegangen und belebten die „Überzeugung, ein tieferes Verständnis für geschichtliche Abläufe zu haben als die oberflächlicheren Völker des Westens. In einer solchen höheren Geistigkeit sahen jene Deutschen einen Ausgleich für Deutschlands angeblich unverdientes nationales Unglück". (Aus *Kohn*, Wege und Irrwege . . .)

Die „höhere Geistigkeit", der Schicksalsfaktor X, die „pessimistische Einstellung zur Geschichte": diese drei Begriffe, auf einen kritischen Nenner gebracht, vermögen tatsächlich ein politisches Weltbild abzugrenzen, dessen Katastrophen-Charakter häufig als „tragisch" gekennzeichnet wird. Schon ist das Stichwort gefallen, das zu einem ersten Widerspruch gegen Kohns Darlegungen herausfordert. Zugleich mit solchen Einsichten verkündet er nämlich: „Von der Hohenstaufen- bis zur Hohenzollernzeit hat Deutschland in die europäische Geschichte einige wahrhaft tragische Seiten eingetragen." Kohn operiert also mit einem metaphysischen Begriff, der dem dreieinigen Irrationalismus, gegen den er zu Felde zieht, in nichts nachsteht. Das ist insofern ärgerlich, als sich Kohn durch eine weitgehende rationale Interpretation auch bei kritischen Lesern rasch Vertrauen verschafft. Da heißt es dann aufpassen, wenn flüchtig hingeworfene Gemeinplätze die ansonsten qualifizierten Gedanken kompromittieren. Manchmal werden sie berichtigt, manchmal bleiben sie aber auch unkorrigiert stehen. Die gelegentliche Identifizierung von Philosophie und Kolportage ist ein unangenehmes Merkmal dieses Buches, das immerhin zu jener Aufklärungsliteratur gerechnet werden muß, welche die Etablierung des NS-Staates als Endphase eines kontinuierlichen historischen Prozesses sichtbar macht.

Dieser Maßstab also bedingt unsere unnachsichtigen kritischen Einwände.

Ich möchte hier gleich noch auf die Fahrlässigkeit hinweisen, die Pseudo-Identifikationen von der Art: Lenin gleich Hitler, Bolschewismus gleich Nationalsozialismus ermöglicht. Ein Historiker hat nicht das Recht, sich dieses politischen Ganoven-Vokabulars zu bedienen. Es gibt nun einmal Unterschiede zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus und Faschismus. Die vergleichbaren Symptome vom Personenkult bis zum physischen und psychischen Terror können beim Bolschewismus nur partiell (und zwar als zeitliche wie als ideologische Abweichungen von der philosophischen und gesellschaftlichen Struktur der sozialistischen Lehre) gesehen werden, während sie das „Weltbild" des Nationalsozialismus total und prinzipiell repräsentieren. Im übrigen bedurfte das zaristische Rußland ebenso dringend einer revolutionären Veränderung der Verhältnisse wie im 18. Jahrhundert das höfisch-absolutistische Frankreich. Der faschistische Machtputsch in Deutschland dagegen kann sich nicht einmal auf eine soziale Notwendigkeit berufen. Die vielfach erfolgte Herleitung der Hitlerschen Machterschleichung aus den wirtschaftlichen Wirren und den „Härten des Versailler Vertrages" ist im Grunde nichts anderes als eine plumpe postfaschistische Legitimierungslegende. Dies nebenbei, aber doch mit Nachdruck.

Bedeutend wird Kohns Studie, wo sie die geistesgeschichtlichen Wurzeln und volkspsychologischen Elemente des vom Vormärz bis zum NS-Staat andauernden politischen Degenerationsprozesses aufzeigt. (Originaltitel des Buches: „The mind of Germany — The Education of a Nation.")

Bereits im ersten Kapitel, einer zusam-

menfassenden Betrachtung über den „Verlauf der neueren deutschen Geschichte", macht Kohn den Mythos von der Reichsidee (Barbarossa—Bismarck—Hitler) für die Katastrophenfälle deutscher Politik verantwortlich. Während andere Völker die Realisierung des Nationalstaates als Übergangslösung begriffen, verschmolz der Nationalismus in Deutschland mit „dem Glauben an die Mission des Reiches und einem Gefühl der Überlegenheit des Reichsvolkes ..." Bismarck wird als einer der Hauptschuldigen an der deutschen Misere apostrophiert: „Seine zynische Verachtung des parlamentarischen Liberalismus und sein Beharren auf autoritärer Führung hinderten das deutsche Bürgertum, an der Regierung aktiv teilzunehmen, und unterbanden dessen Entwicklung zu politischer Reife und verantwortlichem Denken." — „Im neuzeitlichen Westen mißtraute man der Macht und fürchtete ihren Mißbrauch; im neuzeitlichen Deutschland hingegen empfand man eine beinahe religiöse Verehrung für die Macht ... und für ihre Verkörperung in der staatlichen Autorität." Der Begriff Mythos wurde, verstärkt durch die Einflüsse der Romantik, zu einem Zentralproblem deutschen Geistes, bis er bei Alfred Rosenberg zu einem Gipfelpunkt atavistischer Perversion geführt wurde. Der Mythos von der deutschen Geschichte mündete in „die Geburt der nordischen Rassenseele . . ." Der Erste Weltkrieg besiegelte Deutschlands Abkehr von der Ratio — immer laut Kohn — und den liberalen Ideen des Westens. Der Zweite Weltkrieg führte — wiederum in Verbindung mit dem Herrenmenschen-Mythos — zu dem kriminellen Unterfangen, „ganz Mittel- und Osteuropa zu einem antiwestlichen und antiliberalen Imperium zusammenzufassen."

Dieser im ersten Kapitel vorgezeichneten Linie folgt Kohn anschließend in all ihre philosophischen, literarischen, politisch-psychologischen, sozialen und geisteswissenschaftlichen Verästelungen. Eine erstaunliche Materialfülle wird komprimiert dargeboten. Dafür gebührt dem Verfasser unser Dank.

Einem etwas idealisiert gezeichneten Goethe-Bild stellt Kohn die geistigen Kräfte und Wesenszüge der deutschen Romantik gegenüber. Er nimmt eine Sowohl-als-auch-Position ein, die zwar objektiv gerechtfertigt ist, aber im Hinblick auf den einen oder anderen Repräsentanten — etwa Novalis — doch eine kritischere Stellungnahme wünschenswert erscheinen läßt. Auch die Wechselbeziehunoen von Romantik und Klassik sind etwas zu vage interpretiert. Ich darf hier auf eine Lücke im Gesamtbild hinweisen. Die Staatsmystik, die krude Diffamierung des rationalen Geistes, die Restauration scheußlicher philosophischer und theologischer Barbarismen des Mittelalters, die schwachsinnige Lust am Provinzialismus der Volkspoesie, die blinde Vergötzung der „Nationaltugenden" und schließlich die Reaktivierung der vaterländischen Gefühle werden zwar dem ideologischen System der Romantik angelastet. Doch mißt Kohn meines Erachtens der vorausgehenden Epoche, die diese Ideologie entscheidend vorbereitete, zu wenig Beachtung bei. Schiller, Goethe, Herder, die „Wiederentdeckung der klassischen Antike", man kann das alles nicht als Antithese zur Romantik ansehen, ist es doch schon problematisch, überhaupt von einer „deutschen Aufklärung" zu sprechen. Haben wir doch endlich einmal den Mut zur wahrhaftigen Auseinandersetzung! Nicht nur die politischen Historiker von Treitschke bis Ranke haben am deutschen Geschichtsmythos gewebt. Die deutsche Literaturgeschichtsschreibung perfektioniert deren Werk bis in unsere unmittelbare Gegenwart hinein. „Schillers ästhetisch-ethische Politeia ist die Magna Charta des humanistischen Welt-Innenreiches der Deutschen." So lese ich in der Weltliteraturgeschichte von Laaths. Das ist eines von hundert Beispielen, die ich gerne nachzuweisen bereit bin. Die deutsche Literaturgeschichte neigt dazu, unsere geistigen Laster zu idealisieren.

Die Aufklärung vollzog sich im Westen, wo sie in politische Aktion umgesetzt wurde. In Amerika führte sie sogar zur Errichtung der ersten Demokratie der Geschichte. (Die antiken Stadt-Demokratien sollte man mit äußerster Vorsicht als politische Idealgebilde beurteilen. Sie waren vielmehr auf der Basis der Sklavenwirtschaft errichtete Populär-Oligarchien.)

In Deutschland stand Leibniz einsam als internationale Größe in der geistesgeschichtlichen Topographie des 17. und 18. Jahrhunderts. Er nahm — teils intuitiv, teils bewußt — die deutsche Aufklärung vorweg, die dann nicht stattfand. Von Leibniz zu Wolff ist das Gefälle schon beängstigend. Intellektuell verhielten sich eigentlich nur Gottsched, Lessing und Kant. Gottsched war leider zu unbedeutend, Les-

sing zu überragend. Und durch das Werk von Kant verläuft bereits die Demarkationslinie zwischen Rationalismus und Idealismus. Dasselbe gilt für Schillers Werk. Schiller fand mit „Kabale und Liebe" die bestürzende Formel der dramatischen Anklage gegen fürstlichen Absolutismus und Sklaverei. Dann aber wurde ihm Freiheit zum ästhetischen Ideal, während er gleichzeitig einen Teil seiner intellektuellen Lebenskraft aus dem republikanischen Gedanken schöpfte. Dualismus also. Welch ein Glücksfall in der klassischen Dramatik ist „Don Carlos". Aber warum ist Franz Moor ein solches Monstrum des Atheismus und Materialismus? Hier diffamierte Schiller bewußt die rationale Strenge der Aufklärung. Franz, der intellektuelle Verbrecher, bringt heute noch Lieschen Müllers Atem zum Stocken. Und was soll man mit der Verklärung des Kampfes „störrischer Hirten gegen den Andrang der geschichtlichen Entwicklung" (Engels) in „Wilhelm Tell" anfangen, dem sogar Kohn das Prädikat des Freiheitshelden zugesteht? Man lese einmal als Gegengift Engels' Schrift „Der Schweizer Bürgerkrieg", um ein für allemal von der Illusion geheilt zu werden, die Kantonschweizer seien Demokraten gewesen. Schillers zunächst positive Einstellung zur Französischen Revolution verkümmerte zusehends und schlug dann in kleinbürgerlichen Moral-Formalismus um (vgl. Georg Lukács).

Selbst Kant endete im Dunstkreis des Idealismus. Auf solchem Boden vollzog sich bereits die Kapitulation einer zwar schwachen, aber doch profilierten und vor allem entwicklungsfähig scheinenden intellektuellen Position in Deutschland, die mit den Namen Leibniz, Kant, Lessing, Lichtenberg bereits umrissen sein dürfte. Im Hinblick auf die Repräsentanten der westlichen Aufklärung von Locke bis Hume, von Descartes bis Voltaire, wagt man kaum noch einen Gessner, Wieland, Mendelssohn in den Kreis der deutschen Aufklärung einzubeziehen. In hemmungsloser Unbefangenheit verzichtet dagegen so manche Literaturgeschichte nicht einmal auf Bodmer, Gellert, Gleim und Claudius. Dieses Unvermögen, eine Situation wahrhaftig zu beurteilen, ist insofern verhängnisvoll, als es für legitim gehalten wird. Schiller bedeutet uns doch nicht weniger, wenn wir seine — uns bedenklich erscheinenden — Intentionen in einem anderen Lichte als dem der herkömmlichen Geschichtsbetrachtung sehen. Schiller und Kant waren Hoffnungen. Gerade ihre Größe bestimmt das Ausmaß der Enttäuschung dessen, der sie um ihrer Größe willen liebt und sie um ihrer geistigen Laster willen nicht mehr so ganz lieben darf. Kant und Schiller schufen also schon die verhängnisvolle Konstellation, die mit den Fluchtburgen des Sturm und Drang, der Empfindsamkeit. der Romantik. des Klassizismus, des deutschen Idealismus markant umgrenzt wurde. Hätten die deutschen Dichter und Denker ihrem Volk etwas weniger musisches und philosophisches Heroin geboten und ihm statt dessen politischen Verstand beigebracht und ein demokratisches Bewußtsein anerzogen, so wären vermutlich 150 Jahre deutscher Geschichte anders verlaufen.

Ich möchte sogar annehmen, daß Marx — hätte er nicht in England gelebt — die Rationalisierung der Hegelschen Dialektik nicht in die letztgültige Form des Materialismus zu gießen imstande gewesen wäre.

Das alles sind Aspekte, die ich bei Hans Kohn vermisse. Dafür ist die Kausalkette von Bismarck zu Hitler in seiner Darstellung (nachdem er zuvor bereits das klägliche Versagen des liberalen Bürgertums 1848 enthüllte) ebenso gründlich wie stichhaltig nachgezeichnet. Die Ideenträger und Wortführer des militanten Nationalismus, die geistigen Repräsentanten des ins Gigantische und Transzendentale verlagerten Teutonentums (das, weltpolitisch betrachtet, nur muffigen Provinzialismus verbreitete) werden einigen wenigen Vertretern der humanistischen Vernunft und dem größeren Kreis der ins patriotische Lager übergelaufenen Liberalen gegenübergestellt. Kohn spricht von der verhängnisvollen „Selbsterniedrigung der Liberalen und des Bürgertums vor der Junkeraristokratie und den Militärexperten". In diesem Zusammenhang wird auch wieder einmal verdeutlicht, welch einsame Rollen Männern wie Gagern, Gervinus und Herwegh im Teufelskreis vaterländischer Borniertheit zufielen. Es ist gut, daß auch einem Mommsen wenigstens in jenem Bereich, wo es ihm gebührt, Gerechtigkeit widerfährt. 1902 hatte der früher als eifriger Ideologe Bismarcks aufgetretene Mommsen über die Sozialdemokratische Partei gesagt: „Zur Zeit ist dies die einzige große Partei, die Anspruch hat auf politische Achtung ..." Das war allerdings, wie gesagt, 1902. Über Wagner, Nietzsche, Rilke, Löns, Blunck (wobei selbstverständlich der Maßstab der

Qualität die subtileren Gestalten von den vulgären trennt) und andere Dichter, Historiker, Kolporteure gelangt Kohn dann in die unmittelbare Ahnengalerie des Nationalsozialismus, der in dieser Untersuchung ausgeklammert ist. Daß dabei Jünger, Pongs, Wirsing, Zehrer, Ferdinand Fried, um nur einige der längst demokratisch „avancierten" geistigen Klimamacher zu nennen, nicht geschont werden, verdient Beifall. Naiv allerdings ist Kohns Schlußfolgerung, daß aus der letzten Katastrophe ein „großer Gewinn hervorgegangen" sei: „Ein demokratisches Deutschland, das endlich den ihm gebührenden Platz in der modernen westlichen Welt einnimmt." Daß in diesem Deutschland genau wieder diejenigen Kräfte diffamiert werden, deren Minorität in der deutschen Geschichte Kohn mit Recht beklagt, scheint seinem Historikerblick entgangen zu sein. Als dankbarer, wenn auch nicht immer konformer Leser bedauert man diese linkische Verbeugung nach einem bemerkenswerten Auftritt.

Eigenartigerweise berührt Kohn — selbst in den Kapiteln, die sich mit Langbehn, Lagarde und Moeller van den Bruck beschäftigen — die antisemitische Problematik nur am Rande. In welchem Maße auch der völkische Antisemitismus das geistespolitische Klima bestimmte, kann in dem ausgezeichneten Werk von Fritz *Stern* „Kulturpessimismus als politische Gefahr" nachgelesen werden. Sterns „Pathologie der Kulturkritik" konzentriert sich vernünftigerweise auf die obengenannten drei Propheten der völkischen Lebensform, um deren verhängnisvolle Auswirkungen auf die politischen Denk- und Verhaltensweisen umso eindringlicher darzustellen.

Gerade das Untergründige sichtbar gemacht zu haben, ist Sterns Verdienst. „Wenn auch die Ideen von Lagarde, Langbehn und Moeller nicht zu einem geschlossenen System zusammengefaßt wurden, so beeinflußte doch ihr Sinngehalt das ‚Lebensgefühl' zweier Generationen achtbarer Deutscher vor Hitler. Zwar blieben diese idées-forces meist im Hintergrund; sie waren eine Unterströmung im Bereich des Glaubens, die nur in Krisenmomenten sichtbar wurde. Aber sie nährten die Ablehnung der modernen Gesellschaft durch ‚deutsche Idealisten' und deren Ressentiment gegen die Unzulänglichkeiten ‚westlicher' Ideale und Institutionen ..." Es ist schlimm genug, daß — wie Stern mit Recht kritisiert — die „konservative Revolution — und erst recht deren gesamteuropäischer Charakter — der Aufmerksamkeit der Historiker völlig entgangen" ist. Indessen bin ich nicht der Ansicht, daß die politischen Manifestationen der Reaktion (ein Ausdruck, der mir auch treffender erscheint als „konservative Revolution") nur vereinzelt sichtbar wurden. Ihre Systematik wurde gerade von Ernst Nolte in der umfassenden Phänomenologie „Der Faschismus in seiner Epoche" (die wir noch eingehend besprechen werden) dargestellt, wenn auch nicht mit der notwendigen Konsequenz. Jedenfalls sind die Wechselbeziehungen der Action Francaise, des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus als dichtes Netz erkennbar, das über der europäischen Topographie eines ganzen Jahrhunderts lastet. Den „ideologischen Angriff auf die Modernität, auf den ganzen Komplex von Ideen und Einrichtungen, in dem sich unsere liberale, weltliche, industrielle Zivilisation verkörpert", auf den knappen Nenner einer „konservativen Revolution" zu bringen, erscheint mir also nicht statthaft, jedenfalls nicht im Sinne historischer Präzisierung. Dann müßte man ja fast auch die im Zeichen des historischen Materialismus resp. Marxismus geführte Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Liberalismus (und keineswegs mit dem Liberalismus an sich; das ist eine antimarxistische Zwecklüge) in diesen Hilfsbegriff einbeziehen. Aber gerade das will Stern ja doch wohl vermeiden. Im übrigen erfährt die nunmehr dreihundert Jahre währende Emanzipationsepoche des rationalen Geistes unvermindert heftige Ablehnung seitens völlig heterogener Kräfte. Selbst ein angesehener Historiker wie Jan Pieter Bouman („Kultur und Gesellschaft der Neuzeit"; Walter Verlag) diffamiert eiskalt den Humanismus als „Gemeingut einer intellektuellen Aristokratie" und bezweifelt seine „formgebende Kraft für die moralische Erziehung der großen Masse". Das läuft dann natürlich auf die generelle Deklassierung des Rationalismus hinaus. Kulturpessimismus wird als Indiz der demoralisierten (glaubenslosen, materiellen) Zivilisation dialektisch mißbraucht. Ein wenigstens warnender Hinweis auf die unbehinderte Neuentfaltung des Kulturpessimismus gleich nach Kriegsende (Beispiel: Zehrers „Der Mensch in dieser Welt") hätte den Nutzeffekt des Buches von Stern verstärkt. Es sei also hier

nachgeholt: Der vordergründige Zweck des Kulturpessimismus von heute ist die Instandhaltung des Autoritätsmythos. Wenn Stern feststellt, daß der Kulturpessimismus in den Vereinigten Staaten heute zahlreiche Anhänger habe, so darf man als Europäer ergänzen: in Adenauer, de Gaulle und Erhard erschufen sich die Aktivisten des Kulturpessimismus sogar schon wieder neue Führergestalten: die „starken Männer", die den schon so oft gepredigten, aber nie erfolgten „Untergang des Abendlandes" wieder einmal verhindern sollen.

Ein peinliches Gefälle ist auf den letzten Seiten des Schlußkapitels „Vom Idealismus zum Nihilismus" zu beobachten. Stern glaubt, eine „Trennung" der „konservativen Revolution" vom Nationalsozialismus konstruieren zu müssen. „Diese Trennung bedeutete für die konservativen Revolutionäre eine bittere, heroisch ertragene Erfahrung. Es spricht für die echte Geistigkeit der konservativen Revolution, daß die Wirklichkeit des Hitlerschen Dritten Reiches viele ihrer Anhänger in die Opposition trieb." Einige profilierte Vertreter der konservativen Rechten gingen tatsächlich in die Opposition oder ins Exil. Die wirklich Einsichtigen haben sich während dieser Zeit wohl auch gewandelt. Die Mehrzahl der Anhänger jener Kreise aber diente Hitler so treu, wie sie heute die Demokratie bedient. Die Mitverantwortung der rechtsstehenden Intelligenz Deutschlands an der Entfaltung der NSDAP ist besonders im Kapitel über Moeller van den Bruck erkennbar. Stern hat zwar einige apologetische Einwände, die aber den nüchternen Leser kaum irritieren werden. Als zeitgeschichtliche Studie möchte ich dieses Buch trotz aller Kritik für unentbehrlich erklären.

Kaum gelten lassen kann man dagegen den Anspruch, als „historisch-politische Studie" verstanden zu werden, der für das Werk „Romantik als deutsches Schicksal" von Ferdinand *Lion* erhoben wird.

Das 1946 entstandene und jetzt in einer Neuausgabe vorgelegte Buch tangiert zwar politische Bereiche, ist aber ganz von der geistesgeschichtlichen und ästhetischen Perspektive aus konzipiert. Es ist die Apologie der Romantik durch einen Romantiker. Was sie literarisch-ästhetisch wertvoll macht, ist die wirklich perfekte Wesensbestimmung des Romantischen als Weltbild, als Psychologie, als Ideologie. Wenn man sich nach der Lektüre von Kohn und Stern immer fragt: wie konnte eigentlich die Romantik eine derart intensive geistespolitische Strahlkraft erlangen, so gibt Lion die Antwort der Sache selbst. Das heißt, er grenzt das subjektiv Erfahrene nach außen hin ab (während der rational aufklärende Historiker sein Objekt von außen her einkreist).

Ein Beispiel: „Der Romantiker will nicht die Berge überwinden, er erkennt ihre Überlegenheit an, und halb mit Grausen, halb mit wollüstiger Angst nähert er sich, dringt durch das Gewinde von Tälern, Schluchten ein, verirrt sich immer mehr, weiß sich verloren. Es ist eine andere, eine unmenschliche Welt, von der er sich vergewaltigen läßt. Dabei bekommt er Einsicht in seine eigenen, auf Bergesweise verschütteten Geheimnisse. Wie sein Inneres zerrissen, zerrüttet ist, so ist es auch die große Erde ..." Und so weiter. Man sieht, welch groteske Ausmaße die romantische Identifizerung annimmt. Der Wald wird zur Kathedrale, er „hat eine priesterliche Stimme: dunkles Rauschen in den Kronen, das plötzlich orkanartig anwachsen kann. Sobald diese Stimme schweigt, fängt unten ein kaum hörbares Rauschen an, ein Geheimwesen, ein Rieseln von Säften: Vorbereitungen für die nächste Jahreszeit ..." So zu lesen im ersten Teil, der die „Elemente der Romantik" behandelt.

Die totale Mystifikation von Leben und Geist, verbunden mit einer potenzierten Ich-Vergötzung, muß zwangsläufig auch den dürftigsten Schimmer rational-politischer Einsicht zerstören. Wo sich das romantische Wesen aber in die Politik drängt, kann es sich nur in einem — seiner eigenen Hybris entsprechenden — totalitären Mythos erfüllen. So kann man bei Hans-Jochen Gamm („Der braune Kult") nachlesen, in welchem Maße die Hakenkreuzreligion (Kampf, Führer, Fahne, Vaterland, Orden, Treue, Blut) sich romantischer Maßlosigkeit und romantischer Symbolik bediente. Aber verfallen kann einer solchen Religion nur ein Volk, an dem die Aufklärung so gut wie spurlos vorbeigegangen ist. Lion aber vermag die masochistische Ideologie der Romantik nicht zu erkennen. Er kennt ihre Gefahren genau. Er weiß, in welchen Situationen sie zur Aktion wird. Er beschreibt exakt ihre Phänotypen. Es gelingen ihm reizvoll subjektive Porträts Heines, Kleists, Wagners u. a. Im dritten Teil beschäftigt er sich mit der Verbindung von Preußentum und Romantik und der

Auflösung dieser Verbindung in Wilhelm II!

Aber man kommt nicht weiter mit diesem Buch. Romantik bleibt, wie der Titel sagt, deutsches Schicksal — auch das also ein Mythos. Die Romantik als masochistische Degenerationserscheinung des deutschen Geistes darzustellen, als pervertierte Ideologie der Dekadenz, dazu bedarf es einer ökonomischen Ratio, zu der ein schwärmerisches Temperament wie Lion keinen Zugang findet. Das Pathos seiner Sprache entspricht dem Wohlbehagen an Nacht und Nebel. Man verzeihe dieses kleine Wortspiel. Nacht als Symbol romantischen Empfindens, Nebel als Metapher für die Begriffswelt der romantischen Philosophie sind als makabre begriffliche Mutation in die NS-Geschichte eingegangen. Hitlers „Nacht-und-Nebel"-Erlaß (7. 12. 41) machte sich das Mysteriöse als verbrecherisches Abschreckungsmittel zunutze.

Egbert Hoehl

Neuerscheinungen

Geschichte und Zeitgeschichte

Herbert Kühn, Vorgeschichte der Menschheit. Dokumente der Kultur und Geschichte. Verlag DuMont Schauberg, Köln, 1. Band: Altsteinzeit und Mittelsteinzeit, 243 S. mit 125 Abb. und 42 Zeichnungen, Paperback 11,80 DM; 2. Band: Neusteinzeit, 200 S. mit 120 Abb. und 40 Zeichnungen, Paperback 12,80 DM.

Barbara W. Tuchman, August 1914. Aus dem Englischen. Scherz Verlag, Stuttgart, 592 S., 12 Karten und 20 Abb., Ln. 28,— DM.

Hermann Rauschning, Die Revolution des Nihilismus. Kulisse und Wirklichkeit im Dritten Reich. Neu herausgegeben von Golo Mann. Europa Verlag, Zürich, 360 S., Paperback 17,50 DM. — Dieses in viele Sprachen übersetzte Buch gehört, obwohl es vor mehr als 25 Jahren in der Emigration niedergeschrieben wurde, auch heute noch zu den scharfsinnigsten Analysen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Die erste Auflage erschien 1938 und ist auf dem deutschen Büchermarkt weitgehend unbekannt geblieben.

Ulrich v. Hassel, Vom Andren Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938—1944. Mit einem Geleitwort von Hans Rothfels. Fischer-Bücherei, Frankfurt/Hamburg, 363 S., br. 3,80 DM (Fischer-Bücherei / Bücher des Wissens / Großbd. 605). — Aufzeichnungen des deutschen Botschafters v. Hassel, den die Nationalsozialisten im September 1944 hinrichten ließen. Die Taschenbuchausgabe wurde vom Institut für Zeitgeschichte (München) bearbeitet.

Heinrich Fraenkel/Roger Manvell, Der 20. Juli. Vorwort von Wolf Graf v. Baudissin. Ullstein-Verlag, Darmstadt, 240 S., 6 Kartenskizzen, Quellennachweis, Bibliographie und Register, Ln. 14,80 DM.

Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Deutscher Taschenbuch-Verlag, München, 594 S., br. 6,80 DM (DTV Dreichfachbd. 216—18). — Mit zahlreichen Dokumenten.

Dov B. Schmorak, Der Prozeß Eichmann. Dargestellt an Hand der in Nürnberg und Jerusalem vorgelegten Dokumente sowie der Gerichtsprotokolle. Hans Deutsch Verlag, Wien, 436 S. mit 24 Aufnahmen, Ln. 30,— DM.

Aktuelle Themen

Wolfgang Schweitzer, Gerechtigkeit und Friede an Deutschlands Ostgrenzen. Käthe Vogt Verlag, Berlin, 134 S., kart. 8,80 DM (Unterwegs — Eine evangelische Zeitbuchreihe, Bd. 24).

Thomas G. Buchanan, Das Rätsel von Dallas oder Auf den Spuren der Mörder. Rowohlt Verlag, Reinbek, 141 S., br. 2,20 DM (rororo/Aktuell/Bd. 684). — Ein amerikanischer Journalist hat die amtlichen Verlautbarungen über das Attentat auf Präsident Kennedy kritisch unter die Lupe genommen, eigene Recherchen angestellt und ist bei seinen Untersuchungen zu teilweise recht überraschenden Ergebnissen gelangt.

Georg Picht, Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation. Walter Verlag, Olten/Freiburg, ca. 250 S., Paperback 9,80 DM.

Rudolf Augstein, Spiegelungen. List Verlag, München, 150 S., br. 2,40 DM (List-Taschenbuch Bd. 272). — Sammlung von Aufsätzen und Kommentaren des „Spiegel"-Herausgebers.

Robert Havemann, Dialektik ohne Dogma? Naturwissenschaft und Weltanschauung. Rowohlt Verlag, Reinbek, 169 S., br.

2,20 DM (Rororo/Aktuell/Bd. 683). — Das Büchlein enthält den vieldiskutierten Vorlesungszyklus des ostberliner Hochschullehrers vor Studenten der Humboldt-Universität in Berlin.

Franz Ansprenger, Afrika. Eine politische Länderkunde. Ergänzte Neuauflage. Colloquium Verlag, Berlin, 128 S., 58 Karten, br. 4,80 DM (Zur Politik und Zeitgeschichte, Heft 8/9).

Hans-Joachim Winkler, Südostasien. Eine politische Länderkunde. Colloquium Verlag, Berlin, 152 S., br. 4,80 DM (Zur Politik und Zeitgeschichte, Heft 16/17).

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut des Vertrages über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Die Deutsche Demokratische Republik und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben, geleitet von dem Wunsch, die brüderliche Freundschaft zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken weiter zu entwickeln und zu festigen, was den Grundinteressen der Völker beider Länder und der gesamten sozialistischen Gemeinschaft entspricht, aufbauend auf der brüderlichen und allseitigen Zusammenarbeit, die ein Grundpfeiler der Politik ist, welche die Beziehungen zwischen beiden Staaten bestimmt, und die sich seit dem Abschluß des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 20. September 1955 noch enger und herzlicher gestaltet hat, in der festen Absicht, die Sicherung des Friedens in Europa und in der ganzen Welt zu fördern und unbeirrt eine Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu befolgen, von der Entschlossenheit erfüllt, ihre Anstrengungen zu vereinen, um — gestützt auf den Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. Mai 1955 — der Bedrohung der internationalen Sicherheit und des Friedens durch die eine Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges anstrebenden revanchistischen und militaristischen Kräfte wirksam entgegenzutreten und die terratoriale Integrität und Souveränität beider Staaten gegen jeden Angriff zu verteidigen, in der übereinstimmenden Auffassung, daß der erste Arbeiter- und Bauern-Staat in der Geschichte Deutschlands — die Deutsche Demokratische Republik, die die Grundsätze des Potsdamer Abkommens verwirklicht hat — den Weg des Friedens geht und ein wichtiger Faktor zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa und zur Abwendung der Kriegsgefahr ist, in dem Wunsch, den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages zu erleichtern und die Verwirklichung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage zu fördern, geleitet von den Zielen und den Grundsätzen der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen, folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die hohen vertragschließenden Seiten werden, ausgehend von der vollen Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der staatlichen Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten sowie von den hohen Prinzipien des sozialistischen Internationalismus, indem sie die Prinzipien des gegenseitigen Vorteils und der gegenseitigen brüderlichen Hilfe verwirklichen, auch künftig die Beziehungen der Freundschaft und engen Zusammenarbeit auf allen Gebieten entwickeln und festigen.

Artikel 2

Die hohen vertragschließenden Seiten werden im Interesse des Friedens und der friedlichen Zukunft der Völker, darunter des deutschen Volkes, unbeirrt für die Beseitigung

der Überreste des zweiten Weltkrieges, für den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die Normalisierung der Lage in Westberlin auf seiner Grundlage eintreten.

Beide Seiten gehen davon aus, daß bis zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich nach wie vor ihre Verantwortung für die Verwirklichung der Forderungen und Verpflichtungen auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland tragen, die die Regierungen der vier Mächte gemeinsam im Potsdamer und in anderen internationalen Abkommen zur Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus und zur Verhinderung einer deutschen Aggression übernommen haben.

Artikel 3

Die hohen vertragschließenden Seiten vereinen ihre Anstrengungen zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt in Übereinstimmung mit den Zielen und den Grundsätzen der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen. Sie werden alle von ihnen abhängigen Maßnahmen treffen, um auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz die Lösung grundlegender internationaler Probleme zu fördern, wie die allgemeine und vollständige Abrüstung einschließlich solcher Teilmaßnahmen, die zur Einstellung des Wettrüstens und zur Minderung der internationalen Spannungen beitragen, sowie die Beseitigung des Kolonialismus, die Beilegung territorialer und Grenzstreitigkeiten zwischen den Staaten mit friedlichen Mitteln und andere.

Artikel 4

Angesichts der bestehenden Gefahr eines Aggressionskrieges seitens militaristischer und revanchistischer Kräfte erklären die hohen vertragschließenden Seiten feierlich, daß die Unantastbarkeit der Staatsgrenzen der Deutschen Demokratischen Republik einer der Grundfaktoren der europäischen Sicherheit ist. Sie bekräftigen ihre feste Entschlossenheit, in Übereinstimmung mit dem Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, die Unantastbarkeit dieser Grenzen gemeinsam zu gewährleisten.

Die hohen vertragschließenden Seiten werden auch alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um eine Aggression der Kräfte des Militarismus und Revanchismus, die eine Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges anstreben, zu verhindern.

Artikel 5

Im Falle eines bewaffneten Überfalls irgendeines Staates oder irgendeiner Staatengruppe auf eine der hohen vertragschließenden Seiten in Europa wird die andere hohe vertragschließende Seite dieser in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand sofortigen Beistand erweisen.

Von den ergriffenen Maßnahmen wird dem Sicherheitsrat in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen Mitteilung gemacht werden. Diese Maßnahmen werden eingestellt, sobald der Sicherheitsrat die Maßnahmen ergreift, die zur Wiederherstellung und Erhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit erforderlich sind.

Artikel 6

Die hohen vertragschließenden Seiten werden Westberlin als selbständige politische Einheit betrachten.

Artikel 7

Die hohen vertragschließenden Seiten bekräftigen ihren Standpunkt, daß angesichts der Existenz zweier souveräner Staaten — der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland — die Schaffung eines friedliebenden, demokratischen, einheitlichen deutschen Staates nur durch gleichberechtigte Verhandlungen und eine Verständigung zwischen beiden souveränen deutschen Staaten erreicht werden kann.

Artikel 8

Die hohen vertragschließenden Seiten werden auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils und der uneigennützigen brüderlichen Zusammenarbeit, in Übereinstimmung mit

den Grundsätzen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, die wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen zwischen beiden Staaten maximal entwickeln und festigen, in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne, die Spezialisierung und Kooperation der Produktion verwirklichen und durch die Annäherung und Abstimmung der nationalen Wirtschaften beider Staaten ein Höchstmaß an Produktivität sichern.

Beide Seiten werden auch weiterhin ihre Beziehungen auf kulturellem, gesellschaftlichem und sportlichem Gebiet wie auf dem Gebiet des Touristenverkehrs entwickeln.

Artikel 9

Dieser Vertrag berührt nicht Rechte und Pflichten der beiden Seiten aus geltenden zweiseitigen und anderen internationalen Abkommen einschließlich des Potsdauer Abkommens.

Artikel 10

Dieser Vertrag wird für die Dauer von zwanzig Jahren vom Tage des Inkrafttretens gültig sein. Wenn ihn nicht eine der hohen vertragschließenden Seiten zwölf Monate vor Ablauf der Geltungsdauer des Vertrages kündigt, bleibt der Vertrag weitere zehn Jahre in Kraft.

Im Falle der Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden deutschen Staates oder des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages kann dieser Vertrag vor Ablauf der Frist von zwanzig Jahren auf Wunsch jeder der hohen vertragschließenden Seiten überprüft werden.

Artikel 11

Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung und tritt in Kraft mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der in nächster Zeit in Berlin erfolgt.

Ausgefertigt in Moskau am 12. Juni 1964 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und russischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die Deutsche Demokratische Republik
Walter Ulbricht, Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik
Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
N. S. Chruschtschow, Vorsitzender des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Drei-Mächte-Erklärung zum Moskauer Abkommen

Nach längeren Erörterungen in den westlichen Hauptstädten und in „enger Konsultation mit der Bundesregierung" wurde am 26. Juni 1964 folgende Erklärung Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten veröffentlicht:

Die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten wünschen, nach Konsultierung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, zu dem von der Sowjetunion und der sogenannten „Deutschen Demokratischen Republik" am 12. Juni 1964 unterzeichneten Abkommen die folgenden Feststellungen zu treffen. Dieses Abkommen berührt unter anderem Fragen, die Deutschland als Ganzes und insbesondere Berlin betreffen.

1. Wie der sowjetischen Regierung vor der Unterzeichnung dieses Abkommens in Erinnerung gerufen wurde, ist es klar, daß ein Abkommen, das die Sowjetunion mit der sogenannten „DDR" abschließt, die sowjetischen Verpflichtungen oder Verantwortlichkeiten aus Abkommen und Abmachungen mit den Drei Mächten über Deutschland einschließlich Berlins und des Zugangs dorthin nicht berühren kann. Die Drei Regierungen sind der Auffassung, daß die Sowjetunion durch diese Verpflichtungen gebunden bleibt, und sie werden weiterhin die sowjetische Regierung für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen verantwortlich halten.

2. West-Berlin ist keine „selbständige politische Einheit". Im Rahmen ihrer Verantwortung für Gesamtdeutschland haben die Vier Mächte die deutsche Hauptstadt, die Stadt

„Groß-Berlin", unter ihre gemeinschaftliche Verwaltung gestellt. Einseitige Schritte, die von der sowjetischen Regierung getan werden, um die Vier-Mächte-Verwaltung der Stadt lahmzulegen, können diese Rechtslage in keiner Weise ändern und die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte hinsichtlich Berlins nicht aufheben. Unter Vorbehalt ihrer Rechte hinsichtlich Berlins haben die Drei Westmächte mit Rücksicht auf die Notwendigkeiten der Entwicklung der Stadt im Einklang mit den Verträgen vom 23. Oktober 1954 die Herstellung enger Bindungen zwischen Berlin und der Bundesrepublik Deutschland genehmigt, und zwar einschließlich der Erlaubnis, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Vertretung Berlins und der Berliner Bevölkerung nach außen wahrnimmt. Diese Bindungen, die als solche für die Lebensfähigkeit Berlins wesentlich sind, sind in keiner Weise unvereinbar mit dem Vier-Mächte-Status der Stadt und werden auch in Zukunft aufrechterhalten werden.

3. Die Drei Regierungen sind der Auffassung, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die einzige frei und rechtmäßig gebildete deutsche Regierung und daher berechtigt ist, für das deutsche Volk in internationalen Angelegenheiten zu sprechen. Die Drei Regierungen erkennen weder das ostdeutsche Regime noch die Existenz eines Staates in Ostdeutschland an. Was die Bestimmungen über die „Grenzen" dieses sogenannten Staates anbetrifft, wiederholen die Drei Regierungen, daß es innerhalb Deutschlands und Berlins keine Staatsgrenzen, vielmehr nur eine „Demarkationslinie" und die „Sektorengrenzen" gibt, und daß auf Grund eben der Abkommen, auf welche in dem Abkommen vom 12. Juni Bezug genommen wird, die endgültige Festlegung der Staatsgrenzen Deutschlands einer Friedensregelung für Gesamtdeutschland vorbehalten bleibt.

4. Der in dem Abkommen vom 12. Juni enthaltene Vorwurf des Revanchismus und Militarismus entbehrt der Grundlage. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat in ihrer Erklärung vom 3. Oktober 1954 auf die Anwendung von Gewalt zur Herbeiführung der Wiedervereinigung Deutschlands oder einer Änderung der derzeitigen Begrenzungslinien der Bundesrepublik Deutschland verzichtet. Das ist unverändert ihre Politik.

5. Die Drei Regierungen stimmen überein, daß die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit heute mehr denn je ein lebenswichtiges Problem für alle Nationen darstellt und daß eine gerechte und friedliche Regelung der ungelösten Probleme in Europa wesentlich ist für die Herstellung eines dauerhaften Friedens und für die Gewährleistung der Sicherheit. Eine solche Regelung erfordert die Anwendung des Selbstbestimmungsprinzips in ganz Deutschland. Dieses Prinzip wird in der Charta der Vereinten Nationen, auf die sich das Abkommen vom 12. Juni selbst beruft, bekräftigt. Durch Ignorierung dieses Prinzips sucht das Abkommen vom 12. Juni die willkürliche Teilung Deutschlands, die eine ständige Quelle internationaler Spannung und ein Hindernis für eine friedliche Regelung der europäischen Probleme darstellt, zu verewigen. Die Ausübung der Selbstbestimmung, die zur Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit führen soll, bleibt ein grundlegendes Ziel der Drei Regierungen.

6. Die Drei Regierungen sind der Überzeugung, daß eine derartige Regelung so bald wie möglich angestrebt werden sollte. Diese Regelung sollte schrittweise Lösungen einschließen, die zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Sicherheit in Europa führen. Auf dieser Grundlage sind die Drei Regierungen stets bereit, jede Gelegenheit zu nutzen, welche auf friedlichem Wege die deutsche Einheit in Freiheit wiederherstellt.

Die Bundesregierung begrüßt diese Erklärung der Drei Mächte und erklärt sich mit ihr in vollem Umfang einverstanden.

Bulletin v. 27. VI. 64

Brief des Malers, Grafikers und Kunstkritikers Henryk Berlewi an Ministerpräsident N. S. Chrustschow

Der nachstehend mit leichten Kürzungen abgedruckte, vor mehreren Wochen abgesandte Brief gewinnt durch die jüngst in Moskau stattgefundene Ausstellung des nicht im Stile des „Sozialistischen Realismus" arbeitenden sowjetischen Malers Ilija Glasunow an Aktualität. D. Red.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

mit allergrößtem Interesse habe ich die seit einiger Zeit in der Sowjetunion sich ent-

wickelnden Kontroversen über zwei verschiedene Kunstauffassungen verfolgt: den Sozialistischen Realismus und das, was man bei Ihnen den Ästhetischen Formalismus nennt.

Die Probleme der Kunst im allgemeinen und ganz besonders diejenigen, die die Zukunft der künstlerischen Gestaltung in der Sowjetunion betreffen, sind mir nicht gleichgültig. Abgesehen davon, daß diese Probleme die große Krise der Kunst in der ganzen heutigen Welt widerspiegeln und mich daher nicht gleichgültig lassen, gestatte ich mir hiermit als Maler und Kunstkritiker, der eine besonders affektive Beziehung zur russischen Kunst und Literatur besitzt, einige Vorschläge zu unterbreiten, die, wie ich hoffe,, zur Lösung der komplizierten Fragen, die sich heute dem Künstler aufdrängen, etwas beitragen könnten.

1. Der Kampf, den sich die beiden Kunstrichtungen liefern, hat nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in der ganzen Welt jetzt seinen Höhepunkt erreicht. Es hat den Anschein, daß es sich hier um einen Kampf auf Leben und Tod zweier diametral entgegengesetzter Konzeptionen handelt, dessen Ausgang für eine dieser Richtungen fatal sein kann. Entweder der Realismus siegt: in diesem Falle würde jede andere schöpferische Tätigkeit für immer vernichtet und ausgelöscht sein, oder aber die absolute schöpferische Freiheit triumphiert. Persönlich glaube ich nicht, daß dieser Kampf einen so dramatischen Charakter annehmen wird; ich bin vielmehr der Ansicht, daß auf diesem Gebiet nur Mißverständnisse und ein großes Durcheinander herrschen. Und gerade um, wie ich hoffe, zur Klärung und Beruhigung dieser Kontroverse beizutragen, habe ich mir erlaubt, einige Vorschläge zu unterbreiten.

2. Ich wende mich also an die Repräsentanten der akademischen Richtungen, die die traditionelle Kunstauffassung vertreten, und rufe ihnen zu: „Gebt weiter der auf akademischen Prinzipien ruhenden realistischen Kunst eine Stimme und würdigt die Institutionen, die großen Männer und die Forschungsergebnisse der Sowjetunion! Propagiert — insofern stimmt dies ja mit Eurer politischen und ästhetischen Überzeugung überein — die Wohltaten des kommunistischen Regimes, den sozialen, wirtschaftlichen, technischen und industriellen Fortschritt — nach den Prinzipien der realistischen Kunst —, aber laßt dann auch denen, die neue künstlerische Formen suchen und sich den feststehenden Regeln des akademischen Realismus entziehen, volle Freiheit bei ihrer Arbeit!"

Die Forscher nach neuen künstlerischen Formen sind ja nicht notwendigerweise Gegner des kommunistischen Regimes. Im Gegenteil, die Erfahrungen der letzten fünfzig Jahre haben uns bewiesen, daß sehr häufig, in der Welt wie auch in Rußland, diese Erneuerer der Kunst sich mit der Oktober-Revolution und den Aspirationen des Proletariats identifiziert haben.

Als ehemaliger Akademiker und jetziger abstrakter Maler appelliere ich an meine russischen Kollegen, die auf ihren realistischen Anschauungen beharren, tolerant zu sein gegenüber denen, die zu neuen Ausdrucksformen in künstlerischer und literarischer Hinsicht streben. Jedoch erwarte ich von meinen Kollegen der „Nouvelle Vague" natürlich die gleiche Toleranz gegenüber den Anhängern des Prinzips der traditionellen Darstellung der Umwelt.

3. Ihre Reaktion, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, in bezug auf gegenstandslose Kunst ist völlig berechtigt. Wenn ich mich nicht täusche, ist die Welle des „Tachismus" und der „Informellen" Kunst auch bis in die Sowjetunion gelangt und hat eine Reihe von jungen Künstlern angesteckt. Diese, die die „Nouvelle Vague" in Rußland repräsentieren, haben diese importierte, undisziplinierte Kunst, die zum größten Teil aus dem Zufall und dem Unterbewußtsein entsteht, begeistert aufgenommen. Obwohl selber abstrakter Maler, betrachte ich die zwei Richtungen der Malerei, den „Tachismus" und die „Informelle" Kunst (mit wenigen Ausnahmen) als Produkte irregeleiteter Instinkte, hypersensiblen Raffinements, mentaler Inkohärenz und übersteigerten Individualismus'.

Es bestehen aber auch noch andere abstrakte Richtungen außer dem „Tachismus" und der „Informellen" Kunst. Ich denke da an die abstrakte konstruktivistische Kunst. Diese Richtung wird leider durch den „Tachismus" und die „Informelle" Kunst verdrängt, deren Erzeugnisse der Kunsthandel auf den Markt wirft und dadurch einer krankhaften Spekulation Vorschub leistet, die auf fiktiven, nicht auf tatsächlichen

Werten beruht. Trotzdem setzen die Adepten des Konstruktivismus, darunter auch der Unterzeichnete, der Lawine von tachistischen und informellen Erzeugnissen einen starken Widerstand entgegen.

Der Konstruktivismus ist in Rußland entstanden. Sein großer Protagonist war Wladimir Tatlin, Schöpfer des Projektes für ein Denkmal zu Ehren der 3. Internationale. Seine genialen Ideen sind in der ganzen Welt verbreitet, und heute nimmt der Konstruktivismus einen sehr bedeutenden Platz in Kunst und Architektur ein. Der geniale Maler Casimir Malévitch, Schöpfer des Suprematismus, gehört auch zur konstruktivistischen Richtung. Ferner muß ich hier noch die Namen anderer russischer Künstler erwähnen, an erster Stelle den hervorragenden Maler und Theoretiker Vassily Kandinsky, der ein unschätzbares Erbe an Ideen, Formen und Farben hinterließ. Obwohl im strengen Sinne des Wortes nicht Konstruktivist, hat er doch in geläuterten Formen dem geistigen Inhalt der Kunst einen solchen Reichtum an Farben, eingeschlossen in einem kristallenen Geometrismus, verliehen, daß man ihn, wenigstens in einer gewissen Schaffensperiode, der konstruktivistischen Richtung zuordnen kann. Neben diesen drei Großen der modernen Kunst finden sich noch andere berühmte russische Künstler, wie Lissitzky, Rodtschenko, Gabo, Pevsner, Udaltzowa, Exter etc., die im konstruktivistischen Sinne gearbeitet haben. Hier soll auch der Name des großen Bühnenregisseurs der Stücke von Maiakovski, Vsévolod Meyerhold, nicht unerwähnt sein, dessen revolutionäre Ideen epochemachend waren. Seine Dekorationen und Bühnenbilder im konstruktivistischen Stil gelten in der Theatergeschichte als einzigartiges wagemutiges Beispiel.

Unter dem Impuls des russischen Konstruktivismus habe ich selber die Theorie der Mechano-Faktur gegründet, die die manuelle Tätigkeit des Malers durch mechanische Mittel ersetzt und eine kollektivistische Ästhetik proklamiert.

Der Konstruktivismus und die Mechano-Faktur entsprechen völlig den sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten unserer Zeit und werden auch von den industriellen Arbeitsmethoden inspiriert. Durch diese Tatsache dienen Konstruktivismus und Mechano-Faktur der Kultur der Massen.

4. Ich möchte nun vorschlagen, alle Werke der großen russischen Konstruktivisten aus den Museen-Reserven herauszuholen und ihnen den ihnen gebührenden Platz zu verleihen. Diese großen Vorläufer und geistigen Väter der Sputniks sollten rehabilitiert und in ein Pantheon der russischen Kunst des 20. Jahrhunderts eingegliedert werden, denn ihre Werke und ihre Persönlichkeiten können als Beispiele heroischen Schöpfertums der jungen Künstlergeneration der Sowjetunion dienen, die noch ihren Weg sucht.

An dieser Stelle möchte ich sogar gewisse Werke des sozialistischen Realismus nicht verurteilen, trotzdem ihr einziger Zweck der Kult der Persönlichkeit war, ein Kult, den Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, bereits verbannt haben; ich darf aber bemerken, daß die von den sozial-realistischen Künstlern gebrauchte F o r m häufig nichts mehr mit revolutionärem Geist zu tun hat, sondern den alten typischen Stil der bürgerlichen Kunst kopiert. Diese künstlerische Form kann also als k o n t r a r e v o l u t i o n ä r betrachtet werden; dagegen zielen die neuen Formen, die die russischen Konstruktivisten schufen, darauf hin, die Strebungen des Proletariats auszudrücken, dienen seiner Sache, denn ihr Stil war proletarisch.

Als Konstruktivist und Gründer der Mechano-Faktur möchte ich Sie bitten, in Ihrem historischen Kontext die großen Errungenschaften der konstruktivistischen russischen Kunst der Jahre 1913—1925 wieder hervorzuheben. Der Sozialistische Realismus kann, als Instrument der Propaganda, seine Arbeit, solange es nötig sein wird, fortsetzen. Aber vom Standpunkt künstlerischer Evolution aus, das heißt, von der Formgestaltung her gesehen — einer Evolution, die immer eine conditio sine qua non des künstlerischen Fortschritts gewesen war — erscheint mir die Wiedereinsetzung des Konstruktivismus und auch die ähnlichen avantgardistischen Experimente eine dringende Notwendigkeit.

Ich bin gern bereit, an der Wiederherstellung der Errungenschaften der prominenten russischen Künstler mitzuwirken, die der großen Oktober-Revolution treu waren. Die Koexistenz des Sozialistischen Realismus und des Abstrakten Sozialistischen Konstruktivismus scheinen im Augenblick das einzige Mittel, aus der Sackgasse herauszukommen, in der sich die russische Kunst jetzt befindet.

Als Zeichen des persönlichen Interesses, das ich an der sowjetischen Kunst nehme, habe ich mir, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, erlaubt, dieses Schreiben an Sie zu richten, und ich bitte höflich um Ihre Rückäußerung zu den darin niedergelegten Vorschlägen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

ergebenst
gez. Henryk Berlewi, Paris (z. Zt. Berlin)

PS. Neben den ästhetischen, kulturellen und soziologischen Betrachtungen besteht noch ein anderer Aspekt dieses Problems, dem ich einige Worte nachschicken möchte, nämlich der ökonomische Aspekt.

Das Anathema, das die Vertreter des Sozialistischen Realismus über die künstlerischen und literarischen Werke der Vorläufer (oder „Formalisten") verhängt haben, ist die Ursache riesiger finanzieller Verluste, die nicht nur die Kunst, sondern auch den russischen nationalen Staatsschatz belasten.

Einige bemerkenswerte Beispiele:

1. Der große Künstler und Theoretiker Casimir Malévitch, von dem ich oben schon sprach, der Schöpfer des Suprematismus, hinterließ nach seinem Tod ein großes Erbe. Nach seiner Rückreise aus Deutschland 1927, wo er sich einige Zeit aufgehalten hatte, ist eine große Anzahl seiner Bilder von unschätzbarem Wert bei einem seiner Freunde, Prof. Hering in Ulm, aufbewahrt worden.

Da niemand von der Familie Malévitch und auch kein Vertreter der russischen Regierung sie reklamiert hat, hat Herr Sandberg, Direktor des Stedelijk Museum in Amsterdam, der hier eine glänzende Gelegenheit witterte, sie unter Bedingungen, die man als spottbillig bezeichnen kann, von ihm übernommen. Diese sensationellen Schätze, Erbe eines großen russischen Malers, befinden sich im Stedelijk Museum und erregen dort den Neid aller Museen der Welt. So sind diese großen Kunstwerke, statt in ihrem Heimatland das künstlerische Erbe der Sowjetunion zu bereichern, Gegenstand einer Transaktion — die übrigens ziemlich mysteriös durchgeführt wurde — deren alleiniger Nutznießer heute Holland ist.

2. Vierzig Jahre lang lebte in Paris ein russisches Künstlerehepaar: Nathalie Gontcharowa und Michel Larionow. Lange Jahre haben sie mit Serge Diaghilew, der die russische Ballettkunst in der ganzen Welt berühmt machte, zusammengearbeitet. Die Bühnenbilder der Gontcharowa sind wahrhafte Farben-Märchenbilder, in denen der russische Geist in all seiner Phantasmagorie zum Ausdruck kam. Was Larionov angeht, so sind seine Bilder weltberühmt, da er der Schöpfer des „Rayonnismus" (Loutchismus) ist. Gontcharowa ist vor einigen Monaten gestorben, und Larionow*) ist heute ein sehr kranker Mann. Ihrer beider Werke sind die Lockspeise für Spekulateure und Kunsthändler, die beständig wie Geier darauf lauern, sich gegenseitig die Beute abzujagen. Soll man auch hier die grandiosen Werke dieser zwei russischen Künstler der Vernichtung anheimfallen lassen?

Ich könnte ähnliche Beispiele beliebig fortsetzen. Aber eines ist sicher: die verantwortlichen sowjetischen Instanzen, die so heftigen Widerstand gegen die moderne Kunst leisten und ausschließlich den Sozialistischen Realismus gelten lassen wollen, haben den russischen Staatsschatz geschädigt. Ist eine solche diskriminierende Kulturpolitik im Hinblick auf die authentischen Schöpfer der Kunst vertretbar? D. O.

*) Michel Larionow starb nach Fertigstellung des Manuskriptes am 10. Mai 1964.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzüglich DM —,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.

Bemerkungen

Henryk Berlewi, Maler und Grafiker, geb. 1894 in Warschau, lebt seit 1928 in Paris. 1922/23 begründete er in Berlin die Theorie der „Mechano-Faktur", eines „universalen Gestaltungssystems für Malerei und Grafik", und stand von Anfang an in enger Verbindung zu den großen russischen Konstruktivisten. Vor und nach dem Zweiten Weltkrieg beteiligte er sich an verschiedenen bedeutenden internationalen Kunstausstellungen. Seit 40 Jahren betätigt er sich auch als Kunstkritiker und ist zur Zeit Direktor der „Archives de l'Art abstrait et de l'Avant-Garde internationale". Seinen im Dokumentationsteil dieses Heftes abgedruckten Kunstbrief an Ministerpräsident Chrustschow hat er unserer Zeitschrift exklusiv zum Abdruck zur Verfügung gestellt.

Gerhard Weber ist Sekretär des CVJM Hamburg.

Vorgesehen sind u. a.

Prof. Dr. Anton Neuhäusler:
Die Avantgarde der Gewaltlosigkeit

Prof. Dr. G. W. Hallgarten:
Die deutsche Geschichte
als Schlüssel zu den Weltkriegen

Prof. Dr. jur. Eberhard Menzel:
Zum Thema „Heimatrecht"

Dr. Hermann Rauschning:
Über Ziele und Mittel
einer Friedensstrategie

In den letzten Heften u. a.:

William Warbey, M. P.:
Vietnam: Krieg ohne Ende? (4/64)

Prof. Dr. jur. Helmut Ridder:
Offener Brief an Gustav Heinemann (5/64)

Dr. Oswald A. Kohut, MdB:
Keine Wiedervereinigung durch Abwarten (6/64)

Präses D. Ernst Wilm:
Prager Christliche Friedenskonferenz und Ev. Kirche in Deutschland (6/64)

Es schrieben bisher u. a.:

Prof. Dr. Wolfg. Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1*)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Lucie Beyer, MdB, III/5*)
Carl Bloice, San Francisco
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis, Rom
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1*)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann, MdB
Vera Elyashiv, Tel Aviv
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Ragnar Forbech, Dompfarrer, Oslo
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel, Frankfurt
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5*)
Dr. Hans Henrich, III/12*)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones, London
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr Erich Kahler
Hans Helmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Kogon
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi, Rom
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust, Montreal
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Malhofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E. Marx, Rom
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h., Dr. phil. h. h. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Seymour Melman, New York
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2*)
Herbert Mochalski
Hans Nätscher, V/1*)
Peter Nellen, MdB, III/1*)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Niekiewicz, Warschau
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. Laszlo Marton Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila, Helsinki
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Rudolf Rolfs
Oreste Rosenfeld, Paris †
Earl Bertrand Russell
E. S. Sachs
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz †
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara, Tokio
William L. Shirer, New York
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg †
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvik, Bergen (Norwegen)
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. Imre Vajda, Budapest
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg, New York
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. med. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke („Voluntas")
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Bemerkungen

Henryk Berlewi, Maler und Grafiker, geb. 1894 in Warschau, lebt seit 1928 in Paris. 1922/23 begründete er in Berlin die Theorie der „Mechano-Faktur", eines „universalen Gestaltungssystems für Malerei und Grafik", und stand von Anfang an in enger Verbindung zu den großen russischen Konstruktivisten. Vor und nach dem Zweiten Weltkrieg beteiligte er sich an verschiedenen bedeutenden internationalen Kunstausstellungen. Seit 40 Jahren betätigt er sich auch als Kunstkritiker und ist zur Zeit Direktor der „Archives de l'Art abstrait et de l'Avant-Garde internationale". Seinen im Dokumentationsteil dieses Heftes abgedruckten Kunstbrief an Ministerpräsident Chrustschow hat er unserer Zeitschrift exklusiv zum Abdruck zur Verfügung gestellt.

Gerhard Weber ist Sekretär des CVJM Hamburg.

Vorgesehen sind u. a.

Prof. Dr. Anton Neuhäusler:
Die Avantgarde der Gewaltlosigkeit

Prof. Dr. G. W. Hallgarten:
Die deutsche Geschichte
als Schlüssel zu den Weltkriegen

Prof. Dr. jur. Eberhard Menzel:
Zum Thema „Heimatrecht"

Dr. Hermann Rauschning:
Über Ziele und Mittel
einer Friedensstrategie

In den letzten Heften u. a.:

William Warbey, M. P.:
Vietnam: Krieg ohne Ende? (4/64)

Prof. Dr. jur. Helmut Ridder:
Offener Brief an Gustav Heinemann (5/64)

Dr. Oswald A. Kohut, MdB:
Keine Wiedervereinigung durch Abwarten (6/64)

Präses D. Ernst Wilm:
Prager Christliche Friedenskonferenz und Ev. Kirche in Deutschland (6/64)